

Zusammen. Weiter. Voran.

Zukunftsplan Saar – Für ein eigenständiges und starkes Saarland!

- Einstimmiger Beschluss des Programmausschusses der CDU Saar am 17.02.2017 -

1. Worauf es jetzt ankommt – Unser Weg für ein Saarland mit Zukunft!

- **Kontinuität:** Am 1. Januar 2017 feierte das Saarland seinen 60. Jahrestag als Mitglied der föderalen Gemeinschaft der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Entwicklung als eigenständiges Bundesland ist eine Erfolgsgeschichte des Föderalismus. Wir werden – wie in den vergangenen Jahrzehnten auch – dafür sorgen, dass diese Erfolgsgeschichte fortgesetzt wird; für uns war, ist und bleibt die Existenz des Saarlandes als eigenständiges, starkes und selbstbewusstes Bundesland die wichtigste Herausforderung der Landespolitik, damit wir die Lebensqualität der Bürger in unserem Land auf einem hohen Niveau sichern können. Deshalb haben wir diese Aufgabe im Jahre 2012 zum zentralen Leitprojekt der Großen Koalition unter der Führung von Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer gemacht. Wir waren uns jedoch von Anfang an darüber einig, dass eine Legislaturperiode nicht ausreicht, um die Zukunft des Saarlandes zu sichern. Deshalb braucht unser Land jetzt Kontinuität!
- **Klarheit:** Politik bedeutet für uns die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Klare Positionen und klare Ziele sind Ausdruck dieser politischen Verantwortung; sie sind dabei auch Maßstab für die Bildung einer neuen Regierung für unser Land. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten dabei von den Parteien, dass sie **vor** der Wahl sagen, was sie **nach** der Wahl tun werden. Und dass sie **nach** der Wahl auch das tun, was sie **vorher** versprochen haben. Dies gilt nicht zuletzt für die gebotene Festigkeit in Schicksalsfragen der Landesentwicklung. Wer sich dagegen alle Optionen offen hält und verschweigt, mit welchem Programm in welcher politischen Konstellation nach der Wahl regiert werden soll, handelt verantwortungslos und macht sich unglaubwürdig. Man kann nicht **für** Haushaltskonsolidierung und Eigenständigkeit eintreten und gleichzeitig **gegen** die Einhaltung der „Schuldenbremse“ sein. Unser Land braucht Klarheit und keine parteipolitischen Experimente!

2. Was uns leitet – Unsere Werte und Prinzipien für eine erfolgreiche Landespolitik!

- **Verlässlichkeit:** Auf dem Weg zur Sicherung unserer föderalen Eigenständigkeit sind wir bis jetzt zwar ein großes Stück vorangekommen; das letzte Drittel dieses Weges liegt aber noch vor uns. Deshalb muss es bis 2020 und darüber hinaus beim Ziel einer „Politik ohne neue Schulden“, eines ausgeglichenen Landeshaushaltes bleiben. 2012 haben wir versprochen, unsere Eigenständigkeit zu sichern, damit wir

46 das hohe Niveau an Lebensqualität und Wohlstand in unserem Land erhalten kön-
47 nen. Und wir haben Wort gehalten: die Große Koalition hat ihre Vorhaben und Ziele
48 erfolgreich umgesetzt. In drei Jahren werden wir ganz ohne neue Schulden und damit
49 ohne neue Belastungen auskommen. Das gelingt aber nur, wenn diese Politik der
50 Verlässlichkeit auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt wird! Wir als CDU
51 Saar sind bereit dafür!

52

- 53 ■ **Verantwortung:** Unser Saarland befindet sich in einer entscheidenden Phase; es
54 geht darum, den verbleibenden Weg raus aus der Schuldenfalle zu schaffen, gleich-
55 zeitig aber das Land auf die Zukunft auszurichten. Dies erfordert von allen Parteien
56 die Bereitschaft, auf populistische Parolen, Experimente und Risiko-Koalitionen zu
57 verzichten. Was unser Land jetzt nicht braucht, ist eine Regierung, die vom bloßen
58 Willen zum Machterhalt getragen wird, das Land lähmt und es in seiner Entwicklung
59 zurückwirft. Für uns gilt allein der Grundsatz „Erst kommt das Land, dann die Partei
60 und zum Schluss erst die Person“. Wir stehen zu unserer Verantwortung für das Land!

61

- 62 ■ **Gemeinsamkeit:** So wichtig eine Politik ohne neue Schulden ist, unsere Politik geht
63 über das Sparen hinaus! Haushaltskonsolidierung und Zukunftsgestaltung sind für
64 uns zwei Seiten derselben Medaille. Alle müssen dabei auch in Zukunft mit anpacken
65 – Parteien, Saarwirtschaft, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Kam-
66 mern, Kommunen und Hochschulen bis hin zu den Kirchen und Wohlfahrtsverbän-
67 den sowie insbesondere auch die Saar-Gemeinschaftsinitiative, die wir in die Bera-
68 tungen über Investitionsschwerpunkte eng einbinden werden. Die Sicherung unse-
69 res Landes liegt nicht allein in der Verantwortung der Landesregierung und Parteien;
70 sie erfordert eine große Gemeinschaftsleistung und die Mitwirkung der ganzen Zi-
71 vilgesellschaft. Das ist für uns der „saarländische Weg“ der Zukunftssicherung!

72
73
74

75 3. Was uns prägt – Bekenntnis zu Freiheit, Respekt und Toleranz

76

- 77 ■ **Bekenntnis zur Prägung unserer Gesellschaft durch die christlich-abendländi-**
78 **sche Kultur:** In unserer modernen Gesellschaft sind einerseits die religiösen Bindun-
79 gen vieler Menschen lockerer geworden, andererseits hat die Vielfalt religiöser Be-
80 kenntnisse zugenommen. Unser Land ist nach wie vor in starkem Maße durch die
81 christlich-abendländische Tradition und Kultur geprägt. Für uns sind christliche Sym-
82 bole wie das Kreuz auch in öffentlichen Räumen ebenso Ausdruck dieser Prägung
83 wie das Tanzverbot an stillen Feiertagen wie dem Karfreitag und das Festhalten an
84 christlichen Feiertagen.

85

- 86 ■ **Gegen Extremismus und Fundamentalismus:** Wir stehen uneingeschränkt zur Ach-
87 tung und zum Schutz der freien Ausübung der Religion! Bekenntnisfreiheit ist nicht
88 verhandelbar; sie ist Fundament und Ausdruck unserer freiheitlich-demokratischen
89 Grundordnung. Wir setzen dabei auf den partnerschaftlichen Dialog mit und zwi-
90 schen den christlichen Kirchen, der Synagogen Gemeinde Saar und den islamischen

91 Gemeinden und Organisationen. Bildungsangebote an Schulen, die religiöse Tole-
92 ranz und Verständnis für die unterschiedlichen Weltanschauungen fördern, werden
93 wir ausbauen. Den Missbrauch von Religion durch Extremisten und Fundamentalis-
94 ten lehnen wir entschieden ab.

- 95
96 ■ **Für Respekt und Toleranz:** Wir wollen ein respektvolles Zusammenleben und die
97 gegenseitige Achtung voreinander. Das Gewaltmonopol unseres Staates, unsere
98 freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Gleichberechtigung von Frauen und
99 Männern gehören für uns genauso zu den konstitutiven Grundlagen unserer freiheit-
100 lichen Gesellschaft wie das Verbot der Diskriminierung von Menschen aufgrund ih-
101 rer sexuellen Orientierung oder ihrer kulturellen Herkunft; diese Rechte gehören für
102 uns zu den unverzichtbaren Voraussetzungen eines funktionierenden Zusammenle-
103 bens. Dies fordern wir von jedem ein und auf dieser Grundlage bekämpfen wir jede
104 Form des Radikalismus jeglicher politischer oder religiösen Spielart. Deshalb fordern
105 wir auch ein Bekenntnis aller Religionen zum Rechtsstaat, zur Demokratie, zur Ach-
106 tung der Menschenwürde und zum staatlichen Gewaltmonopol. Wir wollen uns
107 Hassgewalt entschieden entgegenstellen und Einrichtungen und Projekte fördern,
108 die durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen Beitrag im Kampf gegen Dis-
109 kriminierung leisten. Insbesondere die etablierten Leistungen, die in der Verantwor-
110 tung von Kirchen und Glaubensgemeinschaften in den Bereichen Bildung, Betreu-
111 ung, Seelsorge und Wohlfahrtspflege vor Ort erbracht werden, wollen wir stärken.

115 **4. Was wir für unser Land erreichen wollen – Unsere politischen Prioritäten** 116 **und Leitlinien!**

117 118 **4.1. Zukunft: Wir sorgen dafür, dass unser Land trotz Haushaltskonsolidierung Zukunft** 119 **hat!**

- 120
121 ■ Wir sparen nicht um des Sparens willen, sondern um neue Handlungs- und Gestal-
122 tungsspielräume zu gewinnen und in die Zukunft unseres Landes investieren zu kön-
123 nen. Demografischer und technologischer Wandel, aber auch Migration sowie die
124 Internationalisierung und die Digitalisierung gehören zu den größten Herausforde-
125 rungen, die zu bewältigen sind. Nur als starker Wirtschaftsstandort hat das Saarland
126 eine gute Zukunft.
- 127
128 ■ Investieren in die Zukunft heißt für uns auch, öffentliche Infrastrukturen diesen Ver-
129 änderungen anzupassen – zum Beispiel durch Straffung und Modernisierung der
130 Verwaltungsstrukturen auf kommunaler und auf Landesebene. Oberste Priorität hat
131 für uns die Realisierung von Modellen der verstärkten interkommunalen Zusammen-
132 arbeit im Sinne von Funktionalreformen, insbesondere die Hebung von Effizienzge-
133 winnen auf Basis von Verwaltungszweckverbänden, Verwaltungsgemeinschaften
134 und Infrastruktureinheiten. Sofern diese Modelle der Kompetenzbündelung nicht
135 genutzt werden, halten wir uns als „ultima ratio“ eine Gebiets- und Verwaltungsre-
136 form offen.

137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180

- Zukunft hat das Saarland nur mit einer wachstumsstarken, wettbewerbsfähigen und innovativen Saarlwirtschaft. Wir unterstützen daher die Unternehmen, vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe, die Auswirkungen von Digitalisierung, Globalisierung und demografischem Wandel erfolgreich zu bewältigen; das geht nicht ohne leistungsfähige öffentliche Infrastruktur, vor allem im Bereich der Verkehrswege und der Netz-Kapazitäten für die schnelle digitale Kommunikation.

4.2. Sicherheit: Wir sorgen dafür, dass die Menschen bei uns im Saarland sicher leben können!

- Viele Menschen spüren eine zunehmende Verunsicherung; geopolitische Risiken, Angst vor sozialem Abstieg und Alltagskriminalität ebenso wie das Gefühl von Überforderung durch gesellschaftliche und technologische Veränderungsprozesse tragen dazu bei. Mehr und mehr Menschen fragen sich, inwieweit der Staat seine Kernaufgaben noch erfüllen kann: die persönliche Unversehrtheit und Sicherheit jedes einzelnen Bürgers zu garantieren und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.
- Wir nehmen das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und Ordnung ernst. Dazu gehört, dass Land und Kommunen ihre Aufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge in vollem Umfang erfüllen; dazu gehören aber auch der wirksame Schutz vor Terror und Kriminalität, eine bürgernahe und leistungsfähige Justiz sowie ein effektives Flüchtlingsmanagement. „Sicherheit“ bedeutet zudem, öffentliche Leistungen wie das Schul- und Hochschulangebot sowie das Netz der sozialen und medizinischen Versorgungsangebote auf einem qualitativ hohen Niveau zu erhalten; junge Menschen im Saarland können darauf vertrauen, hier im eigenen Land gute Entwicklungschancen zu haben.

4.3. Zusammenhalt: Wir sorgen dafür, dass die Menschlichkeit bei uns im Saarland eine Heimat hat!

- Zugehörigkeit und Zusammenhalt zählen zu den elementaren Bedürfnissen des Menschen, sie sind der Kitt, ohne den soziale Gemeinschaften nicht funktionieren können. In unserer modernen Leistungsgesellschaft finden Menschen jedoch oft nicht mehr das Gefühl von Halt und Heimat. Damit dürfen und werden wir uns nicht abfinden. Soziale Ausgrenzung aufgrund von Armut, Krankheit, Herkunft, Religion oder Behinderung, aber auch der Zerfall gemeinsam getragener Werte und die verfestigte Kluft zwischen arm und reich bedrohen die Fundamente unserer freiheitlichen Demokratie. Alltägliche Arbeitsprozesse beschleunigen sich und die Bedeutung der elektronischen Kommunikation nimmt rasant zu; das birgt die Gefahr, dass wir immer mehr zu einer „entseelten“ Gesellschaft werden.

- 181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
- Wir stellen daher die Förderung der sozialen Teilhabe, des Vereinswesens und des ehrenamtlichen Engagements in den Mittelpunkt unserer Politik. In einer Gesellschaft mit einem menschlichen Gesicht, wie wir sie wollen, muss jeder die Chance auf Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitverantwortung haben. Wir arbeiten an einer leistungsfähigen sowie wohnortnahen Gesundheits- und Altersversorgung. Keiner darf bei uns durchs Netz fallen, vor allem nicht die ohnehin schon durch Alter, Krankheit oder Behinderung benachteiligten Menschen. Menschen mit Migrationshintergrund haben die Pflicht, sich zu integrieren; wir haben aber auch umgekehrt die Pflicht, geeignete Integrationsangebote zur Verfügung zu stellen. Wer guten Willens ist, soll bei uns Heimat finden.

191
192
193

194 **5. Finanzpolitik – Unser Programm für ein eigenständiges Saarland ohne** 195 **neue Schulden!**

196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211

Zukunft hat unser Land auf Dauer nur, wenn keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Der Weg dahin ist zwar steinig, bei zwei wichtigen Wegmarken können wir aber bereits Vollzug melden: im Jahre 2020 werden wir erstmals einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden vorlegen. Und: wir haben im Hinblick auf die Anerkennung unseres besonderen finanziellen Unterstützungsbedarfs den Durchbruch geschafft. Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und Finanzminister Stephan Toscani haben durchgesetzt, dass mit Unterstützung des Bundes und der anderen Länder nunmehr die finanziellen Grundlagen für die Existenzfähigkeit des Landes gesichert sind. Dies war nur möglich, weil auf der Ebene der Bundesregierung und im Kreise der föderalen Gemeinschaft verstanden worden ist, dass auf die saarländische Landesregierung und ihre seriöse Haushaltspolitik Verlass ist. Diese seriöse und verlässliche Finanzpolitik muss im Interesse des Landes und der Sicherung seiner Eigenständigkeit fortgesetzt werden! Die CDU bleibt die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, deren Ziel Wohlstand für alle wir uns weiter verpflichtet fühlen.

212 **5.1. *Zukunftsplan Saar – Mit effizienten Strukturen nachhaltig in unser Land investieren***

213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226

- Das Saarland wird im kommenden Jahrzehnt auch dank unseres Erfolgs bei den Bundesländer-Verhandlungen mehr als bisher in seine Infrastruktur investieren können. Unser Ziel ist es, dass im Zeitraum 2020 bis 2030 insgesamt 1 Milliarde Euro zusätzlich aus dem Landeshaushalt in die Verbesserung der Infrastruktur des Landes von Schulen über Straßen, den Breitbandausbau sowie öffentlichen Gebäude fließen, damit wir das Saarland zukunftsfit machen können. Dabei sehen wir die Rolle des Landes auch darin, die notwendigen Investitionen in den Städten und Gemeinden zu unterstützen. Denn uns liegt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ganzen Land am Herzen.
- Doch diese hohen Investitionen brauchen klare politische Rahmenbedingungen, damit am Ende des Jahrzehnts das Saarland in den entscheidenden Bereichen besser dasteht als heute. Daher brauchen wir einen Zukunftsplan Saar.

227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272

- Wir werden damit sicherstellen, dass es bei der klaren Priorität der investiven Ausgaben vor weiteren konsumtiven Ausgaben bleibt. Daher darf die Politik im Land keine unerfüllbaren Wahlversprechen abgeben, die Erwartungen wecken, deren Erfüllung bereits heute als unmöglich bewertet werden kann. Wir bekennen uns zu unseren politischen Aussagen und beziffern deren finanzpolitischen Auswirkungen, so dass die investiven Ausgaben im Land nicht ins Hintertreffen geraten.
- Wir bekennen uns zum Ziel, die saarländische Infrastrukturverwaltung an Kopf und Gliedern zu reformieren. Wir werden daher nach der Landtagswahl die Bau- und Infrastrukturverwaltung von der Fläche bis ins Ministerium nach dem bayerischen Vorbild der dortigen Bauverwaltung ausrichten. Durch eine Verstärkung des Personals in der neuen Struktur wollen wir dafür sorgen, dass die Investitionen in hoher Effizienz und auf Augenhöhe mit der Bauwirtschaft umgesetzt werden können und keine Mittel vom Bund mehr mangels Planung im Land verfallen. Die Umsetzung des Zukunftsplans Saar werden wir in einem starken Innen- und Bauministerium verankern, das für alle Infrastrukturfragen zuständig sein wird.
- Der Zukunftsplan Saar muss schließlich in enger Zusammenarbeit mit der saarländischen Wirtschaft eine Priorisierung der Infrastrukturprojekte vorsehen. Je wichtiger ein Projekt nach objektiven Kriterien für die nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Saarland desto höher muss seine Priorität sein. Dabei werden wir Investitionen in Verkehrswege, Breitband und Bildungsinfrastruktur grundsätzlich gleichwertig und komplementär planen sowie Verbesserungen der Gesundheitsversorgung durch Investitionen in Krankenhäuser vorsehen.

5.2. ***Konsequente Fortsetzung der Haushaltssanierung***

- **Spielraum für Zukunftsinvestitionen:** Einschließlich der Änderungen innerhalb des Ausgleichssystems hat das ausverhandelte Entlastungsvolumen eine Größenordnung von rund 500 Mio. Euro pro Jahr; dazu zählen vor allem Sanierungshilfen in Höhe von je 400 Mio. Euro. Dieses Unterstützungsvolumen entspricht unseren jährlichen Zinsausgaben und wird als größte „Teilentschuldungshilfe“ in die Geschichte unseres Landes eingehen. Nun müssen wir diese finanzielle Konsolidierung nutzen, um mit klugen Zukunftsinvestitionen, nicht zuletzt in die Sicherheit, Infrastruktur und das Bildungssystem, unsere Attraktivität als Wirtschafts- und Lebensstandort weiter auszubauen.
- **Konsequente Rückführung der Neuverschuldung auf Null:** Bis zum Jahr 2020 werden wir – wie bereits seit 2010 konsequent umgesetzt – die mit dem Bund vereinbarten Sanierungsvorgaben durch die weitere Rückführung der Neuverschuldung in vollem Umfang erfüllen. Wir haben zwei Drittel des Weges bis zum völligen Verzicht auf neue Schulden geschafft. Nun gehen wir das letzte Drittel an, damit auch bis 2019 die Voraussetzungen zur Auszahlung der Konsolidierungshilfen in Höhe von 260 Mio. Euro pro Jahr erfüllt werden.

273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317

- **Maßvoller Abbau der Altschulden:** Ab dem Jahr 2020 – also ab dem Zeitpunkt der Einhaltung der Schuldenbremse – werden wir mit dem Abbau von Altschulden beginnen, um damit das Land gegen die Möglichkeit steigender Zinssätze zu wappnen. Nur wenn wir dieses Zinsrisiko in den Griff bekommen, eröffnen sich die notwendigen finanziellen Handlungsspielräume, um Zukunftsinvestitionen zu tätigen, Infrastrukturen zu pflegen und in die Sicherheit und Lebensqualität zu investieren.
- **Gebot der Generationengerechtigkeit in die Landesverfassung:** Wir wollen das Gebot der Generationengerechtigkeit durch die Verankerung der „Schuldenbremse“ in die saarländische Verfassung aufnehmen. Die Mehrzahl der Bundesländer hat die „Schuldenbremse“ bereits in ihren Landesverfassungen verankert. Unsere solide Haushaltspolitik soll auch künftigen Generationen Maßstab sein. Auch in Zukunft ist darauf zu achten, dass nur nachhaltig finanzierbare Projekte realisiert werden und ein sparsamer Umgang mit den Steuergeldern gewährleistet ist.

5.3. *Reform und Modernisierung der öffentlichen Aufgabenerfüllung*

- **Landesverwaltung:** Wir stehen für einen starken, leistungsfähigen und attraktiven Öffentlichen Dienst. Unsere haushaltspolitischen Ziele erfordern jedoch, die öffentlichen Verwaltungsstrukturen der demografischen Entwicklung anzupassen, die einzelnen Verwaltungsebenen umfassend zu modernisieren und sie so weit wie möglich miteinander zu vernetzen – und zwar auf Landesebene wie auf kommunaler Ebene. Die technischen Möglichkeiten der digitalen Kommunikation bieten dazu ein großes – und bisher noch nicht voll genutztes – Potenzial zur Optimierung von Verwaltungs- und Organisationsprozessen; dieses Potenzial werden wir konsequent ausschöpfen. Aber auch die Einführung von multi-professionellen Funktionsdiensten (z.B. im Schul- und Polizeidienst), die zur Entlastung von fachfremden Organisations- und Verwaltungsaufgaben beitragen sollen, ist ein interessanter Organisationsentwicklungsansatz für eine moderne Verwaltung. Die bisherigen Konsolidierungsziele sind beizubehalten; bei Bedarf notwendige Veränderungen am vereinbarten Konsolidierungspfad stehen unter dem Vorbehalt der Aufkommensneutralität. Gleichzeitig werden wir die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Landesverwaltung umsetzen, die als Ausgleich zu der mit dem Personalabbau einhergehenden Arbeitsverdichtung vereinbart worden sind.; dazu gehören die folgenden Maßnahmen:
 - **Zukunftssichere Regelungen für Besoldung und Versorgung:** Trotz weiterhin schwieriger Haushaltssituation sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben und attraktive Aufstiegsperspektiven haben;
 - **Fortsetzung des „Saarländischen Weges“:** Bei allen Reorganisationsmaßnahmen soll der bisher eingeschlagene Weg der „Runder-Tisch-Gespräche“

- 318 und die einvernehmliche Umsetzung der einzelnen Schritte mit den gewerk-
319 schaftlichen Spitzenorganisationen fortgesetzt werden;
320
- 321 ○ **Ausschöpfung von weiteren Effizienzreserven:** Dazu gehören insbesondere
322 weitere Einsparungen, die verstärkte Nutzung von Synergieeffekten bei den
323 Landesgesellschaften und der Ausbau der Kooperation mit anderen Bundes-
324 ländern;
325
 - 326 ○ **Stärkung des Öffentlichen Dienstes als attraktiver Arbeitgeber:** Beruf und
327 Familie gut miteinander zu vereinbaren, ist uns wichtig. Deshalb wollen wir
328 gesetzliche Neuregelungen z.B. zur Pflegezeit oder zur Einführung eines Pfl-
329 geunterstützungsgeldes so schnell und mitarbeiterorientiert umsetzen wie
330 möglich. Außerdem wollen wir einen gesetzlichen Anspruch auf eine Versor-
331 gungsauskunft schaffen.
332
 - 333 ■ **Kommunalverwaltung:** Unsere Demokratie ist ohne Kommunen undenkbar. Ohne
334 die Kommunen ginge die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern verloren, Staats-
335 und Parteienverdrossenheit nähmen weiter zu. Derzeit haben die meisten Kommu-
336 nen – ebenso wie das Land – kaum noch finanzielle Handlungsspielräume. Sie be-
337 schränken sich weitgehend auf ihre Pflichtaufgaben, können kaum noch in den Erhalt
338 ihrer Infrastrukturen investieren und haben immer weniger Geld für freiwillige Auf-
339 gaben wie die Förderung von Sport, Vereinswesen und Kultur. Deshalb müssen wir
340 alles tun, um die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung zu sichern.
341 Ziel muss es sein, eine finanzielle Konsolidierung der hoch verschuldeten Kommunen
342 zu erreichen, die behördlichen Leistungen der demografischen Entwicklung anzu-
343 passen und gleichzeitig ein ausreichendes Maß an Bürgernähe auch in Zukunft zu
344 gewährleisten:
345
 - 346 ○ **Kommunalreform:** Vor über 40 Jahren wurden die kommunalen Strukturen
347 im Saarland grundlegend neu geordnet. Diese Strukturen bedürfen im Zuge
348 des demografischen und technologischen Wandels dringend einer Neuord-
349 nung, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sichern.
350 Kosteneinsparungen und mehr Effizienz lassen sich schneller erreichen, wenn
351 Geschäfts- und Verwaltungsprozesse standardisiert, gestrafft und zentrali-
352 siert werden. Parallel dazu sollten größere gemeindeübergreifende Verwal-
353 tungseinheiten (Verwaltungszweckverbände, Verwaltungsgemeinschaften,
354 Infrastruktureinheiten, Kooperationsmodelle etc.) geschaffen werden, um
355 kommunale Aufgaben in Zukunft arbeitsteilig, kooperativ und effizient und
356 damit ausgabensparend zu erledigen. Wir setzen daher auf die Bereitschaft
357 der Kommunen und dementsprechende Anreize zum Ausbau der interkom-
358 munalen Zusammenarbeit, um möglichst schnell und möglichst viel an Effizi-
359 enzgewinnen, auch im Bereich der Personalkosten zu heben. Oberste Priori-
360 tät hat für uns die Realisierung von Modellen der verstärkten interkommuna-
361 len Zusammenarbeit im Sinne von Funktionalreformen, insbesondere die He-
362 bung von Effizienzgewinnen auf Basis von Verwaltungszweckverbänden, Ver-
363 waltungsgemeinschaften und Infrastruktureinheiten. Sofern diese Modelle

364 der Kompetenzbündelung nicht genutzt werden, halten wir uns als „ultima
365 ratio“ eine Gebiets- und Verwaltungsreform offen. Darüber hinaus setzen wir
366 uns für die Wiedereinführung einer Sperrklausel von 3 % im Kommunalwahl-
367 recht des Saarlandes ein. Durch eine Anpassung des Kommunalwahlrechts
368 wollen wir die Voraussetzungen für die Wählbarkeit an Haupt- oder Neben-
369 wohnsitz schaffen, um die Übernahme eines kommunalen Mandats insbeson-
370 dere für jüngere Menschen attraktiver zu gestalten.

371
372 ○ **Sanierung der kommunalen Haushalte:** Auch die Rückführung der kommu-
373 nalen Verschuldung muss – wie vereinbart – konsequent umgesetzt werden.
374 Das Land wird jedoch sicherstellen, dass auch die Kommunen an der von der
375 Landesregierung erreichten Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs
376 partizipieren und sie im Rahmen seiner finanziellen Handlungsspielräume
377 unterstützen. Wir werden die Kommunalberatung ausbauen, um die Möglich-
378 keiten interkommunaler Kooperationen und Projektförderungen möglichst
379 voll auszuschöpfen. Wir sind für die Einführung wiederkehrender Straßenaus-
380 baubeiträge in den Kommunen, um so durch moderate, aber regelmäßige Bei-
381 träge aller Bürgerinnen und Bürger eine zu hohe Belastung einzelner Haus-
382 halte wie durch die heute vielerorts erhobenen einmaligen Straßenausbau-
383 beiträge zu vermeiden.

384
385 ■ **Bauverwaltung:** Wir werden in Zukunft noch stärker daran arbeiten, dass öffentli-
386 che Bauprojekte zeitlich und finanziell planmäßig realisiert werden. Unsere bauliche
387 Infrastruktur darf nicht vernachlässigt werden; sie ist als Landesvermögen für nach-
388 folgende Generationen zu erhalten und muss zur Wettbewerbsfähigkeit des Saarlan-
389 des als Wirtschaftsstandort beitragen. Das heißt in der Konsequenz:

390
391 ○ **Bau- und Infrastrukturministerium:** Durch den Erfolg bei den Bund-Länder-
392 Finanzverhandlungen und die Haushaltskonsolidierung haben wir uns den
393 notwendigen Spielraum erarbeitet, um im nächsten Jahrzehnt massiv in die
394 Infrastruktur im Saarland investieren zu können. Dazu müssen wir unsere Inf-
395 rastrukturverwaltung besser aufstellen, indem wir die auf mehrere Ministe-
396 rien verteilten Kompetenzen und Ressourcen in einem – an ein bestehendes
397 Ressort angegliedertes – „Bau- und Infrastrukturministerium“ zusammenfüh-
398 ren. In diesem werden wir alle infrastrukturelevanten Fragen bündeln, so
399 dass zukünftig vom Breitbandausbau, über die Hochbauverwaltung bis hin
400 zum Straßenbau und zur Landesplanung Infrastruktur aus einem Guss ge-
401 plant und umgesetzt wird. Wir sorgen dabei für eine aufgabengerechte Per-
402 sonalausstattung und geeignete Personalentwicklungsmaßnahmen; diese
403 zentrale Bauverwaltung ist dann das Kompetenzzentrum des Landes für
404 Hoch- und Tiefbaufragen, sonstige Bauprojekte und Liegenschaftsverwal-
405 tung. Damit vermeiden wir Reibungsverluste und Schnittstellen, bündeln vor-
406 handene Fördermittel (Städtebauförderung, Straßenbau, Wohnraumförde-
407 rung) und Rechtssetzungskompetenzen (Landesplanung, Oberste Bauauf-
408 sichtsbehörde), sorgen für einen reibungslosen und effizienten Abruf von
409 Fördermitteln und optimieren die Planungs- und Entscheidungsprozesse.

- 410 Gleichzeitg schaffen wir eine zentrale Liegenschaftsverwaltung: So heben
411 wir Raumreserven, trennen uns von nicht mehr benötigten Immobilien, opti-
412 mieren den zu bewirtschaftenden Immobilienbestand und halten ihn – bei
413 niedrigeren Kosten – in einem guten Zustand.
- 414
- 415 ○ **Ertüchtigung der Bauverwaltung durch verstärkte Einsatz von IT:** Wir wol-
416 len eine moderne Bauverwaltung und werden dazu innovative technologi-
417 sche Instrumente einsetzen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Geschäfts-
418 und Projektmanagementprozesse auf Basis digital unterstützter Gebäudedaten-
419 Modellierung (Building-Information-Modeling) zu koordinieren und zu
420 optimieren; dabei werden alle Objektdaten für Planung, Ausführung und Be-
421 wirtschaftung von Bauobjekten digital erfasst, kombiniert und vernetzt. So
422 ist eine umfassende Datenverfügbarkeit sichergestellt. Schnittstellen werden
423 vermieden, Kosten werden gespart.
- 424
- 425 ○ **Überprüfung der Anforderungen an den Brandschutz:** Brandschutzregeln
426 und -maßnahmen sind wichtig, um den Risiken durch Feuer wirksam vorzu-
427 beugen. Die praktische Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen hat in den
428 vergangenen Jahren oftmals jedoch zu erheblichen Kostensteigerungen, aber
429 auch zu großer Unsicherheit bei den Vollzugsbehörden, den Bauherrn wie
430 auch den Architekten geführt. Wir wollen deshalb den Brandschutz reformie-
431 ren und werden eine Kommission aus Fachleuten einsetzen, die hierzu kon-
432 krete Vorschläge erarbeitet.
- 433
- 434 ■ **Steuerverwaltung:** Eine moderne Steuerverwaltung ist nicht nur Ausdruck von Bür-
435 gernähe, sondern auch von hoher Standortqualität: Wir werden durch Organisati-
436 onsveränderungen, bessere Sach- und Personalausstattung sowie den weiteren Aus-
437 bau digitaler bzw. automatisierter Kommunikationsprozesse sicherstellen, dass eine
438 korrekte und zeitnahe Steuerfestsetzung erfolgt:
- 439
- 440 ○ **Ausbau der elektronischen Kommunikation zwischen Steuerbürger und**
441 **Finanzamt:** Neben der bisher schon möglichen elektronischen Abgabe von
442 Steuererklärungen schaffen wird die Möglichkeit, notwendige Belege oder
443 auch sonstige Korrespondenz über ELSTER zu übermitteln. Gleichzeitig wer-
444 den die Voraussetzungen für eine vollmaschinelle Veranlagung risikoloser
445 Fälle einschließlich Versand der Steuerbescheide und Ablage der Bescheid-
446 Durchschriften in einem elektronischen Archiv ohne Einschaltung eines Be-
447 arbeiters geschaffen.
- 448
- 449 ○ **Verstärkter Einsatz von Risikomanagementsystemen:** Diese werden nun
450 auch in der „Veranlagung 2.0“ für Gewinneinkünfte zum Einsatz kommen und
451 anschließend auch auf die Steuerarten Umsatzsteuer und Gewerbesteuer
452 ausgedehnt. Systeme für Körperschaft- oder Grunderwerbsteuer und elekt-
453 ronische Bilanzen sind zurzeit in der Entwicklung und werden folgen. Ebenso
454 wird damit die Fallauswahl im Bereich der Außenprüfung unterstützt.
- 455

- 456 ○ **Steuervereinfachung:** Wir wollen das Steuerrecht einfacher und unbürokratischer machen. Wir wollen Pauschalierungen ausbauen, Einzelnachweise ersparen und den Dokumentationsaufwand für alle Beteiligten weiter reduzieren. Mit ELSTER, der elektronischen Steuererklärung, gehen wir damit in die richtige Richtung.
- 457
458
459
460
461

462 463 **5.4. Engagement für eine leistungsgerechte und nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik**

464

- 465 ■ **Abbau der kalten Progression:** Wir wollen die kalte Progression abbauen. Die arbeitenden Menschen und nicht hauptsächlich der Staat sollen von Lohnerhöhungen profitieren. Die kalte Progression führt dazu, dass bereits mittlere Einkommen zu früh in hohe Progressionsstufen eingruppiert werden. Wir wollen jedoch durchsetzen, dass den arbeitenden Menschen in unserem Land mehr von ihren wohlverdienten Lohnsteigerungen bleibt. Die Steuerpolitik des Bundes darf sich jedoch nicht in Widerspruch zur Haushaltskonsolidierung auf Länderebene setzen.
- 466
467
468
469
470
471
472
- 473 ■ **Förderung von Eigentums- und Vermögensbildung:** Die Förderung der Bildung von Eigentum und Vermögen für breite Teile der Bevölkerung gehört zu den zentralen Konzepten der sozialen Marktwirtschaft. Es gilt, dass die Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung in breiten Schichten mehr als alles andere dazu geeignet ist, die Freiheit, Selbstständigkeit und Verantwortung des Einzelnen in der modernen Gesellschaft zu stützen. Wir setzen uns dafür ein, die Eigentums- und Vermögensbildung sowie Formen der Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer deutlich auszubauen. Die Weiterentwicklung staatlicher Förderung zur Eigentums- und Vermögensbildung heißt für uns, Anlagebeträge, Sparzulagen und Einkommensgrenzen deutlich anzuheben und zu dynamisieren; hierzu zählt weiterhin die Auflegung eines Baukindergeldes und die Verbesserung der Förderung der Möglichkeiten der Gewinn- und Kapitalbeteiligungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- 474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
- 486 ■ **Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE):** Nur elf Prozent der FuE-Aufwendungen in der deutschen Wirtschaft entfallen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU); dies ist der zweitniedrigste Wert innerhalb der OECD. Wir wollen die betriebliche Forschung und Entwicklung von KMU und damit deren Innovationskraft stärken. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, neue Förderinstrumente mit einem besseren Zugang für KMU zu schaffen – z.B. durch eine steuerliche Forschungsprämie auf FuE-Personalaufwendungen. Diese neue Förderung sollen Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten, einem Jahresumsatz von max. 50 Mio. Euro und einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. Euro in Anspruch nehmen können.
- 487
488
489
490
491
492
493
494
495
- 496 ■ **Bekämpfung von Steuerbetrug:** Wer Steuern hinterzieht, nimmt der Gesellschaft Geld für Bildung, Sicherheit und Zukunftsinvestitionen: Menschen, die sich ihrer Steuerpflicht entziehen, verletzen das Gerechtigkeitsgefühl derjenigen, denen die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden. Letztendlich beschädigt eine Steuerhinterziehung immer auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen gerechten und gleichmäßigen Steuervollzug. Wenn wir die Einnahmehasis des Staates
- 497
498
499
500
501

502 sichern wollen, ist es wichtig, dass der Staat die ihm zustehenden Steuern auch rea-
503 lisiert. Wir werden deshalb alle Maßnahmen der Steuer- und Finanzpolitik unterstüt-
504 zen, die geeignet sind, Steuerbetrüger zu erfassen und die von ihnen verursachten
505 wirtschaftlichen Schäden zu ahnden.

506
507 ■ **Maßnahmen gegen Steuervermeidung:** Wenn wir die Einnahmehasis des Staates
508 sichern wollen, müssen wir aber auch die oftmals aggressive Steuergestaltung mul-
509 tinationaler Konzerne bekämpfen, die zwar in Europa Milliarden umsetzen, hier je-
510 doch nur wenige Millionen versteuern. Diese Konzerne verschaffen sich ungerech-
511 fertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen, die
512 solche Möglichkeiten nicht haben. Es entsteht eine Gerechtigkeitslücke, wenn der
513 Handwerker vor Ort oder der Bäcker um die Ecke hier ihre Steuern zahlen, Weltkon-
514 zerne aber nicht. Deshalb steht für uns fest: Gewinne, die in Deutschland erzielt wer-
515 den, müssen auch in Deutschland versteuert werden. Gesetzgeberische Initiativen
516 auf Bundesebene, die der Schließung von „Steuerschlußflöchern“ dienen, werden wir
517 unterstützen.

518
519 ■ **Finanzmarktregulierung:** Ungezügelter Finanzspekulationen müssen zukünftig ver-
520 hindert werden. Eine Finanzkrise wie 2008 darf sich nicht wiederholen. Die Finanz-
521 transaktionssteuer auf europäischer Ebene ist daher jetzt zügig umzusetzen, um die
522 Finanzmärkte an den Beseitigungskosten der Finanzkrise zu beteiligen.

523
524 ■ **Niedrigzinspolitik:** Seit der Finanzkrise 2008 verfolgt die Europäische Zentralbank
525 (EZB) eine Politik der niedrigen Zinsen. Was auf der Seite hochverschuldeter Staaten
526 und Investoren Vorteile hat, kann auf Dauer für Sparer und alle, die sich wirksam um
527 private Altersversorgung bemühen (u. a. sind auch Riester-Renten betroffen), zu er-
528 heblichen Problemen führen. Sogar Strafzinsen sind nicht auszuschließen. Wissend,
529 dass die EZB unabhängig operiert, wird sich die CDU Saar doch um Einfluss auf poli-
530 tischer Ebene bemühen, um dauerhafte Nachteile für die saarländischen Bürgerin-
531 nen und Bürger zu verhindern oder diese mindestens abzumildern, wenn es um Spa-
532 ren und Altersversorgung geht.

533

534

535

536 **6. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – Unser Programm für eine starke** 537 **Saarwirtschaft!**

538

539 Nur eine wachstumsstarke Saarwirtschaft schafft mit unternehmerischer Wertschöpfung
540 die zur Sicherung unserer Eigenständigkeit erforderliche steuerliche Wertschöpfung. Nur
541 eine wettbewerbsfähige Saarwirtschaft schafft mit ihren Investitionen Arbeitsplätze und
542 damit ein hohes Beschäftigungsniveau, das wir zur Sicherung unseres Wohlstands brau-
543 chen. Wir wollen die Gefahr reduzieren, dass wichtige Entscheidungen für die Zukunft der
544 Saarwirtschaft hauptsächlich in den Konzernzentralen von industriellen Großbetriebe au-
545 ßerhalb des Saarlandes getroffen werden, obwohl eine große Anzahl von Beschäftigten in
546 unserem Bundesland tätig ist. Dies gelingt aber nur mit neuen Ansiedlungen, mutigen Er-

547 weiterungsinvestitionen, attraktiven unternehmerischen Geschäftsmodellen und risikobe-
548 reiten Existenzgründern. Wir wollen das endogene Wachstumspotential am Wirtschafts-
549 standort Saarland ausbauen und so neue moderne Arbeitsplätze aus eigener Kraft schaffen.
550 Analog dazu arbeiten wir weiter an dem Ziel Bundes- und EU-Behörden im Saarland anzu-
551 siedeln um auch auf diesem Weg zusätzliche hochwertige Arbeitsplätze im Saarland zu
552 schaffen und zu sichern.

553
554

555 **6.1. Strategien zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Saarland**

556

- 557 ▪ **Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit:** Wir wollen das Saarland im Vergleich zu
558 benachbarten Wirtschaftsstandorten noch wettbewerbsfähiger und für Investoren,
559 Unternehmen und Gründer noch attraktiver machen. Vor allem im Hinblick auf Fak-
560 toren wie Investorenbetreuung, standortspezifische Investitions-/Betriebszusatz-
561 kosten, Genehmigungs-/Regulierungskosten, Verfügbarkeit von Arbeits-, Fach- und
562 Führungskräften und weitere standortgebundene Effekte wollen wir besser sein als
563 unsere Wettbewerber; hierzu zählt auch die Weiterentwicklung und Ergänzung des
564 Masterplans Industrieflächen mit Blick auf große, zusammenhängende Industrieflä-
565 chen sowie mittlere Gewerbeparks für das Handwerk. Auf der Basis des im vergan-
566 genen Jahr vorgelegten PROGNOSE-Gutachtens und einer präzisen Bestimmung un-
567 serer Stärken-Schwächen-Profiles werden wir ein Konzept zur nachhaltigen Stärkung
568 unserer Standortqualität – in Abstimmung mit Wirtschaftsorganisationen und Kom-
569 munen – entwickeln. Wir wollen dabei die für unser Land in Zukunft relevanten Al-
570 leinstellungsmerkmale präzise bestimmen, sie im Rahmen eines modernen und er-
571 folgsorientierten Standort-Leitbilds zusammenfassen und dafür eine operative Um-
572 setzungsplanung entwickeln.
- 573
- 574 ▪ **Optimierung der Wirtschaftsförderung:** Wir wollen die auf zu viele Akteure ver-
575 teilte Wirtschaftsförderung straffen. Dazu streben wir – in Abstimmung mit den je-
576 weiligen kommunalen Trägern – die Einrichtung einer übergeordneten Arbeitsge-
577 meinschaft der Wirtschaftsfördergesellschaften an; diese soll – trotz regional eigen-
578 ständiger Akteure – eine bessere Koordination, effizientere Investorenbetreuung
579 und eine nachhaltige Unternehmensbestandspflege ermöglichen.
- 580
- 581 ▪ **Sichere Kapitalversorgung durch wettbewerbsfähige Kreditwirtschaft:** Die Digi-
582 talisierung der Kunden- und Geschäftsbeziehungen wird für die Kreditwirtschaft
583 eine existentielle Herausforderung. Standardisierte Finanzdienstleistungen werden
584 immer mehr online oder automatisiert abgewickelt. Hinzu kommen die nationalen
585 und internationalen Auflagen der Banken- und Finanzmarktregulierung, die weit
586 über Vorgaben zur Eigenkapitalvorhaltung hinausgehen. Gerade im Hinblick auf
587 standortnahe Unternehmensfinanzierungen brauchen wir aber eine leistungsfähige
588 Kreditwirtschaft im Saarland. Daher werden wir alle Prozesse, die zur Sicherung der
589 Kreditversorgung der Saarwirtschaft durch ein wettbewerbsfähiges Angebot aus
590 Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Kreditinstituten beitragen, unter
591 Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen konstruktiv begleiten. Die neu ausge-
592 richtete SaarLB bleibt für uns ein Eckpfeiler der saarländischen Kreditwirtschaft.

593
594
595
596
597
598
599
600
601
602
603
604
605
606
607
608
609
610
611
612
613
614
615
616
617
618
619
620
621
622
623
624
625
626
627
628
629
630
631
632
633
634
635
636
637

- **Saarland-Marketing:** Um das Saarland im Wettbewerb mit anderen Regionen als Wirtschafts- und Hochschulstandort, aber auch als Zuzugs- und Urlaubsregion offensiv zu präsentieren, gibt es das „Saarland-Marketing“. Neben zahlreichen Werbemitteln zählen dazu auch echte „Mehrwerte“ wie das online-Jobportal, die Recruiting-Aktionen und das Welcome-Center, das über 1.300 Migranten pro Jahr bei der Integration in den saarländischen Arbeitsmarkt unterstützt. Die neue Dachmarke „Großes entsteht immer im Kleinen.“ ist mittlerweile im ganzen Land etabliert. Wir werden dieses Dachmarken-Konzept weiterentwickeln und die Markendurchdringung verstärken. Wir wollen weitere Finanzierungspartner aus der Wirtschaft gewinnen, um mit zielgruppenspezifischen Kampagnen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs (z.B. des Handwerks, der Gesundheits- und Pflegewirtschaft) beizutragen. Wir müssen vor allem junge Menschen von den Standortqualitäten des Saarlandes zu überzeugen, um sie zum Herkommen oder auch zum Hierbleiben zu bewegen.

6.2. *Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Saarindustrie*

- **Industrie als Rückgrat der Saarwirtschaft:** Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Industriesektors ist von überragender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Saarland; die produzierende Industrie, insbesondere die Stahlbranche, der Automobilsektor und der Maschinenbau, zählen zu den tragenden Säulen der Saarwirtschaft; gerade im Bereich der nachgelagerten Dienstleistungen und der Zuliefererketten hängen viele Arbeitsplätze von ihrem Erfolg ab. Wachstum, Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik im Saarland sind untrennbar mit der unternehmerischen Entwicklung der Industriebetriebe verbunden.
- **Gemeinsam für Wirtschaft 4.0:** Um unsere hohe industrielle Kompetenz zu erhalten, müssen wir die Betriebe dabei unterstützen, ihre Produktion auf vernetzte und automatisierte Fertigungsverfahren sowie auf sich selbst steuernde Produkte und Prozesse umzustellen. Das Saarland verfügt hierzu über eine hervorragende Forschungslandschaft. Wir werden den erforderlichen Technologietransfer und Kooperationen zwischen Forschung und Wirtschaft, wie jüngst mit dem Mittelstandszentrum der HTW realisiert, offensiv ausbauen und unterstützen. Die mit Wirtschaft 4.0 verbundenen Rationalisierungs- und Automatisierungsprozesse sollen weiter ausgebaut werden. Dabei wahren wir die Beschäftigungs- und Mitbestimmungsinteressen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und setzen uns für ihre Chancen und Möglichkeiten in modernen Arbeitsplätzen ein. Denn auch die traditionell sozialpartnerschaftliche Unternehmenskultur ist ein großes Standort-Plus.
- **Gemeinsam gegen Wettbewerbsnachteile:** Trotz hoher technologischer Kompetenz und Produktqualität ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Betriebe, vor allem der Stahlindustrie, gefährdet. Grund dafür sind klimaschutz- und energiepolitische Regulierungsvorgaben, die unsere Unternehmen gegenüber ihren

638 chinesischen, indischen und südostasiatischen Wettbewerbern in existenzbedrohen-
639 der Weise benachteiligen. Gemeinsam mit Unternehmen und Gewerkschaften wer-
640 den wir uns in Berlin und Brüssel gegen zusätzliche Belastungen durch die EEG-Re-
641 gelungen sowie gegen Wettbewerbsnachteile durch den Handel mit Emissionszerti-
642 fikaten engagieren.

643
644 ■ **Wettbewerbsfähige Automobilwirtschaft:** Unsere Automobilwirtschaft steht – be-
645 dingt durch neue technologische Trends wie Elektromobilität, Digitalisierung oder
646 auch den seriellen 3D-Druck – vor großen Herausforderungen. Wir werden daher im
647 Dialog mit den Unternehmen untersuchen, wie gut unsere Automobilwirtschaft, vor
648 allem die Zulieferindustrie, bereits auf neue Mobilitätstechnologien, neue Mobili-
649 tätskonzepte sowie auf die immer härteren Qualitäts- und Kostenerwartungen der
650 Automobilhersteller eingestellt ist; dazu gehört auch die Frage, mit welchen wirt-
651 schafts- und hochschulpolitischen Maßnahmen dieser bevorstehende Strukturwan-
652 del flankierend begleitet werden muss. Auf der Grundlage dieser Handlungsvor-
653 schläge werden wir unsere herausragende Stellung unter den europäischen Automo-
654 bilstandorten auch in der nächsten Dekade erfolgreich behaupten.

655
656

6.3. *Zukunft durch einen starken Mittelstand und erfolgreiche Familienunternehmen*

657
658
659 ■ **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU:** Klein- und Kleinstbetriebe, vor al-
660 lem im Bereich Handel, Dienstleistungen und Handwerk stehen vor enormen tech-
661 nologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Deshalb wollen wir die Be-
662 triebe dabei unterstützen, sich auf neue Technologien (z.B. 3D-Druck), neue Aufga-
663 ben (z.B. Energieeffizienz-Systeme), neue Anforderungen im Bereich der Nach-
664 wuchs- und Personalgewinnung (z.B. durch Stärkung der Arbeitgeber-Attraktivität)
665 und vor allem auf die Herausforderungen der Digitalisierung von Geschäfts- und
666 Kundenbeziehungen (Nutzung sozialer Netzwerke, eBusiness etc.) einzustellen.
667 Dazu werden wir, ohne Doppelstrukturen zu schaffen, eine Kooperationsplattform
668 auf den Weg bringen, innerhalb derer Industrie- und Handelskammer, Handwerks-
669 kammer, Wirtschaftsfördergesellschaften und Hochschulen inhaltlich und organisa-
670 torisch noch enger als bisher zusammenarbeiten; diese soll sich dabei auf Erst- bzw.
671 Initialberatung beschränken und sie mit bereits bestehenden Leistungsangeboten
672 kombinieren. Außerdem werden hier die Innovationsberatung (Landes- und Bunde-
673 sprogramme), die Beratungen nach dem Programm „Gründer-Coaching Deutsch-
674 land“ und die bereits praktizierte „Runder-Tisch-Beratung“ bei Unternehmenskrisen
675 gebündelt, sodass Rat suchende Unternehmer hier mit Blick auf KMU-Beratung „al-
676 les unter einem Dach“ vorfinden.

677
678 ■ **Investitionsfinanzierung:** Investitionen brauchen den Zugang zu Kapital. Daher
679 sollte das Instrument der Bürgschaftsbanken ausgebaut werden – und zwar durch
680 Anhebung des geltenden Bürgschaftshöchstbetrages, durch größere Eigenkompe-
681 tenz der Bürgschaftsbank für geringere Bürgschaftsvolumina (50.000 Euro) sowie
682 durch die Ausweitung der zulässigen Betriebsmittelfinanzierung. Es ist unser Ziel,

683 mittelständische Beteiligungsgesellschaften nachhaltig zu stärken. Modernen For-
684 men der Investitionsfinanzierung, wie insbesondere „Crowd Funding“, stehen wir of-
685 fen gegenüber und werden Möglichkeiten der Unterstützung und positiven Flankie-
686 rung prüfen.

687
688 ■ **Patentverwertung:** Mit der Schaffung einer „AG Innovationsverwertung“ werden
689 wir zur effektiveren und kundenorientierten Vermarktung von Patenten, Lizenzen
690 und Erfindungen beitragen. Damit sorgen wir für eine effektivere Vernetzung von
691 mittelständischer Wirtschaft und Wissenschaft. Basis der Arbeitsgemeinschaft wird
692 eine Kooperationsvereinbarung der bisher nicht miteinander vernetzten Einrichtun-
693 gen PVA (Universität), PMZ sowie interessierten Kreditinstituten.

694
695 ■ **Reduzierung der Abgabenbelastung:** Die vor Jahren eingeführte Vorfälligkeit bei
696 der Abführung der Sozialversicherungsbeiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
697 tern belastet unnötigerweise den Mittelstand und sollte wieder auf den Zeitpunkt
698 der Lohn- und Gehaltszahlung rückverlagert werden.

699
700 ■ **Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen:** Zur Gewährleistung eines diskriminie-
701 rungsfreien Zugangs zu öffentlichen Ausschreibungen sind die jetzigen EU-Schwel-
702 lenwerte beizubehalten bzw. jede Erhöhung der Mindestauftragswerte abzulehnen.
703 Im Rahmen der derzeitigen Revision der EU-Vergaberichtlinien ist eine Verbesse-
704 rung der Zulässigkeit von sog. Nebenangeboten anzustreben. Zur Stärkung des saar-
705 ländischen Mittelstandes bei öffentlichen Ausschreibungen, insbesondere durch
706 eine verstärkte Umsetzung der europäischen Regelungen für Ausschreibungen im
707 regionalen Marktumfeld, streben wir eine Ausweitung der Vergabemöglichkeiten an
708 regionale Unternehmen an.

709
710 ■ **Steuererleichterung:** Zur Verbesserung der Liquidität und der Eigenkapitaldecke ist
711 die Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung zunächst auf 1 Mio. Euro bzw. mittelfristig
712 – wie im europäischen Recht – auf 2 Mio. Euro anzuheben (Steuerpflichtigkeit erst
713 bei Zahlungseingang).

714

715

716 **6.4. Zukunft durch ein prima Gründungsklima**

717

718 ■ **Innovative Gründungsförderung für innovative Gründer:** Unsere immer noch un-
719 terdurchschnittliche Selbstständigen-Quote werden wir nur schließen, wenn wir
720 Menschen mit Geschäftssinn und -ideen für eine Unternehmensgründung bzw. eine
721 Unternehmensnachfolge begeistern. Im Wettbewerb mit anderen Regionen muss
722 das Saarland sich als attraktiver „Hotspot“ für innovative Gründer profilieren. Wir
723 brauchen dazu innovative Formate und neue Instrumente der Existenzgründungs-
724 förderung, um das Potenzial und die Motivation zur Umsetzung innovativer Ge-
725 schäftsideen zu fördern.

726

727 ■ **Bekennnis zu unserer Wirtschaftsstruktur:** Mit der Gründung junger Unterneh-
728 men in Form von StartUps werden in der Regel solche aus der IKT-Branche assoziiert.

729 Zu den wünschenswerten Unternehmensgründungen im Saarland gehören sowohl
730 „klassische“ StartUps mit teilweise enormen Wachstumsraten in der Startphase als
731 auch eher „konservative“ Gründungen, die solide und mit einer moderaten Dynamik
732 wachsen, auf Dauer Bestand haben und somit zur Schaffung von Arbeitsplätzen so-
733 wie zum Erhalt einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur im Saarland beitragen.

734 Wir bekennen uns durch die Fokussierung auf Investitionen im industriellen Sektor
735 zum Industriestandort Saarland. Mit dem Science-Park Saar, dem Innovationscam-
736 pus und dem IT-Park Saarland verfügt das Saarland bereits über ein IKT-Cluster, des-
737 sen Förderung weiterhin wünschenswert ist. Unsere Gründungsförderung ist aber
738 auch geprägt durch ein Bekenntnis zum Industriestandort Saarland und dem Beitrag
739 des Handwerks zu Innovation und Strukturwandel. An unserer Zusage zur Sicherung
740 der Techniker- und Meisterschule und der Einführung eines Meisterbonus halten wir
741 fest.

742 Wir setzen uns darüber hinaus für die Etablierung eines Clusters Industrie und Tech-
743 nologie ein, welches gezielt junge Unternehmen aus industrienahen Zweigen mit
744 dem Bedarf an Industrieflächen und einschlägigem Know-how anspricht und fördert.

745

- 746 ■ **Schaffung eines Gründer-Ökosystems:** Wir wollen im Saarland ein „Gründer-Öko-
747 system“ schaffen – also eine an- und aufregende Umgebung mit innovativen Rah-
748 menbedingungen, in der es jungen Menschen Spaß macht, gemeinsam mit gleichge-
749 sinnten Jungunternehmern neue Geschäftsideen zu realisieren. Wir werden ein „In-
750 kubator-ähnliches“ Förderkonzept umsetzen; dazu gehört die Einrichtung einer
751 Gründer-Lokation, die – neben Schulungs- und Veranstaltungsräumen – zeitlich be-
752 fristet Bürokapazitäten (Co-Working-Spaces) zur individuellen Nutzung zur Verfü-
753 gung stellt; dort sollen Betreuungs- und Coaching-Angebote, aber auch Kommuni-
754 kations- und Begegnungsmöglichkeiten für junge Gründer vorgehalten werden. Aus-
755 gewählte Gründer mit marktfähigen und technologisch innovativen Geschäftsideen
756 sollen hier gezielt gefördert werden – und zwar sowohl durch Intensiv-Seminare
757 „Existenzgründung“ als auch durch individuelles „Gründungs-Coaching“ auf der Ba-
758 sis individueller Businesspläne. Neben der räumlichen und sächlichen Infrastruktur
759 soll den Nutzern ein kleines Team spezialisierter Berater (Rechts-, Steuer-, Marke-
760 ting- und IT-Beratung) zur Verfügung stehen, um den jungen Gründern unternehme-
761 risches Know-how für den realen Unternehmensalltag zu vermitteln.

- 762
- 763 ○ **Zielgruppen:** Dieses Angebot soll junge „High-Potentials“ ansprechen – und
764 zwar sowohl im Saarland als auch an nicht-saarländischen Hochschulstandor-
765 ten mit herausragender technologischer Kompetenz. Insbesondere geht es
766 dabei um junge Wissenschaftler, die ihre Forschungsergebnisse und Produk-
767 tideen in Geschäftsmodelle und Existenzgründungen umsetzen wollen. Nat-
768 ürlich sollen auch Erfinder mit entwicklungsreifen Ideen und Produkten so-
769 wie Fachkräfte, die mit ihrer technischen Expertise und langjähriger Markt-
770 beobachtung ein erfolgversprechendes Produkt bzw. eine innovative Ge-
771 schäftsidee entwickelt haben, das „Förderzentrum Saarland“ nutzen können.

772

- 773
774
775
776
777
778
779
780
781
- **Gründerkapital:** Ergänzend zum Betreuungsangebot erfolgt der Aufbau einer aus privaten und öffentlichen Stakeholdern bestehende Beteiligungsgesellschaft; damit sollen die geförderten Nachwuchsunternehmen einen leichteren Zugang zum Kapitalmarkt erhalten, um ihre ausgereiften und marktfähigen Geschäftsideen als Unternehmensgründung „auszurollen“. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieses Angebotes muss natürlich die vertraglich vereinbarte Zusage einer anschließenden Gründung bzw. Niederlassung im Saarland sein.
- 782
783
784
785
786
787
788
789
790
- **Gründer-Coaching Saarland:** Das Saarland braucht für junge, geschäftstüchtige und innovative Menschen ein „ansteckendes“ Gründungsklima und sollte sich auch überregional als eine moderne Gründerregion präsentieren – spannend und mit einer vorbildlichen Förderstruktur. Dazu wollen wir – ergänzend zur regionalen bzw. kamergetragenen Gründerbetreuung (SOG) – eine kontinuierliche Rahmenbetreuung aller Gründer gewährleisten und diese Rundum-Betreuung zum Markenzeichen unseres saarländischen „Gründer-Ökosystems“ machen. Dieses Gründer-Coaching besteht aus:
 - **Zentrales Datenmanagement:** Aufbau einer Datenbank, in der alle potenziellen bzw. tatsächlichen Existenzgründer, die bei den jeweiligen SOG-Partnern vorstellig werden, erfasst werden;
 - **Gezielte Informationsimpulse:** Weitere Pflege der bereits bestehenden Datenbank „Gründerqualifizierung“ (evtl. Ausbau zu einer SOG-Datenbank, insbesondere Gründerförderung und Gründerfinanzierung); Vermittlung gezielter Angebote im Sinne der Nachqualifizierung von Gründern mit Kompetenzdefiziten; Möglichkeit von (Zwischen-)Erfolgsbewertungen;
 - **Regelmäßiger Content-Service:** Regelmäßiger Versand von gründungsrelevanten Informationen für die in der Datenbank erfassten Gründer über Qualifizierungsangebote, Fachliteratur, Veranstaltungen, Förderprogramme, Beratungsmöglichkeiten etc.;
 - **Schutzglocke für Gründer in der Startphase:** Wir wollen jungen Unternehmen den Markteinstieg erleichtern und dazu beitragen, dass sich Gründer auf ihr unternehmerisches Kerngeschäft fokussieren können. Daher wollen wir junge Unternehmer zu Beginn der Gründerphase von allgemeinen Regularien befreien.
 - **Gründen muss Schule machen:** Um eine positive Gründerkultur zu etablieren, wollen wir erreichen, dass gründerpezifisches Wissens und betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse bereits in der (weiterführenden) Schule vermittelt werden. Hierzu werden Lehrinhalte mit direktem inhaltlichem Bezug zu den Themenfeldern Unternehmensgründung und unternehmerischem Denken im Allgemeinen verankert werden. Selbständigkeit, Kreativität und Eigeninitiative und insbesondere ökonomisches Denken gehören nicht nur zu
- 791
792
793
794
795
796
797
798
799
800
801
802
803
804
805
806
807
808
809
810
811
812
813
814
815
816
817
818

819 den wesentlichen Charakterzügen eines „typischen“ Unternehmers, sondern
820 stellen darüber hinaus elementare Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einer
821 wissens- und innovationsbasierten Volkswirtschaft dar. Daher spricht für
822 eine verstärkte Etablierung von Elementen einer unternehmerischen Grün-
823 derkultur in der Bildungs- und Hochschulpolitik nicht nur das Ziel, die Grün-
824 derquote zu erhöhen; von einer verstärkten Vermittlung ökonomischer
825 Kenntnisse können Spill-Over-Effekte generiert werden, von denen sowohl
826 selbstständige Unternehmer als auch abhängig Beschäftigte im weiteren Er-
827 werbsleben profitieren. Wir wollen solche Formate stärker unterstützen, die
828 sich um Schülerfirmen kümmern. Diese sind hervorragend zur Erweckung des
829 „Unternehmer-Gens“ in jungen Menschen geeignet. Wir wollen daher diese
830 mit ähnlichen Maßnahmen bündeln, um durch eine Konzentration der Mittel
831 mehr zu erreichen.

- 832
- 833 ■ **Unternehmensnachfolge:** In den nächsten fünf Jahren stehen im Saarland über
834 6.000 Unternehmen zur Übergabe an. Bei Unternehmern ist die Hemmschwelle je-
835 doch oft sehr groß, sich um einen geeigneten Nachfolger zu kümmern. Wir wollen
836 übergabewillige Unternehmer besser unterstützen und dafür sorgen, dass Unterneh-
837 mer und mögliche Nachfolger frühzeitig Kontakte knüpfen können. In Ergänzung zur
838 erfolgreichen Nachfolge-Beratung der SIKB wollen wir dazu beitragen, die allseits
839 bekannten „Hemmschwellen“ bei der Ab- bzw. Übergabe von Unternehmen zu über-
840 winden und erfolgreiche Übernahmen durch interne oder externe Nachfolger zu ini-
841 tiieren; zu unserem Angebot zählen:
 - 842
 - 843 ○ **Schnell-Tests zur Unternehmensbewertung:** Wir wollen die KMU im Saar-
844 land rechtzeitig auf die Chancen einer vollzogenen Unternehmensübergabe
845 und die Risiken einer nicht rechtzeitigen Unternehmensübergabe hinweisen.
846 Dazu werden wir ein niedrighschwelliges und leicht einsetzbares Beratungsan-
847 gebot entwickeln. Im Mittelpunkt dabei steht das Angebot einer ersten Grob-
848 Prognose, wie sich der Unternehmenswert in den nächsten Jahren voraus-
849 sichtlich entwickelt und wann der beste Zeitpunkt für eine Übergabe ist. Des-
850 halb wollen wir die Entwicklung eines wissenschaftlich basierten Schnelltests
851 als Grundlage einer Einstiegsberatung fördern.
 - 852
 - 853 ○ **Koordinierung des Übergabe-Prozesses:** Das Beratungsangebot versteht
854 sich lediglich als Einstiegs- und Impulsberatung; es ersetzt nicht die umfäng-
855 liche Unternehmensgesamtbewertung (Due Diligence); sie soll lediglich das
856 Bewusstsein für die Notwendigkeit stärken, Übergabeprozesse rechtzeitig
857 vorzubereiten und einzuleiten. Dabei soll eng mit der SIKB, der regionalen
858 Kreditwirtschaft und den Wirtschaftsfördergesellschaften zusammengear-
859 beitet werden.
 - 860
 - 861 ■ **Gründen für alle:** Es ist unser Anspruch und Ziel einer modernen und nachhaltigen
862 Wirtschaftspolitik der CDU Saar, die Gründer- und Selbständigenquote im Saarland
863 spürbar und kontinuierlich zu erhöhen. Dabei begrüßen wir auch niederschwellige
864 Nebenerwerbsgründungen. Unser Ziel wollen wir auf zwei Wegen erreichen:

865
866
867
868
869
870
871
872
873
874
875
876
877
878
879
880
881
882
883
884
885
886
887
888
889
890
891
892
893
894
895
896
897
898
899
900
901
902
903
904
905
906
907
908
909
910

- **Mehr Mut zur Unternehmensgründung:** Wir wollen solche Personenkreise zur Unternehmensgründung ermutigen, deren Gründerquote bisher noch unterdurchschnittlich gering ist. Zu dieser Zielgruppe zählen insbesondere Frauen. Nicht nur im Saarland, sondern auch in allen europäischen Ländern gründen deutlich mehr Männer als Frauen. Dies liegt nicht nur daran, dass besonders viele weibliche Arbeitskräfte als hochqualifiziertes Fachpersonal auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden. Frauen treffen mehrheitlich bereits in der Schulphase bzw. während des Studiums eine Entscheidung gegen eine Orientierung in die MINT-Fächer. Wir fordern daher, insbesondere Frauen bereits in der Schule stärker für MINT-Fächer zu begeistern, um somit dazu beizutragen, den Anteil weiblicher Gründer in diesem Bereich zu erhöhen.

- **Weniger Gründungshürden:** Wir wollen außerdem Hürden für Gründungsfreudige abbauen und deren Mut zu unternehmerischem Handeln unterstützen. Gerade unter Personen mit Migrationshintergrund ist der Gründeranteil höher als beim Rest der Erwerbsbevölkerung. Da Migranten durch ihre Gründerfreudigkeit einen wichtigen Beitrag zur Unternehmenslandschaft leisten und sich aber gleichzeitig großen Gründungshürden und Abbruchrisiken konfrontiert sehen, wollen wir einen Fokus auf diese Gruppe legen und deren Mut zu unternehmerischem Handeln unterstützen.

6.5. *Zukunft durch einen fairen und dynamischen Arbeitsmarkt*

- **Wohlstand für alle:** Mit derzeit 6,7 Prozent ist die Arbeitslosigkeit im Saarland so niedrig wie seit über 35 Jahren nicht mehr. Seit die CDU Saar im Jahre 1999 die Regierungsverantwortung übernommen hat, ist die Arbeitslosigkeit um über 15.000 Menschen bzw. um über 30 Prozent gesunken; damit verbunden ist ein großer Anstieg der unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Dennoch gehören prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit immer noch zur gesellschaftlichen Realität. Wir müssen – gemeinsam mit der Bundesregierung – dafür sorgen, dass die Schere zwischen arm und reich in unserem Land nicht auseinandergeht, sondern weiter geschlossen wird. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich und ihre Familien von ihrem Lohn ernähren können. Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft treten wir für faire Löhne und reguläre tarifliche Beschäftigung ein.

- **Weiterführung A-Saar:** Menschen mit schweren Vermittlungshindernissen müssen geeignete Angebote zur Wiedereingliederung in den regulären Arbeitsmarkt gemacht werden. Die Landesregierung hat daher in parteiübergreifender Gemeinsamkeit das Arbeitsmarktprogramm A-Saar aufgelegt. Die Einrichtungen, die mit ihren Maßnahmen die Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt fördern, sollen weiter unterstützt werden. Dafür müssen auch in der nächsten Legislaturperiode finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden; gleichzeitig soll das Programm A-Saar evaluiert werden, um zukünftig die Mittel noch effektiver einsetzen

911 zu können. Jeder, der arbeitsfähig und arbeitswillig ist, aber bisher keinen Zugang
912 zum Arbeitsmarkt findet, soll von diesen Wiedereingliederungsmaßnahmen profitie-
913 ren können.

914

915 ■ **Instrumentenreform (Passiv-Aktiv-Transfer):** Trotz der Erfolge beim Abbau der Ar-
916beitslosigkeit stellen wir fest, dass bei sinkender Arbeitslosigkeit ein Sockel an Men-
917schen verbleibt, die keinen Zugang in den ersten Arbeitsmarkt finden. In beschränk-
918tem Umfang wollen wir daher Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Beim „Passiv-
919Aktiv-Transfer“ werden Leistungen, die Langzeitarbeitslose sonst passiv für den Le-
920bensunterhalt bekommen, in Zuschüsse für Beschäftigung umgewandelt, um Men-
921schen den Übergang in reguläre Beschäftigung zu ebnen. Die Einrichtung und der
922Aufbau dieser Angebote sind im erforderlichen Umfang nur finanzierbar, wenn der
923so genannte „Passiv-Aktiv-Transfer“ ermöglicht wird. Wir unterstützen deshalb die
924Idee, das Saarland als kleinstes Flächenland zu einer Modellregion des „Passiv-Aktiv-
925Transfer“ auszugestalten.

926

927 ■ **Faire Arbeit:** Das sozialversicherungspflichtige, unbefristete Beschäftigungsver-
928hältnis ist für uns die Normalität und nicht die Ausnahme. Wir haben die Einführung
929des Mindestlohnes vorangetrieben und landeseigene Regelungen getroffen, um
930Leiharbeit nicht zu honorieren. Zeit- bzw. Leiharbeit ist jedoch für uns nicht aus-
931schließlich negativ, sondern als zeitlich befristeter „Einstiegskorridor“ in den ersten
932Arbeitsmarkt und als Instrument zur Bewältigung von Belastungsspitzen grundsätz-
933lich geeignet. Um auf zukünftige Fragen nach der demografischen Entwicklung des
934Arbeitsmarktes, des Arbeitsschutzes, der Belastungen am Arbeitsplatz und der Digi-
935talisierung der Arbeitswelt die richtigen Antworten zu finden, arbeiten wir eng mit
936den Sozialpartnern, aber auch mit anderen Akteuren der Saarwirtschaft zusammen.
937Um das Saarland als eine Region der besonders attraktiven Arbeitgeber und Ausbil-
938der zu profilieren, werden wir die konzeptionelle Entwicklung und freiwillige Umset-
939zung eines speziellen Gütesiegels „Arbeitgeber-Attraktivität“, das insbesondere
940auch die Attraktivität des jeweiligen Unternehmens als Ausbildungsunternehmen
941berücksichtigt, mit klaren Kriterien für die Auditierung fördern.

942

943 ■ **Sonn- und Feiertage schützen:** Wir werden uns für den Schutz der Sonn- und Feier-
944tage einsetzen. Die aktuellen gesetzlichen Regelungen sind zu erhalten. Dies gilt
945ebenso für den Schutz der stillen Feiertage und das Tanzverbot an Karfreitag. Für uns
946sind Regelungen zum Schutz dieser besonderen Tage Ausdruck des Respekts vor
947dem Glauben, der unser Land prägt. Gerade in einer von vielen als lauten, schnellen,
948von Veränderung und zum Teil Ängsten geprägten Zeit ist dies von besonderer Be-
949deutung für den Schutz der Arbeitnehmer und der gemeinsamen freien Zeit für die
950Familien.

951

952

953

954 **6.6. Digitale Kompetenz als Schrittmacher des wirtschaftlichen Strukturwandels**
955

- 956 ▪ **Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie:** Die Digitalisierung ist aus unserem Le-
957 ben nicht mehr wegzudenken – weder im Privatleben noch in der Wirtschaft; sie be-
958 einflusst die Geschäfts- und Arbeitsprozesse, steigert die Produktivität, erhöht den
959 Umsatz und sichert Beschäftigung. Wir wollen unsere digitale Kompetenz zu einem
960 Markenzeichen des Saarlandes machen. Um hier die notwendigen Investitionen auf
961 privater wie auf öffentlicher Ebene anzustoßen und auch im Bereich der Hochschul-
962 entwicklungsplanung die richtigen Weichen zu stellen, haben wir bereits einen Digi-
963 talisierungsrat eingesetzt; er berät die Landesregierung bei der Umsetzung ihrer Di-
964 gitalisierungsstrategie; in Zukunft werden wir mit innovativen Lösungen in der Ver-
965 waltung und in der öffentlichen Daseinsvorsorge unsere digitale Kompetenz weiter
966 ausbauen. Im Rahmen des Digitalisierungsforums wollen wir alle relevanten Akteure
967 in die Entwicklung und Umsetzung unserer Digitalisierungsstrategie einbinden.
968
- 969 ▪ **Zugang zu schnellem Internet:** Wichtigste Voraussetzung für den digitalen Wandel
970 ist der Zugang zu schnellem Internet. Denn digitale Dienste wie soziale Netzwerke,
971 Cloud Computing und das große Interesse an Wirtschaft 4.0-Anwendungen steigern
972 den Bedarf nach immer leistungsfähigeren Verbindungen. Die Verfügbarkeit einer
973 breitbandigen Infrastruktur wird deshalb immer wichtiger. Regionen, die davon aus-
974 geschlossen sind, laufen Gefahr, im Standortwettbewerb abgehängt zu werden. Im
975 Saarland können wir uns grundsätzlich über die Versorgung nicht beklagen. Denn die
976 Verfügbarkeit von Internet bis zu 18 Mbit/sec. Übertragungsgeschwindigkeit ist be-
977 reits nahezu flächendeckend. Außerdem surfen bereits über zwei Drittel aller saar-
978 ländischen Haushalte mit Geschwindigkeiten bis zu 50 Mbit/sec.; aber: die im statis-
979 tischen Mittel gute Versorgung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer
980 noch unterversorgte Gebiete gibt. Diese digitalen Lücken werden wir mit eigenen
981 und zusätzlichen Mitteln des Bundes bis 2018 flächendeckend schließen. Die Digi-
982 talisierung erfordert jedoch noch viel schnellere Bandbreiten, wir werden deshalb im
983 Saarland die Voraussetzungen für eine Gigabit-Gesellschaft schaffen. Flankierend
984 wollen wir die Einrichtung freier WLAN-Angebote fördern, um auch im öffentlichen
985 Raum einen niedrighwelligen Zugang zur Breitbandanbindung zu ermöglichen.
986
- 987 ▪ **Ausbau des digitalen öffentlichen Leistungsangebotes:** Die im internationalen
988 Vergleich herausragende FuE-Kompetenz unserer Hochschulen im Bereich der IuK-
989 Technologien wird ein Schrittmacher auf dem Weg des Saarlandes zu einer digitalen
990 Modellregion sein. Dazu gehört für uns aber auch, dass wir eine Vorreiterrolle bei
991 innovativen digitalen Anwendungen im Bereich der öffentlichen Leistungen, insbe-
992 sondere im Bildungsbereich und in der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen.
993 Dazu gehören digitale Lösungen zur besseren Vernetzung im Bereich der ambulan-
994 ten und stationären Gesundheitsversorgung und zum Ausbau von Angeboten der
995 Telemedizin (inkl. Elektronische Patientenakte); aber auch im Bereich der Aus-, Fort-
996 und Weiterbildung wollen wir digitale Konzepte im Sinne von E-Learning durch den
997 Aufbau einer elektronischen Informationsplattform für berufsbegleitende Studien-
998 angebote (Etablierung neuer Formate wie z.B. Webinare, Edutainment etc.) umset-
999 zen.

1000
1001
1002
1003
1004
1005
1006
1007
1008
1009
1010
1011
1012
1013
1014
1015
1016
1017
1018
1019
1020
1021
1022
1023
1024
1025
1026
1027
1028
1029
1030
1031
1032
1033
1034
1035
1036
1037
1038
1039
1040
1041
1042
1043
1044

- **Öffentlicher Dienst als Vorbild bei der Umstellung auf digitale Strukturen:** Landes- und Kommunalverwaltungen müssen eine Vorbildfunktion auf dem Weg zur digitalen Modellregion übernehmen. Dazu werden wir die systemische Integration der IT-Infrastrukturen auf allen Verwaltungsebenen vorantreiben. Notwendig dazu sind landesweit einheitliche IT-Standards, der Aufbau ressortübergreifender Supportstrukturen und die Etablierung gemeinsamer Planungs- und Steuerungsgremien (IT-Zentralisierung); von zentraler Bedeutung ist darüber hinaus die konsequente Umsetzung des E-Government-Pakts 2.0 zwischen dem Land und den Kommunen (Kooperation bei der gesamten operativen IT-Technologie, bei Datennetzen, bei E-Government-Basiskomponenten, internetgestützte Verwaltungsdienstleistungen, einzelfallbezogenen Informationen mittels elektronischer Akten etc.).

6.7. *Zu Gast im Saarland: Entdecken. Erleben. Entspannen.*

- **Wachstum durch Tourismus:** Der Tourismus ist durch mutige und gezielte Investitionen zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor für das Saarland geworden. Projekte wie der Ferienpark am Bostalsee, das Saarlandthermenressort oder der Nationalpark Saar-Hunsrück stellen Leuchttürme der saarländischen Tourismuswirtschaft dar. Aber auch das einzigartige Netz an attraktiven Rad- und Premiumwanderwegen hat das Saarland vom Geheimtipp zur wichtigen touristischen Destination werden lassen.
- **Klasse statt Masse:** Mehrfach prämierte Wander- und Radwege sind ein Indiz dafür, dass im Saarland eine qualitativ hervorragende Infrastruktur für Wanderer und Radfahrer vorhanden ist. Diesen Weg wollen wir weitergehen, indem wir gezielt in den Ausbau einzelner Projekte investieren wollen. Dadurch wollen sicherstellen, dass durch die Erschließung immer neuer Tourismusattraktionen der Schutz der Umwelt und das „Erlebbar machen“ der saarländischen Natur nicht in einen Zielkonflikt geraten.
- **Chancen der Digitalisierung nutzen:** Um das das breite Tourismus-Angebot des Saarlandes noch attraktiver zu machen, wollen wir einzelne Tourismus-Events interregional (insbesondere in Frankreich) bewerben sowie die digitale Elemente im Rahmen eines ganzheitlichen Tourismus-Konzepts etablieren. Dazu gehört etwa die Implementierung von „Augmented Reality“-Elementen in der touristischen Angebotspalette. Vor dem Hintergrund der industriekulturellen Geschichte des Saarlandes können vor allem Touristen und Urlauber, aber auch einheimische Saarländerinnen und Saarländer alltägliche Orte aus einem alternativen Blickwinkel erleben.
- **Professionelles Ansiedlungsmanagement:** Tourismus lebt von permanenter Reattraktivierung und Schaffung neuer interessanter Ausflugziele und Attraktionen. Daher wollen wir auch in Zukunft gezielt in die Qualität unseres touristischen Angebots investieren. Wir werden dabei Rahmenbedingungen schaffen, die private Folgein-

1045 vestitionen ermöglichen. Hierzu ist die Etablierung eines professionellen Ansied-
1046 lungsmanagements für touristische Betriebe und Attraktionen notwendig. Wir wol-
1047 len die bestehenden Attraktionen stärker vernetzen, um ein ganzheitliches Erleb-
1048 nisangebot für Touristen zu schaffen. Die Einrichtung der Saarlandcard stellt hierbei
1049 einen wichtigen Schritt dar.

1050

1051 ■ **Kongress- und Messtourismus:** Ein Schwerpunkt der kommenden Legislaturperi-
1052 ode wird die Ausweitung des Kongress- und Messtourismus in der Landeshaupt-
1053 stadt und dem ganzen Saarland sein. Wir sind der Auffassung, dass Investitionen in
1054 die Congresshalle aufgrund des Wegfalls der Saarmesse unabdingbare Notwendig-
1055 keiten darstellen. Diese sollen sich an den Bedürfnissen der MICE-Branche orientie-
1056 ren und unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen des Landes
1057 getätigt werden.

1058

1059 ■ **Gesundheitstourismus:** Die CDU Saar setzt sich für eine stärkere Profilierung des
1060 Saarlandes im Bereich des Gesundheitstourismus ein. Der Trend zur Nutzung medi-
1061 zinischer Selbstzahlerangebote während des Erholungsurlaubs hat in den vergange-
1062 nen Jahren einen starken Zuwachs erhalten. Neben einer Bündelung der bestehen-
1063 den Angebote ist eine gezielte Vermarktung des Saarlandes als gesundheitstouristi-
1064 sche Destination notwendig um an der zunehmenden Wertschöpfung in diesem Tou-
1065 rismussegment zu profitieren."

1066

1067

1068

1069 **7. Hochschulpolitik – Unser Programm für leistungsfähige Hochschulen** 1070 **und exzellente Wissenschaft!**

1071

1072 Die Attraktivität unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist ein wichtiger Indi-
1073 kator für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Mit der weiterentwickelten Innovations-
1074 strategie und dem neuen Hochschulentwicklungsplan gibt es jetzt die notwendige Pla-
1075 nungssicherheit, damit Hochschulen und Forschungseinrichtungen weiter eine stabile und
1076 erfolgreiche Entwicklung nehmen können. Wir wollen die erarbeiteten Spielräume nutzen,
1077 um nach Jahren der auch schmerzhaften Einsparzwänge ab 2020 wieder steigende (mindest-
1078 ens real stabile) Hochschulhaushalte zu verwirklichen. Das heißt für uns konkret: Ab dem
1079 Jahr 2020 wollen wir die saarländischen Hochschulen nicht nur durch zusätzliche Sanie-
1080 rungsmaßnahmen an den Hochschulgebäuden im Rahmen des dann wachsenden Investiti-
1081 onsniveaus partizipieren, sondern darüber hinaus an dem allgemeinen Steuereinnahme-
1082 wachstum angemessen teilhaben lassen. Daraus ergibt sich bei einem Zuwachs von 2,5 %
1083 pro Jahr ein kumulierter Aufwuchs in den Jahren 2020 bis 2030 von 350 Mio. Euro.

1084

1085

1086 **7.1. Attraktivität durch wissenschaftliche Exzellenz und optimale Studierbedingungen**

1087

1088 ■ **Profilbildung:** Die Bund-Länder-Hochschulprogramme (Hochschulpakt, Exzellenz-
1089 strategie und „Innovative Hochschule“) eröffnen hervorragende Chancen, die vor-

1090 handenen Kompetenzschwerpunkte der Hochschulentwicklungsplanung weiter aus-
1091 zubauen. Wir geben die Zusage, dass bei der Teilnahme an diesen wettbewerblichen
1092 Programmen alle Anträge die erforderliche Absicherung der Co-Finanzierung durch
1093 Landesgelder erhalten. Mit diesen international wettbewerbsfähigen Leistungs-
1094 schwerpunkten werden wir den hervorragenden Ruf unserer Hochschulen und For-
1095 schungseinrichtungen weiter stärken.

1096
1097 ■ **Kompetenzschwerpunkte:** Für die Profilierung des Saarlandes als digitale Modell-
1098 region ist die weitere Stärkung der Informatik an den Hochschulen und außerhoch-
1099 schulischen Forschungseinrichtungen entscheidend; insofern wird der hervorra-
1100 gende Informatikschwerpunkt aus Universität einschließlich CISPA, gemeinsam mit
1101 Wissenschaftlern des Max-Planck-Instituts für Informatik sowie des Max-Planck-In-
1102 stituts für Softwaresysteme und des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche
1103 Intelligenz (DFKI) ermutigt, einen Folgeantrag für das Exzellenzcluster in der Infor-
1104 matik zu stellen. Die Informatik, insbesondere die IT-Sicherheitsforschung und die
1105 Rechtsinformatik, werden zudem bei der engeren Zusammenarbeit und ergänzen-
1106 den Schwerpunktbildungen auch mit leistungsfähigen Partnern in Lothringen und
1107 Luxemburg unterstützt. Auch der Bereich Lebenswissenschaften, der von den Bio-
1108 wissenschaften und Bioinformatik über molekulare und klinische Medizin sowie die
1109 Pharmazie bis hin zur Nanotechnologie hervorragende Potenziale hat, wird für eine
1110 erstmalige Antragstellung auf ein Exzellenzcluster unterstützt. Hier kann an die gute
1111 Zusammenarbeit bei der erfolgreichen Beantragung des Präklinischen Zentrums für
1112 Molekulare Medizin (PZMS) und des Center for Integrative Physiology and
1113 Molecular Medicine (CIPMM) angeknüpft werden. Mit dem Europakolleg – CEUS hat
1114 die Universität Anstrengungen zur Bündelung der Kompetenzen in der Europafor-
1115 schung unternommen. Wir unterstützen die Bemühungen zur Etablierung der Saar-
1116 brücker Europa-Konferenzen und einen großen Verbundforschungsantrag, um den
1117 Europaschwerpunkt weiter zu profilieren und werden dies durch eine Anschubfinan-
1118 zierung unterstützen. Um auch die Generationen, die nicht zu den Digital Natives
1119 gehören, beim digitalen Wandel mitzunehmen, werden allerorts zugängliche Weiter-
1120 bildungsangebote z.B. über die Volkshochschulen vorgehalten.

1121
1122 ■ **Internationalität:** Ein Markenzeichen unserer Hochschul- und Wissenschaftsland-
1123 schaft ist ihre Internationalität. Dies gilt sowohl für die überdurchschnittliche Zahl
1124 ausländischer Studierender und Wissenschaftler als auch für die Offenheit gegen-
1125 über Flüchtlingen. Wir unterstützen die Hochschulen darin, weiterhin besonders
1126 viele gemeinsame Studienangebote mit Hochschulen im Ausland anzubieten. Frank-
1127 reich wird dabei auch künftig eine besondere Rolle einnehmen. Gerade dass junge
1128 Menschen Internationalität erleben und leben, ist die beste Investition in ein friedli-
1129 ches, geeintes Europa.

1130
1131 ■ **Studierendenquote:** Wir wollen ein attraktives und qualitativ hochwertiges Studi-
1132 enangebot bieten und haben das Ziel, die Zahl der Studierenden auf konstant hohem
1133 Niveau zu halten. Die besonderen Leistungen, wie sie derzeit das Studentenwerk den
1134 Studierenden der Universität anbietet, müssen künftig von allen Studierenden aller
1135 Hochschulen wahrgenommen werden können.

1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148
1149
1150
1151
1152
1153
1154
1155
1156
1157
1158
1159
1160
1161
1162
1163
1164
1165
1166
1167
1168
1169
1170
1171
1172
1173
1174
1175
1176
1177
1178
1179
1180
1181

- **Investitionsstau abbauen:** In den letzten Jahren sind viele neue Gebäude an den Hochschulen entstanden, andere aufwändig saniert worden. Gleichwohl gibt es weiterhin steigende Sanierungsbedarfe. Die Landesregierung wird hier in der kommenden Legislaturperiode einen Schwerpunkt setzen. An der Universität müssen sowohl in Saarbrücken als auch Homburg große Sanierungsmaßnahmen umgesetzt werden, dazu gehören auch die Gebäude der Philosophischen Fakultät. Als Grundlage für die Baumaßnahmen soll ein Rahmenbauplan dienen. Für die Campuserwicklung der HTW in Alt-Saarbrücken bedarf es in besonderem Maße der flankierenden Unterstützung der Stadt. Auch den baulichen Bedarf der Hochschule für Musik werden wir berücksichtigen. Das Land wird hierfür kraftvolle eigene Anstrengungen unternehmen und für die Hochschulen ein stabiles und planungssicheres Baubudget vorsehen, sich aber gleichzeitig auf Bundesebene für ein Bund-Länder-Programm Hochschulsanierung stark machen. Wir wollen die Zuständigkeiten im Hochschulbau überprüfen und ggf. neue Finanzierungsmodelle eröffnen.

7.2. *Hochschulen und Forschung im Dienste des wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandels*

- **Kompetenzschwerpunkt Wirtschaft 4.0:** Das Saarland ist ein starker Industrie- und Automobilstandort mit einer hohen Kompetenz beim Einsatz modernster Produktionstechnologien und der Entwicklung mechatronischer Komponenten. Im Zuge der Digitalisierung werden modernste Produktions- und Fertigungstechnik und Montageverfahren ebenso unterstützt wie die Materialwissenschaften und die verschiedenen Ansätze der digitalen Vernetzung von Fahrzeug und Umgebung. Unsere international renommierten Forschungsinstitute wie das Zentrum für Mechatronik (ZeMa) oder das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) sowie die Forschungs- und Ausbildungsleistungen an HTW und UoS sind ein Standort-Plus, das wir im Zuge der zunehmenden Digitalisierung zur Stärkung unserer industriellen Wettbewerbsfähigkeit nutzen müssen.
- **Technologieförderung:** Wir werden die innovative Kompetenz saarländischer Forschungseinrichtungen und Hochschulen stärker mit den Anforderungen und Anwendungsbedarfen der Unternehmen zusammenführen. Dadurch sollen Erkenntnisse für die Entwicklung neuer Produkte, Prozessinnovationen und Geschäftsmodelle unmittelbar in die wirtschaftliche Nutzung überführt werden. Das neue „Zentrale Technologieprogramm Saar“ wird gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen mit hoher Hebelwirkung fördern. Gleichzeitig unterstützen wir die Hochschulen in ihren erfolgreichen Aktivitäten Existenzgründungen zu fördern; so können sich KWT, Fitt und saaris hervorragend ergänzen, um junge Hochschulabsolventen, aber auch erfahrene Wissenschaftler oder Praktiker auf dem Weg zu innovativen Produkten und marktfähigen Dienstleistungen zu begleiten.

1182

1183 **8. Kinder- und Schulpolitik – Unser Programm für eine bestmögliche Ent-** 1184 **wicklung unserer Kinder!**

1185

1186 Kinder sind der Reichtum unserer Gesellschaft; sie dürfen kein Armut- oder Karriererisiko
1187 sein, sondern müssen als Ausdruck von Lebensbejahung und Lebensfreude gesehen werden.
1188 Gleichzeitig muss aber auch gesehen werden, dass Kindheit heutzutage großen Verände-
1189 rungen ausgesetzt ist: steigende Scheidungsraten, viele alleinerziehende Eltern, Zunahme
1190 der Berufstätigkeit beider Elternteile, Aufwachsen ohne Geschwisterkinder, steigendes Ar-
1191 mutsrisiko und eingeschränkte Erfahrungsräume sind nur einige Faktoren, denen Kinder zu-
1192 nehmend ausgesetzt sind. Eltern stehen heute unter dem besonderen Druck; dies erfordert
1193 die Ausrichtung an Erziehungsmodellen, die sich einerseits an selbstbestimmten individuel-
1194 len Lebenskonzepten und andererseits an beruflicher Kompetenz und sozialer Verantwor-
1195 tungsfähigkeit ausrichten. Ausbau von Betreuungsstrukturen und Stärkung der Elternkom-
1196 petenz sind daher für uns zwei Seiten der selben Medaille.

1197

1198

1199 **8.1. Für ein ausreichendes und verlässliches Betreuungsangebot**

1200

1201 **▪ Entlastung junger Familien bei Bildungs- und Betreuungskosten durch das Bil-**
1202 **dungskonto:** Gerade für junge Familien sind die mit Kinderbetreuung und Schule
1203 verbundenen Kosten eine heftige finanzielle Belastung. Insbesondere solche Eltern,
1204 die beide berufstätig sind bzw. sein müssen, stehen damit regelmäßig alleine da. Da-
1205 her wollen wir diese Familien besonders unterstützen. Hierzu werden wir ein Bil-
1206 dungskonto für jedes Kind, das ab dem 1.1.2018 geboren wird, in einem ersten
1207 Schritt mit einem Guthaben von 2.000 Euro anlegen. Damit werden Familien Kosten
1208 für Betreuung in Kindergärten, Krippen oder durch Tagesmütter bis hin zur Ganz-
1209 tagsbetreuung in der Schule ab dem 1.1.2020 begleichen können. 2.000 Euro ent-
1210 sprechen in etwa dem durchschnittlichen Erstattungsbetrag eines Regelkindergar-
1211 tenplatzes für 1,5 Kindergartenjahre. Damit schaffen wir eine spürbare finanzielle
1212 Entlastung der Familien und geben ihnen die Flexibilität, den Betrag abhängig von
1213 der jeweiligen Lebenssituation einsetzen zu können. Die dafür zu veranschlagenden
1214 14 Mio. Euro sind eine realistische Investition in die Attraktivität des Saarlandes für
1215 junge Familien.

1216

1217 **▪ Ausbau der Krippen- und KiTa-Plätze:** Wir haben seit 2012 die Zahl der Krippen-
1218 plätze von rund 4.000 (20 % Versorgungsquote) auf über 6.300 gesteigert; hinzu
1219 kommen knapp weitere 900 im Aufbau begriffene Krippenplätze, die in absehbarer
1220 Zeit eine Betriebserlaubnis erhalten werden. Dies entspricht dann einer Versor-
1221 gungsquote von rund 35 %; in den nächsten Jahren werden wir den Versorgungsgrad
1222 auf landesweit 40 % steigern. Die KiTa-Angebote müssen im Ganztagsbereich aus-
1223 gebaut und jedoch bezahlbar bleiben; derzeit haben wir im Saarland eine einkom-
1224 mensabhängige Beitragsstaffelung im letzten Kindergartenjahr. Langfristiges Ziel
1225 bleibt die vollständige Beitragsfreiheit; dafür müssen aber finanzielle Spielräume ge-
1226 schaffen werden. In einem ersten Schritt auf dem Weg zur völligen Abschaffung der
1227 Beiträge werden wir diese einkommensabhängige Staffelung schrittweise auf die

1228 vorgelagerten Kindergartenjahre ausweiten. Für Kinder zwischen 3 und 6 Jahren
1229 brauchen wir mehr Ganztagsangebote bis mindestens 17.00 Uhr.

1230

1231 ■ **Sicherung der Betreuungsqualität:** Der Ausbau der Betreuungskapazitäten darf
1232 aber nicht zu Lasten der Qualität gehen. Deshalb müssen unsere Kindertageseinrich-
1233 tungen personell, fachlich und strukturell ihrem gesellschaftspolitischen Auftrag
1234 entsprechend ausgestattet werden. Hierzu bedarf es inhaltlich konzeptioneller so-
1235 wie pädagogischer Standards; dies gilt vor allem für die Verschränkung von Kinder-
1236 garten und Grundschule sowie im Hinblick auf die Anforderungen, die sich aus der
1237 Aufnahme von Kindern unter drei Jahren ergeben. Zudem werden wir in den nächs-
1238 ten Jahren in die Modernisierung und Sanierung von Kindertagesstätten investieren,
1239 die im Hinblick auf ihre bauliche Qualität und Sachausstattung nicht mehr den mo-
1240 dernen Standards entsprechen.

1241

1242 ■ **Adäquate Personalausstattung:** Kindertageseinrichtungen, wie wir sie wollen,
1243 übernehmen nicht nur einen Betreuungs-, sondern auch einen Erziehungs- und Bil-
1244 dungsauftrag; sie sollen familienergänzend wirken und sich als Lebens- und Lernorte
1245 für Kinder sozialräumlich vernetzen. Um die dazu notwendigen Fachkräfte in ausrei-
1246 chender Zahl und Kompetenz zur Verfügung zu stellen, wollen wir eine flexible
1247 Handhabung der Personalisierungsvorgaben; darüber hinaus sollten die Aus- und
1248 Weiterbildungsangebot für Erzieher/-innen und Kinderpfleger/-innen erweitert und
1249 um berufsbegleitende und Umschulungsangebote ergänzt werden.

1250

1251

1252 **8.2. Für Schulzufriedenheit und individuelle Förderung**

1253

1254 ■ **Schulzufriedenheit und Schulfrieden:** Wir sind dafür, dass bei uns Schulfrieden wei-
1255 terhin gewahrt wird. Wir wollen Maßnahmen zur stärkeren Schulzufriedenheit aber
1256 keine neuen Strukturdiskussionen. Schulzufriedenheit macht sich nach unserer Sicht
1257 an vielen Fragen fest, personelle Ausstattung, organisatorische Unterstützung,
1258 räumliche Ausstattung, Ausstattung mit modernen, digitalen Medien. Hier wollen
1259 wir an weiteren, schrittweisen Verbesserungen arbeiten. Wir werden das Zwei-Säu-
1260 len-Modell aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen erhalten. Hinzu kommen die
1261 bewährten beruflichen Oberstufengymnasien, zu deren Erhalt wir uns ausdrücklich
1262 bekennen. Die Gleichwertigkeit von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien muss
1263 auch in Zukunft gesichert werden, insbesondere im Hinblick auf Klassengrößen, För-
1264 derunterricht sowie Sach- und Personalausstattung (Betreuungsrelation zwischen
1265 Schülern und Lehrern); es darf keine Privilegierung und keine Benachteiligung ein-
1266 zelner Schularten geben. Wir bekennen uns zu einer Oberstufenreform nach den
1267 Richtlinien der Kultusministerkonferenz, die die Wahlmöglichkeiten der Schüler
1268 stärkt, ohne einzelne Fächer zu benachteiligen und die Kernfächer über Gebühr zu
1269 schwächen. Diese muss gründlich vorbereitet und aus einem Guss ein. Wir fördern
1270 gezielt den Übergang von der Schule in den Beruf.

1271

1272 ■ **Ganztagsbudget und Wahlfreiheit:** Für uns hat beim Ausbau der Ganztagschulen
1273 weiterhin Priorität: Wahlrecht der Eltern, ob sie – bei gleicher Ausstattung – eine

1274 Halbtags- oder Ganztagschule sowie ein gebundenes oder flexibles/freiwilliges An-
1275 gebot für ihre Kinder wünschen. Bei der konzeptionellen Ausrichtung der Ganztags-
1276 betreuung wollen wir den Schulen im Rahmen der Schulautonomie die Entscheidung
1277 über ihr lokales Organisationsmodell selbst überlassen. Deshalb wollen wir überge-
1278 hen zu einem System der Budgetierung, wie es in anderen Bundesländern bereits
1279 existiert: Unabhängig ob an den Schulen ein freiwilliges, gebundenes oder teilgebun-
1280 denes System existiert, sollen ihnen die gleichen personellen und sonstigen Mittel
1281 zur Verfügung stehen. Die Schulen selbst sollen wählen können, ob sie Lehrerstun-
1282 den oder sonstiges pädagogisches Personal einsetzen und ob sie mit freien Trägern
1283 oder mit Vereinen zusammenarbeiten. Der steigende Bedarf nach Ganztagsangebo-
1284 ten vor allem in den Grundschulen erfordert in den Kommunen absehbar deutliche
1285 Investitionen. Deshalb wollen wir diesen Ausbau weiterhin durch das Land finanziell
1286 unterstützen.

- 1287
- 1288 ■ **Inklusion mit Augenmaß:** Wir treten ein für eine Umsetzung der Inklusion, die als
1289 erstes Ziel die gleichberechtigte Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler mit und
1290 ohne Behinderungen in der Gesellschaft anstrebt. Ein Schüler mit Beeinträchtigun-
1291 gen kann je nach Fall die besten Chancen im Leben durch inklusive Beschulung, im
1292 anderen Fall durch Besuch einer Förderschule erhalten. Wir setzen deshalb auf das
1293 Wahlrecht der Eltern und drei mögliche Wege, die wir erhalten wollen: Erhalt der
1294 Förderschulen, Zuweisung von Förderlehrern an die Regelschulen und individuelle
1295 Stundenzuweisungen an den Schüler darüber hinaus, wo es erforderlich ist. Diese
1296 Wahlmöglichkeiten werden wir beibehalten und verteidigen. Gut funktionierende
1297 Mischformen, wie zum Beispiel die Sprachförderklassen, werden wir wieder einfüh-
1298 ren oder neu konzeptionieren. Dies entlastet Lehrer vor Überforderung und fördert
1299 gleichzeitig die Kinder. Maßgeblich muss immer die Ausrichtung am Kindeswohl
1300 sein. Eine Einmischung durch das Ministerium lehnen wir ab, Diagnose, Feststellung
1301 und Förderung müssen wieder Sache der Pädagogen ohne Bevormundung werden.
1302
 - 1303 ■ **Fördern und Fordern:** Leistung muss auch in der Schule einen hohen Stellenwert
1304 haben. Deshalb brauchen wir ein System praktikabler und rechtsicherer Leistungs-
1305 bewertungen; Besonderheiten einzelner Schulformen müssen durch eine Differen-
1306 zierung der Anforderungen sowie durch die Vergleichbarkeit bei Bewertungen be-
1307 rücksichtigt werden. Daher sind Klassenarbeiten, in denen nach Ankündigung die
1308 gleichen Aufgaben zum gleichen Zeitpunkt in der Klassengemeinschaft von jedem
1309 Schüler einzeln bearbeitet werden, für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der auf
1310 Noten basierenden Leistungsbewertung. Das heißt: die notwendige Transparenz der
1311 Leistungen ist im Notenspiegel und Vergleichsarbeiten sichtbar zu machen; auch
1312 mündliche Leistungen und Mitarbeit sowie Rechtschreibfähigkeit sind ebenfalls an-
1313 gemessen in die Leistungsbewertung einzubeziehen; wir bekennen uns zu vergleich-
1314 baren Ziffernnoten und Versetzungsregelungen und wollen hier auch künftig keine
1315 Veränderung vornehmen; den aktuellen Erlass des Kultusministeriums werden wir
1316 nach der Wahl grundlegend verändern. Auch besonders begabte Kinder und Jugend-
1317 liche haben ein Anrecht auf adäquate Förderung. Das Saarland verfügt mit der Bera-
1318 tungsstelle (Hoch-) Begabung über ein langjährig erprobtes und bestens bewährtes
1319 System zur Förderung besonders begabter Schüler. Wir werden uns dafür einsetzen,

1320 dass die dafür geschaffenen Strukturen weiter ausgebaut und die nötigen personellen
1321 Voraussetzungen garantiert werden.

1322

1323 ■ **Kompetenzen in einer digitalen Welt:** Kinder, die in diesem Jahr eingeschult wer-
1324 den, erwartet in 15 oder 20 Jahren ein völlig anderer Arbeitsmarkt als heute. Manche
1325 Arbeitsplätze werden in unserem Land durch die Digitalisierung ersetzt worden sein,
1326 gleichzeitig werden aber auch viele neue, digital gestützte Berufe und Tätigkeiten
1327 entstehen, von denen wir heute noch gar nichts wissen. Tatsache ist: die Kinder, die
1328 heute eingeschult werden und in zwanzig Jahren auf den Arbeitsmarkt kommen, ha-
1329 ben nur dann gute Chancen auf beruflichen Erfolg und Teilhabe an der Entwicklung
1330 unserer Arbeitsgesellschaft, wenn sie über umfassende und profunde Kenntnisse
1331 und Kompetenzen in digitalen Technologien verfügen. Deshalb benötigen unsere
1332 Schulen in erster Linie eine vernünftige Infrastruktur und dies flächendeckend. Der
1333 Bund wird künftig mit dem DigitalPaktD die Schulen bei der IT-Ausstattung und Net-
1334 zinfrastruktur, insbesondere WLAN, fördern. Wir wollen dies um ein eigenes Lande-
1335 sprogramm ergänzen. Wir brauchen vor allem einheitliche Strukturen, eine landes-
1336 weite Übersicht und auch personelle, technische Unterstützung für die Schulen. Des-
1337 halb wollen wir diese Aufgabe beim ego-Saar ansiedeln. Gleichzeitig müssen wir die
1338 entsprechenden Lerninhalte in die Bildungskette unseres Schulsystems integrieren
1339 – und zwar von der frühkindlichen Bildung über Grund- und weiterführende Schulen
1340 bis hin zu beruflichen Schulen und Hochschulen. Dazu brauchen wir auch ein Fort-
1341 bildungskonzept für unsere Lehrkräfte.

1342

1343

1344 **8.3. Für eine moderne und zukunftssichere Berufsbildung**

1345

1346 ■ **Duale Ausbildung – ein Erfolgsmodell:** Angesichts des technologischen Wandels
1347 und des zunehmenden Wettbewerbsdruckes braucht unser Mittelstand auf qualifi-
1348 zierte und motivierte Führungs- und Nachwuchskräfte. Daher wollen wir das be-
1349 währte System der dualen Ausbildung stärken und es – über die Meisterausbildung
1350 hinaus – um eine zusätzliche neue Qualitäts- und Karrierestufe verlängern. Mit dem
1351 Konzept der „Höheren Berufsbildung“ werden wir eine neue berufliche Bildungs-
1352 marke etablieren, mit deren Hilfe die berufliche Aufstiegsfortbildung (Meister, Fach-
1353 wirt, Techniker etc.) als eine weitere, gleichwertige Säule – neben der akademischen
1354 Bildung – innerhalb der tertiären Bildung verankert wird. Um dem Bedarf der Wirt-
1355 schaft an beruflich qualifizierten Fach- und Führungskräften gerecht zu werden und
1356 den jungen Menschen zusätzliche Karrierewege zu ermöglichen, müssen Berufslauf-
1357 bahnkonzepte ausgebaut und weiterentwickelt werden. Die Gleichwertigkeit von
1358 beruflicher und akademischer Bildung muss aber auch materiell sichtbar werden. Da-
1359 her wollen wir bestehende Stipendiensysteme und das Meister-BAföG ausbauen, um
1360 die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Bildungsgängen der „Höheren Berufsbil-
1361 dung“ – auch beim Erwerb mehrerer beruflicher Qualifikationen – finanziell zu un-
1362 terstützen. Wir im Saarland werden dazu eine spezielle Zuschussregelung („Meister-
1363 Bonus“) schaffen.

1364

1365
1366
1367
1368
1369
1370
1371
1372
1373
1374
1375
1376
1377
1378
1379

- **Duales Studium als Alternative:** Damit der Mittelstand bestens ausgebildete Fach- und Nachwuchskräfte bekommt und Innovationen aus Forschung und Entwicklung schnell in KMU transferiert werden, werden wir die institutionellen, rechtlichen und bildungspolitischen Bedingungen für duale Studiengänge so gestalten, dass sie möglichst stark von den Betrieben genutzt werden; mit Blick auf die Vielzahl dualer Studiengänge setzen wir uns aber auch für einheitliche Standards ein, die der Qualitätssicherung dienen, gleichzeitig aber auch den Praxisbezug der betrieblichen Berufsausbildung sichern. Wir haben uns dafür eingesetzt, erfahrenen Berufspraktikern auch ohne Abitur den Weg in ein Studium zu ebnen. Die Meisterprüfung qualifiziert für ein Studium, unter bestimmten Bedingungen auch eine Berufsausbildung mit anschließender Berufspraxis. Schon jetzt werden gleichwertige Kompetenzen und Fähigkeiten aus dem beruflichen Bereich innerhalb des Studiums anerkannt: bis auf die Hälfte eines Studienganges können sie angerechnet werden. In engem Dialog mit IHK und HWK tragen wir dafür Sorge, dass diese Möglichkeiten in der Praxis umgesetzt und weiterentwickelt werden.

1380
1381
1382
1383
1384
1385
1386
1387
1388

- **Berufsorientierte Weiterentwicklung des Schulwesens:** Wir haben in Kooperation mit den Wirtschaftskammern das Modell „Ausbildung plus“ eingeführt, das – parallel zur Ausbildung – zur allgemeinen Fachhochschulreife führt („Berufsabitur“). Wir werben für dieses Modell und ermutigen die Wirtschaft, dieses noch stärker zu nutzen. Gleichzeitig sorgen wir dafür, Unterrichtsausfälle in den Berufsschulen weiter zu reduzieren und mit gezielten Förderangeboten den Übergang von der schulischen in die betriebliche Ausbildung weiter zu verbessern.

1389
1390
1391
1392
1393
1394
1395
1396
1397
1398
1399

- **Grenzüberschreitende Ausbildung:** Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit Frankreich sind gerade in unserer Region interkulturelle und sprachliche Kompetenzen von besonderer Bedeutung. Daher wollen wir, dass noch mehr junge Menschen von den Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Ausbildung oder eines Auslandsaufenthaltes während der Ausbildung Gebrauch machen und profitieren. Hierzu werden wir die beruflichen Chancen, die das „Abkommen über die grenzüberschreitende Berufsausbildung Saarland-Lothringen“ ermöglicht, noch stärker kommunizieren und bewerben. Den grenzüberschreitenden Ausbildungsmarkt wollen wir weiter stärken.

1400 **8.4. Lebenslanges Lernen unterstützt den gesellschaftlichen Wandel**

1401
1402
1403
1404
1405
1406
1407
1408
1409

- **Erwachsenenbildung im digitalen Wandel:** Der gesellschaftliche Wandel hat sich in den letzten Jahrzehnten auch durch die Digitalisierung zunehmend beschleunigt. Die Halbwertszeit von Wissen und Kompetenzen ist so kurz wie nie zuvor. Nur über lebenslanges Lernen auch im Erwachsenenalter lässt sich vermeiden, in dieser Entwicklung abgehängt zu werden. Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung, Mitwirkung an Politik und bürgerschaftlichem Engagement, aktive Wahrnehmung von Informations-, Bildungs- und Kulturangeboten setzen zunehmend digitale Kompetenzen voraus. Diese beinhalten nicht nur die Nutzung neuer Techniken und Programme, son-

1410 dern insbesondere auch den informierten und selbstbestimmten Umgang mit eigen-
1411 en Daten sowie die reflektierte und kritische Auseinandersetzung mit Informatio-
1412 nen im Netz. Die Volkshochschulen als die öffentlich verantworteten Weiterbil-
1413 dungseinrichtungen müssen daher ebenso wie die Schulen dabei unterstützt wer-
1414 den, verstärkt digitale Bildungsangebote vorzuhalten.

1415

- 1416 ■ **Grundbildung zur Stärkung von Teilhabe:** In Deutschland können 7,5 Millionen Er-
1417 wachsene im erwerbsfähigen Alter nicht hinreichend Lesen und Schreiben. Auch die
1418 Grundbildungskompetenzen im Rechnen und bei der Nutzung digitaler Techniken
1419 sind bei vielen Erwachsenen nicht ausreichend entwickelt, um soziale Teilhabe zu er-
1420 möglichen. Gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern hat das Saarland
1421 daher 2016 eine Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener aus-
1422 gerufen. Die im Grundbildungspakt Saarland formulierten Ziele, die Angebote aus-
1423 zuweiten und Grundbildungskompetenzen zu erhöhen, werden dadurch bestärkt.
1424 Wir werden darauf hinwirken, dass mehr Betroffene Grundbildungsangebote wahr-
1425 nehmen können und sich so ihre Chance auf gesellschaftliche Teilhabe erhöht.

1426

- 1427 ■ **Integration durch Weiterbildung:** Die Zahl der Integrationskurse ist angesichts des
1428 hohen Bedarfs in den zwei zurückliegenden Jahren deutlich ausgeweitet worden.
1429 Programme des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit wurden zusätzlich ge-
1430 nutzt, um möglichst allen Zuwanderern mit guter Bleibeperspektive zeitnah die
1431 Möglichkeit zum Deutschlernen zu geben. Die Angebote vermitteln nicht nur die
1432 deutsche Sprache, sondern auch die in Deutschland geltenden Werte und Normen
1433 sowie wichtige Grundlagen unserer Geschichte und Kultur. Um Integration zu ge-
1434 stalten, müssen Bildungsprozesse über diese Angebote hinaus gestaltet werden.
1435 Dies beinhaltet Begegnungsangebote zur Weiterentwicklung interkultureller Kom-
1436 petenzen ebenso wie politische Bildung zum Thema Migration und Integration oder
1437 Weiterbildung für bürgerschaftliches Engagement. Über Weiterbildung lässt sich der
1438 notwendige gesellschaftliche Diskurs zu diesen Themen versachlichen und ergebnis-
1439 orientiert voranbringen. Volkshochschulen sorgen in den Kommunen für eine flä-
1440 chendeckende Versorgung mit entsprechenden Angeboten. Sie ermöglicht nicht nur
1441 Bildung, sondern auch Begegnung und stärken so den gesellschaftlichen Zusammen-
1442 halt. Die öffentlich verantwortete Weiterbildung muss daher in ihrer Funktion als
1443 kommunales Integrationszentrum weiter unterstützt werden.

1444

1445

1446

1447 **9. Innen- und Sicherheitspolitik – Unser Programm für mehr Sicherheit im** 1448 **Saarland!**

1449

1450 Auch wir im Saarland stehen vor großen Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicher-
1451 heit. Organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus sowie Internet- und Ein-
1452 bruchskriminalität sind solche Herausforderungen. Für uns gehört es zu den wichtigsten
1453 Aufgaben des Staates, den Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres Leben, den Schutz ihres
1454 Eigentums und ihrer persönlichen Unversehrtheit zu sichern. Wir bekennen uns zur wehr-
1455 haften Demokratie und zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung; diese dürfen

1456 nicht durch kriminelles Handeln in Frage gestellt werden. Nach der Bewältigung des Flücht-
1457 lingsstroms steht nun die Integration der Migranten mit Bleibeperspektive, aber auch die
1458 konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber im Vordergrund.

1459
1460

1461 **9.1. Sicherheit durch eine starke und leistungsfähige Polizei**

1462

1463 ■ **Personelle Verstärkung von Polizei und Verfassungsschutz:** Wir stehen hinter un-
1464 seren Polizistinnen und Polizisten: sie schützen Tag für Tag unser Land und seine
1465 Bürgerinnen und Bürger. Sie brauchen unsere volle Rückendeckung! Klare Kante bei
1466 der Kriminalitätsbekämpfung setzt eine ausreichende Personalausstattung und die
1467 Verstärkung der polizeilichen Operative voraus. Dafür werden wir auch weiterhin
1468 unter intelligenter Ausnutzung der Spielräume und mit kluger Personalbewirtschaf-
1469 tung in der Polizei im Rahmen der haushaltspolitischen Möglichkeiten des Landes
1470 für mehr Köpfe in den Sicherheitsbehörden des Landes sorgen – unter anderem
1471 durch folgende Maßnahmen:

1472

- 1473 ○ Erhöhung des Beförderungsbudgets (im Geleitzug der gesamten Landesver-
1474 waltung) und Verstetigung der Einstellungspraxis zusätzlicher Polizeianwär-
1475 ter/-innen;
- 1476 ○ Erhöhung der Einstellungen beim Polizeilichen Ordnungsdienst und Verlän-
1477 gerung des bereits eingestellten Personals;
- 1478 ○ Weitere Einstellungen von Tarifbeschäftigten im Landespolizeipräsidium
1479 (z.B. auch Islamwissenschaftler) und beim Landesamt für Verfassungsschutz.

1480

1481 ■ **Verbesserung des Schutzes der Polizistinnen und Polizisten:** Die Anzahl, aber
1482 auch die Härte von Gewalttaten gegenüber Polizistinnen und Polizisten nehmen im-
1483 mer mehr zu. Diese Angriffe sind Angriffe gegen den Rechtsstaat, sie müssen mit
1484 aller Konsequenz geahndet werden. Gleichzeitig muss die Polizei gegenüber körper-
1485 lichen Angriffen geschützt werden – und zwar durch:

1486

- 1487 ○ Verbesserung der persönlichen Schutzausrüstung unser Polizistinnen und
1488 Polizisten durch zusätzliche Anschaffungen (Überziehhüllen bei Schutzwes-
1489 ten, zusätzlicher ballistischer Schutzschilde, neue Streifenwagen mit verbes-
1490 sserter Sicherheitseinrichtung, Körperkamas, Schlagstöcke etc.);
- 1491 ○ Anschaffung von neuen Fahrzeugen und Gewehren für die saarländischen
1492 Spezialeinheiten;
- 1493 ○ Keine Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten bei Großveranstaltungen.

1494

1495 ■ **Bekämpfung der Einbruchskriminalität:** Die zunehmende Zahl von Wohnungsein-
1496 brüchen haben wir nicht hingenommen und nehmen wir auch in Zukunft nicht hin.
1497 Um die Ermittlungs- und Präventionsmaßnahmen auszuweiten, haben wir bereits
1498 2013 eine eigene Fachdienststelle und eine spezialisierte Ermittlungsgruppe einge-
1499 richtet. Diese Aktivitäten bauen wir weiter aus – und zwar durch:

1500

- 1501 ○ Weitere personelle Verstärkung von Fachdienststelle und spezieller Ermittlungsgruppe; höheres Niveau an Präsenzstreifen in den Wohngebieten;
- 1502
- 1503 ○ Informationsveranstaltungen zu Präventionsmöglichkeiten von Wohnungseinbruch;
- 1504
- 1505 ○ Aufstellung eines Förderprogramms für bauliche Schutzmaßnahmen gegen Einbruch.
- 1506
- 1507
- 1508 ■ **Verbesserung der Fahndungs- und Ermittlungsmöglichkeiten:** Datenschutz ist wichtig; wichtiger aber ist die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Daher werden wir die technisch möglichen und datenschutzrechtlich vertretbaren Überwachungsinstrumente nutzen und dafür die rechtlichen Grundlagen – soweit noch nicht vorhanden – so schnell wie möglich schaffen; dazu gehören:
- 1509
- 1510
- 1511
- 1512
- 1513
- 1514 ○ Ausweitung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen, gefahrenträchtigen Orten und bei Großveranstaltungen (auch durch Drohneneinsatz);
- 1515
- 1516 ○ Ermöglichung der automatischen Kennzeichenüberwachung;
- 1517
- 1518 ○ Schaffung der Rechtsgrundlage für die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung;
- 1519
- 1520 ○ Einführung von Tablets für Einsatzfahrzeuge der Polizei zur Echtzeitpersonenabfrage und schnelleren Aufnahme von Verkehrsunfällen und Sachbeschädigungen.
- 1521
- 1522
- 1523 ■ **Verbesserungen im Bereich der Polizeiorganisation:** Trotz Haushaltseinsparungen sorgen wir für möglichst gute und effektive Arbeitsbedingungen für unsere Polizei – und zwar durch:
- 1524
- 1525
- 1526
- 1527 ○ Einrichtung einer neuen zentralen Polizeiinspektion „Zentral-Saarbrücken“ (Zusammenlegung der bisher auf drei Standorte verteilten PI zu einer Groß-PI Saarbrücken);
- 1528
- 1529
- 1530 ○ Einrichtung des zentralen Trainingszentrums für die Polizei an der Fachhochschule für Verwaltung;
- 1531
- 1532 ○ Maßnahmen zu besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Bedarfsgerechte Bereitstellung von Betreuungskapazitäten an den Standorten von Polizeiinspektionen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommunen und Einrichtungsträgern).
- 1533
- 1534
- 1535
- 1536
- 1537 ■ **Verstärkung der terroristischen Gefahrenprävention:** Die zunehmende Zahl von Attentaten mit islamistischem Hintergrund zeigt, dass auch Deutschland mittlerweile ins Fadenkreuz des internationalen Terrorismus geraten ist. Gerade durch seine Grenzlage und die geographische Nähe zu terroristischen Zellen in Frankreich und den Benelux-Staaten muss das Saarland hier besonders wachsam sein. Unsere Maßnahmen zur terroristischen Gefahrenabwehr:
- 1538
- 1539
- 1540
- 1541
- 1542
- 1543
- 1544 ○ Verdeckte Observation von „Gefährdern“ (präventive Telekommunikationsüberwachung, Speicherung von Kfz-Kennzeichen, Verkaufsverbot für nicht registrierte Prepaidkarten etc.);
- 1545
- 1546

- 1547 ○ Einsatz von elektronischen Fußfesseln für „Gefährder“;
1548 ○ Einsatz für die Abschaffung der doppelten Staatsangehörigkeit für islamisti-
1549 sche Kriegsteilnehmer und Terroristen (Änderung des Staatsangehörigkeits-
1550 rechts auf Bundesebene).

1551
1552

9.2. **Opferschutz vor Täterschutz**

1554

- 1555 ■ Die CDU Saar steht für den Rechtsstaat als Grundlage einer freiheitlichen Gesell-
1556 schaft. Wir stehen dafür ein, dass die Justiz an die Sicherheitsanforderungen der mo-
1557 dernen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts angepasst wird. Angriffe gegen alle, die mit
1558 der Wahrnehmung der Aufgaben der Justiz betraut sind, sind Angriffe gegen den
1559 Rechtsstaat. Wir können dies nicht zulassen und müssen diese ahnden. Für die CDU
1560 Saar gilt uneingeschränkt "Opferschutz vor Täterschutz". Wenn Menschen Opfer von
1561 Straftaten werden, muss der Rechtsstaat seine Autorität unter Beweis stellen. Die
1562 Opfer von Straftaten müssen sicher sein, dass der Staat an ihrer Seite steht, ihre
1563 Rechte verteidigt und erlittenes Unrecht sowie dessen Folgen ahndet. Wir haben
1564 hier schon viel erreicht, dennoch sehen wir im Saarland und in der Bundesgesetzge-
1565 bung weiteren Verbesserungsbedarf:

1566

- 1567 ○ Frühe Prävention ist der beste Opferschutz: wenn Schüler schon früh mit Ge-
1568 waltprävention befasst werden, können potentielle Gewalttaten schon im
1569 Keim erstickt werden. Deshalb brauchen wir diesbezüglich mehr vorbeu-
1570 gende Angebote in Schulen, Vereinen, Jugendorganisationen und -verbän-
1571 den.
- 1572 ○ Jugendliche müssen stark gemacht werden, damit sie mit z.B. mit Cybermob-
1573 bing umgehen können, d.h. sie müssen wissen an wen sie sich wenden können
1574 bestenfalls gar nicht zum Opfer werden. Hier müssen Angebote der Landes-
1575 medienanstalt Saar und des Landesinstitutes für Präventives Handeln in den
1576 Schulen und für die Lehrer angeboten werden. Diese Angebote sollen auch
1577 auf Vereine, Jugendorganisationen und -verbände ausgeweitet werden.
- 1578 ○ Für das Opfer muss immer klar und unmissverständlich erkennbar sein, dass
1579 der Staat auf seiner Seite steht. Täter und Opfer der gleichen Straftat dürfen
1580 nie vom gleichen Betreuer beraten werden. Deshalb muss im Bereich des
1581 Kompetenzzentrums der Justiz für ambulante Resozialisierung und Opfer-
1582 hilfe (KARO) strikt getrennt sein.
- 1583 ○ Opfer von Wohnungseinbrüchen, die aufgrund Eindringen des Täters in ihre
1584 Privatsphäre traumatisiert sind, sollten in den Kreis der Anspruchsberechtig-
1585 ten im Opferentschädigungsgesetz (OEG) aufgenommen werden. Sie sind in
1586 ihrer Gesundheit beschädigt.
- 1587 ○ Nach der Strafprozessordnung ist es möglich, Strafverfahren einzustellen.
1588 Opferrechte stärkt man hier dadurch, dass das Opfer an den Urteilsabsprach-
1589 en zu beteiligen ist. Die Opfer, die meist als Nebenkläger im Strafverfahren
1590 auftreten, sollten obligatorisch bei Urteilsabsprachen beteiligt werden. Bei
1591 besonders schweren Gewalt- und Sexualdelikten sollte sogar ihre Zustim-
1592 mung zu Urteilsabsprachen vorausgesetzt werden.

1593
1594
1595
1596
1597
1598
1599
1600
1601
1602
1603
1604
1605
1606
1607
1608
1609
1610
1611
1612
1613
1614
1615
1616
1617
1618
1619
1620
1621
1622
1623
1624
1625
1626
1627
1628
1629
1630
1631
1632
1633
1634
1635
1636
1637
1638

9.3. Sicherheit durch richtig verstandene Integrations- und Asylpolitik

- **Professionelles Flüchtlingsmanagement:** Der unerwartet starke Zustrom von Flüchtlingen hat Landesregierung und Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsorganisationen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen gestellt; diese wurden – im vorbildlichen Zusammenwirken zahlloser ehrenamtlicher Helfer und der zuständigen Behörden – durch pragmatisches und beherztes Zupacken hervorragend bewältigt. Bundesweit gilt das Saarland als Musterbeispiel für professionelles und geordnetes Flüchtlingsmanagement für Erwachsene und jugendliche Flüchtlinge. Mit der Gründung des Vorclearing- und Clearingzentrums Schaumberger Hof für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) ist das Saarland ebenfalls bundesweit Vorbild. Anders als in manchen anderen Bundesländern mussten hier keine leerstehenden Schulen und Sporthallen belegt werden; anders als an vielen anderen Orten gab es hier kaum gewalttätige Ausschreitungen, Übergriffe und Bürgerproteste. Doch die Bewältigung dieser massiven Zuwanderung, insbesondere die soziale und kulturelle Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger, bleibt eine unserer wichtigsten Aufgaben.
- **Konsequente Anwendung des Asylrechts:** Um auch in Zukunft denjenigen Asyl gewähren zu können, die wirklich verfolgt sind und Schutz suchen, muss das Asylrecht vor Missbrauch geschützt werden. Dazu bedarf es der klaren Unterscheidung zwischen Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen, und solchen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Zudem müssen die Regeln und Zuständigkeiten, die sich die Mitgliedsstaaten der EU im Hinblick auf die Zuständigkeit für Asylverfahren gegeben haben, endlich wieder eingehalten werden. Wir wollen eine Asyl- und Flüchtlingspolitik, die sich an der Schutzbedürftigkeit der verfolgten Menschen ausrichtet, aber auch die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens im Blick behält.
- **Abschiebungen konsequent umsetzen:** Für uns ist es unverantwortlich, Menschen falsche Versprechungen zu machen oder in den Herkunftsländern Erwartungen zu wecken, die nicht erfüllbar sind. Menschen, die zu uns kommen wollen müssen wissen, was sie im Aufnahmeland erwartet und welche Erwartungen wir im Saarland an diejenigen haben, die bei uns Schutz suchen. Dies erfordert:
 - **Rückkehrmanagement:** Konsequente und zügige Abschiebung von Personen ohne Bleibeperspektive und Straftätern. Wir setzen uns auf nationaler dafür ein, dass auch die anderen Bundesländer zur Durchsetzung des nationalen Asylrechts durch konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber verpflichtet werden; Steigerung der freiwilligen Rückkehrquote durch geeignete Anreize zur Rückkehr.
 - **Sonderregelungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA):** Minderjährige jugendliche Flüchtlinge brauchen einen anderen Hilferahmen, als

- 1639 die Hilfe für Erziehung ihn vorgibt. Wir setzen uns dafür ein, für diesen Per-
1640 sonenkreis eigene angepasste Hilfesysteme in der Jugendhilfe zu entwickeln.
1641 Auch sollte die Jugendhilfe mit Vollendung des 18. Lebensjahres für UMA en-
1642 den.
- 1643
- 1644 ○ **Landesaufnahmestelle in Lebach:** Sie soll die zentrale Unterkunft für Perso-
1645 nen ohne Bleibeperspektive bleiben; Personen, die bereits in die Kommunen
1646 verteilt sind, sollen unverzüglich wieder in der Landesaufnahmestelle verlegt
1647 werden, wenn ihre Bleibeperspektive gering ist.
- 1648
- 1649 ■ **Effektives Flüchtlingsmanagement:** Von Menschen, denen wir Schutz vor Verfol-
1650 gung bieten, dürfen wir die Bereitschaft erwarten, sich bei uns zu integrieren. Wir
1651 sind deshalb auch dafür, wirksame Anreize für eigene Integrationsanstrengungen
1652 von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive zu setzen:
- 1653
- 1654 ○ **Partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen:** Wei-
1655 terhin dezentrale Unterbringung von Personen mit Bleibeperspektive; gleich-
1656 zeitig umfangreiche finanzielle, logistische und behördliche Unterstützung
1657 der Kommunen durch das Land.
- 1658
- 1659 ○ **Reduzierung von Fehlanreizen:** Konsequente Anwendung des Sachleis-
1660 tungsprinzips in der Landesaufnahmestelle und Leistungskürzung bei Nicht-
1661 Mitwirkung von Bewerbern im Asylverfahren; die Verweigerung der Mitwir-
1662 kung an der eigenen Integration muss spürbare Konsequenzen haben. Wer
1663 sich nicht integrieren will, kann in unserem Land keine langfristige Bleibepers-
1664 spektive erhalten.
- 1665
- 1666 ○ **Temporäre Wohnsitzauflage für Flüchtlinge und anerkannte Asylbewer-**
1667 **ber:** Eine solche Auflage ist bis zur Aufnahme eines Beschäftigungsverhält-
1668 nisses notwendig, damit Land und Kommunen bei der Unterbringung, aber
1669 auch bei Sprach- und Integrationskursen besser planen können. Eine Wohn-
1670 sitzauflage ist aber auch sinnvoll, um Flüchtlinge besser integrieren zu kön-
1671 nen.
- 1672
- 1673 ■ **Weiterentwicklung des Asylrechts in Deutschland und Europa und effektiver**
1674 **Schutz der Außengrenzen:** Die Flüchtlingswelle des Jahres 2015 hat Staat und Ge-
1675 sellschaft mancherorts bis zur Grenze der Belastbarkeit gefordert. Unterbringung
1676 und Erstversorgung waren dabei die ersten Schritte, an die sich nun die soziale und
1677 berufliche Integration der Menschen mit Bleibeperspektive (und der nachziehenden
1678 Familienangehörigen) anschließen muss. Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen.
1679 Wir müssen begreifen, dass die Bewältigung internationaler Flüchtlingsbewegungen
1680 eine Herausforderung ist, die nur auf der Basis eines realistischen Asylrechts, einer
1681 konsequenten Asylpolitik und vor allem nur in gemeinsamer Verantwortung der eu-
1682 ropäischen Staatengemeinschaft gelöst werden kann. Dies erfordert in erster Linie

1683 den effektiven Schutz der Außengrenzen des Schengen-Raums durch eine Europäi-
1684 sche Agentur für Grenz- und Küstenschutz mit einem weitreichenden Mandat und
1685 effizienteren Einsatzmöglichkeiten. Daneben setzen wir uns ein für:
1686

1687 ○ **Maßnahmen zur stärkeren Achtung unserer Rechtskultur:** Dazu gehören
1688 für uns die Verpflichtung zur Akzeptanz und Beachtung des Grundgesetzes,
1689 unserer Gesetze und der Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grund-
1690 ordnung, die Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen und der Re-
1691 gelungen zum Verlust der Staatsangehörigkeit sowie eine stärkere Einforde-
1692 rung des Prinzips der Gleichberechtigung von Mann und Frau durch ein
1693 Burka-Verbot; unsere offene Gesellschaft lebt von der Begegnung und der
1694 Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. Deshalb lehnen wir die Vollver-
1695 schleierung ab. Wir wollen sie unter Ausschöpfung des rechtlich Möglichen
1696 daher verbieten.

1697
1698 ○ **Maßnahmen zur Absenkung von Zuwanderungsanreizen:** Dies beinhaltet
1699 die Abschaffung des privilegierten Familiennachzugs, die Einführung einer
1700 Beschäftigungspflicht für Asylbewerber (mit der Möglichkeit zur Weiterfüh-
1701 rung der Beschäftigung nach erfolgreicher Anerkennung) sowie eine Anglei-
1702 chung europäischer Asylstandards, um die besondere Attraktivität Deutsch-
1703 lands aufgrund der relativ hohen Leistungsgewährung abzumildern.

1704
1705
1706 **9.4. Integration nach dem Grundsatz von Fördern und Fordern!**

1707
1708 ■ **Integration als Angebot und Verpflichtung:** Die Flüchtlingskrise und die Integra-
1709 tion von Menschen, die binnen kurzer Zeit in unser Land gekommen sind, sind eine
1710 enorme finanzielle, kulturelle und gesellschaftliche Herausforderung. Wichtig ist
1711 jetzt vor allem, unser Land vor tiefen gesellschaftlichen Gräben und sozialen Konflik-
1712 ten zu bewahren. Viele Migrantinnen und Migranten haben sich in der Vergangen-
1713 heit erfolgreich in unsere Gesellschaft eingebracht und dabei größtenteils die Werte
1714 und Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens respektiert; allerdings ge-
1715 hen die derzeit stattfindenden Flucht- und Wanderungsbewegungen zunehmend
1716 auch mit negativen Begleiterscheinungen wie Islamismus, aber auch Rassismus, An-
1717 tisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus aller Art einher, die wir im
1718 Saarland auch in Zukunft mit aller Härte und Konsequenz bekämpfen werden.

1719
1720 ■ **Integration als Daueraufgabe von Land und Kommunen:** Mit Blick auf die große
1721 Zahl der Menschen, die sich derzeit weltweit auf der Flucht befinden, bleibt die
1722 Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration auf
1723 absehbare Zeit eine gesellschaftliche und politische Daueraufgabe. Land und Kom-
1724 munen sind unter der Überschrift „Fördern und Fordern“ aufgerufen alle Anstren-
1725 gungen zu unternehmen, um Lücken im vorhandenen Beratungs- und Unterstüt-
1726 zungsangebot zu schließen und die vorhandenen Integrationsangebote zielgruppen-
1727 gerecht auszubauen. Auch E-Learning-Angebote sind stärker in die Arbeit einzubin-
1728 den. Unser Ziel muss sein, flächendeckend geeignete Angebote zur Förderung der

- 1729 Integration zu schaffen und damit einhergehend auch Integrationsmaßnahmen mit
1730 verpflichtender Teilnahme vorzusehen.
1731
- 1732 ▪ **Umsetzung des Integrationsgesetzes des Bundes:** Voraussetzung für gelingende
1733 Integration sind Bildung und Spracherwerb, Arbeitsplatz und Integration am Woh-
1734 nort. Die Integration der zu uns gekommenen schutzbedürftigen Menschen in Ge-
1735 sellschaft und Arbeitsmarkt wird durch staatliche Angebote gezielt gefördert.
1736 Gleichzeitig fordern wir aber auch eigene Integrationsanstrengungen; für den Fall,
1737 dass eine ausreichende Mitwirkung der Betroffenen unterbleibt, sind Sanktionsre-
1738 gelungen konsequent anzuwenden. Hier hat die Bundesregierung gehandelt mit
1739 dem kürzlich in Kraft getretenen Integrationsgesetz Regelungen geschaffen, die es
1740 nun auch auf Landesebene umzusetzen gilt.
1741
 - 1742 ▪ **Frauenrechte und Vollverschleierung:** Neben der deutschen Sprache ist auch die
1743 Einhaltung unserer Grundrechte bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung zu vermit-
1744 teln und auf die Einhaltung der Frauenrechte zu bestehen. Eine Vollverschleierung
1745 durch eine Burka oder Niqab gehört nicht zu unserem weltoffenen Land. Wir sind der
1746 Meinung, dass man sich in Deutschland ins Gesicht sehen soll. Deshalb sollen Burka-
1747 Trägerinnen in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes – Kindergärten, Schulen,
1748 Hochschulen, Gerichtssälen und allen Situationen, in denen Menschen identifizier-
1749 bar sein müssen –, im Straßenverkehr oder bei Demonstrationen ihr Gesicht zeigen.
1750 Wir müssen die Einstellung hinter dem Schleier und in den Köpfen der Männer ver-
1751 ändern, die die Verschleierung erzwingen. Frauen müssen integriert und gestärkt –
1752 und nicht ausgegrenzt – werden, damit sie ihre Rechte auch wahrnehmen.
1753
 - 1754 ▪ **Verbot von Kinderehen:** Unsere Werteordnung muss unsere gesellschaftliche Wirk-
1755 lichkeit bestimmen. In Deutschland dürfen Jugendliche frühestens mit 16 Jahren hei-
1756 raten, wenn ein Partner volljährig ist und ein Familiengericht eine Ausnahmeerlaub-
1757 nis erteilt. Entscheidend ist das Wohl des Minderjährigen. Außerhalb der Bundesre-
1758 publik Deutschland geschlossene Kinderehen müssen automatisch als nichtig behan-
1759 delt werden.
1760
 - 1761 ▪ **Klare Regelungen zur Integration im Saarland:** Integration braucht Koordination
1762 und Steuerung. Wir wollen, dass die Menschen, die zu uns kommen, die Regeln un-
1763 serer Gesellschaft kennen, sich an diese halten, sich in unserer Gesellschaft zurecht-
1764 finden und die Integrationsangebote wahrnehmen. Wir brauchen daher im ganzen
1765 Land ein flächendeckendes Netz von Integrationshelfern, die den Integrationspro-
1766 zess von Flüchtlingen und Migranten steuern, sie an Integrationsangebote heranfüh-
1767 ren und ihnen als Coach und Berater zur Seite stehen; gleichzeitig sollen sie als Bin-
1768 deglied zu Kommunen, Jobcentern und zivilgesellschaftlichen Strukturen fungieren.
1769
 - 1770 ▪ **Abschluss von Integrationsvereinbarungen:** Zu den wichtigen Aufgaben der Integ-
1771 rationshelfer sollte es in Zukunft gehören, mit den Flüchtlingen Integrationsverein-
1772 barungen zu schließen und auf die Einhaltung dieser Vereinbarung zu achten. Dar-
1773 über hinaus setzen wir uns für folgende integrationspolitische Maßnahmen im Saar-
1774 land ein:

- 1775
1776
1777
1778
1779
1780
1781
1782
1783
1784
1785
1786
1787
1788
1789
1790
1791
1792
1793
1794
1795
1796
1797
1798
1799
1800
1801
1802
1803
1804
1805
1806
1807
- Erarbeitung eines Integrationsgesetzes als landesgesetzliche Regelung, die auch Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen bestehendes Recht beinhaltet;
 - Vergabe eines Gutachtens zur umfassenden Analyse von Abläufen, Koordinierungs- und Umsetzungsdefiziten sowie von Schnittstellenproblemen zwischen den relevanten Akteuren, die auf jeweils unterschiedlichen Ebenen für die rechtliche, soziale, schulische und berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zuständig sind;
 - Entwicklung eines landesweit abgestimmten integrationspolitischen Steuerungs- und Koordinierungsmodelles unter Berücksichtigung der wichtigsten Akteure und Integrationsangebote;
 - Regelmäßige Erstellung eines Integrationsberichtes über die Lebenssituation von Migranten und Flüchtlingen, Erfolge und Defizite im Bereich der Integrations- und Flüchtlingspolitik sowie über weiterhin bestehende Handlungsbedarfe;
 - Langfristige finanzielle Absicherung der erfolgreichen Arbeit des „Welcome Center Saarland“ im Bereich der Anerkennungs-, Qualifizierungs- und Kompetenzfeststellungsberatung;
 - Ausbau und Erweiterung der kultursensiblen Beratungs- und Unterstützungs- und Schutzangebote für weibliche Flüchtlinge und ihre Kinder;
 - Verlängerung der Inanspruchnahme der Beratungs- und Betreuungsangebote im Rahmen des Programms „Frühe Hilfen/Frühe Hilfen plus“.
- 1808
1809
- **Rückkehrmanagement:** In allen Fällen kann Integration nicht gelingen. Der Wunsch, freiwillig ins Heimatland zurückzukehren, ist zu beachten und auch zu unterstützen. Hier sind Beratungsangebote für jeden verständlich und leicht zugänglich zu schaffen. Ein Team, beginnend mit der Beratung, Kontaktpflege zu Konsulaten/Behörden sowie der Aufgabe der Überführung in den Herkunftsstaat ist zu schaffen. Dieses Angebot sollte gleichzeitig auch zugänglich für ausreisepflichtige Ausländerinnen und Ausländer sein.

9.5. **Ein starker Rechtsstaat sichert die Freiheit!**

1810 Den Herausforderungen des weltweiten Terrorismus können wir nur mit einem starken
1811 Rechtsstaat begegnen. Dabei müssen wir in einem frühen Stadium ansetzen: Die Zuwande-
1812 rung von Menschen aus anderen Kulturkreisen erfordert mehr denn je, dass wir die Grund-
1813 lagen unseres Zusammenlebens - unsere Rechts- und Werteordnung - erläutern, vermitteln
1814 und durchsetzen. Dabei kommt einem funktionierenden Rechtsstaat die zentrale Funktion
1815 zu: Wer in unserem Land lebt muss wissen: Unser Rechtsstaat schützt unabhängig von Reli-
1816 gion oder Herkunft. Unser Rechtsstaat vorverurteilt nicht. Zugleich setzt unser Rechtsstaat
1817 seine Gesetze entschlossen durch! Nur so können wir bei den Einwanderern Achtung und
1818 Respekt für unsere Rechtsordnung gewinnen.
1819 Daher lehnen wir Forderungen ab, dass Scharia-Schiedsgerichte die staatlichen Gerichte
1820 entlasten. Zugleich muss auch eine "Scharia-Polizei" konsequent unterbunden werden: Der

- 1821 Aufbau eine Religionspolizei in deutschen Städten muss auch mit den Mitteln des Straf-
1822 rechts bekämpft werden. Genügen die gegenwärtigen gesetzlichen Grundlagen nicht, so
1823 setzen wir als CDU Saar für eine Klarstellung im StGB durch den Gesetzgeber ein.
1824 Zugleich ist ein starker Rechtsstaat die richtige Antwort an Terroristen, die unsere freiheit-
1825 liche Rechtsordnung aushebeln wollen: Faire Verfahren und Rechte der Beschuldigten auf
1826 der einen, enge Zusammenarbeit von Justiz und Polizei und Gesetzesverschärfungen - wo
1827 notwendig - auf der anderen sind unserer Antwort, wie der Rechtsstaat dem Terrorismus die
1828 Stirn bietet.
- 1829 Der Rechtsstaat lebt aber entscheidend von seiner Akzeptanz bei den Bürgern. Hier ist wich-
1830 tig, wie er den Bürgern begegnet. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung wollen wir bei
1831 Gerichten und Staatsanwaltschaften ebenso wie im Justizvollzugsbereich durch effiziente
1832 Organisations- und Verwaltungsstrukturen eine bürgerorientierte Aufgabenerfüllung ge-
1833 währleisten; die bürgernahe Sicherung der Justiz in der Fläche durch Spezialisierung der
1834 Amtsgerichte ist für uns ein Organisationsmodell, das Wirtschaftlichkeit und Bürgernähe
1835 verbindet und die Schließung oder Zusammenlegung von Amtsgerichten entbehrlich macht.
1836
- 1837 ▪ **Modernisierung des Strafvollzugs:** Das neue saarländische Erwachsenenstrafvoll-
1838 zugsgesetz wird sowohl der Sicherheit der Allgemeinheit als auch der Resozialisie-
1839 rung der Gefangenen gerecht. Die dafür notwendigen personellen (und baulichen)
1840 Voraussetzungen in der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken für eine Verbesserung des
1841 Vollzuges und die Sicherheit der Bevölkerung werden geschaffen.
1842 Für Gefangene, die nach Entlassung in Sicherungsverwahrung kommen, müssen
1843 nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts schon während des Strafvollzugs
1844 alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um deren Gefährlichkeit zu reduzieren.
1845 Insbesondere müssen psychiatrische, psycho- oder sozialtherapeutische Maßnah-
1846 men rechtzeitig und mit hoher Intensität durchgeführt und möglichst vor Strafe
1847 abgeschlossen werden. Oberste Maxime muss hierbei der Schutz der Bürgerinnen
1848 und Bürger sein.
1849 Für die Resozialisierung der Gefangenen ist eine erfolgreiche Reintegration in den
1850 Arbeitsmarkt unverzichtbar. Die Schule in der JVA Ottweiler und die Ausbildungsbe-
1851 triebe in den beiden Vollzugsanstalten werden auch in Zukunft Gefangenen qualifi-
1852 zierte Abschlüsse und damit echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.
1853 Die kontinuierliche Betreuung der Gefangenen vor und nach der Entlassung – insbe-
1854 sondere die Vermittlung von Arbeit und Wohnung - ist unverzichtbar für die erfolg-
1855 reiche Resozialisierung und Integration in die Gesellschaft. Die bisherigen Über-
1856 gangsmanagementkonzepte des Jugend- und Erwachsenenvollzugs werden fortge-
1857 führt und miteinander vernetzt.
1858 Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität erfordern ein abgestimmtes
1859 Vorgehen von Staatsanwaltschaft, Polizei und Trägern der Jugendhilfe; sie müssen
1860 evaluiert und weiterentwickelt werden. Dabei liegt unser besonderes Augenmerk
1861 auf einer nachhaltigen Verkürzung der Dauer von Jugendgerichtsverfahren.
1862
 - 1863 ▪ **Besserer Schutz vor Falschmeldungen und Hetze bei Facebook und Co.:** Um ins-
1864 besondere rassistische und fremdenfeindliche Kommentare in sozialen Medien wie
1865 Facebook besser bekämpfen zu können, fordern wir eine Speicherpflicht der Ver-
1866 kehrsdaten bei Straftaten der Volksverhetzung.

1867
1868
1869
1870
1871
1872
1873
1874
1875
1876
1877
1878
1879
1880
1881
1882
1883
1884
1885
1886
1887
1888
1889
1890
1891
1892
1893
1894
1895
1896
1897
1898
1899
1900
1901
1902
1903
1904
1905
1906
1907
1908
1909
1910
1911

- **Ehegatten in Notlagen nicht allein lassen – Gesetzliche Vorsorgebefugnis für Ehegatten:** Mit einer alternden Gesellschaft kommt es leider häufiger vor, dass ein Ehegatte im Krankenhaus liegt und nicht mehr bei vollem Bewusstsein ist. Es kann dann nicht sein, dass man am Krankenbett seines Ehepartners steht und von den Ärzten nicht über Art, Umfang und Folgen der Erkrankung informiert wird, wenn keine Vollmacht ausgestellt wurde. Die laufenden Geschäfte, wie etwa die Bezahlung von Rechnungen oder der Wohnungsmiete, müssen erledigt werden können. Auch die weitere Lebensgestaltung, wie die Suche nach einem Pflegeplatz, muss geregelt werden. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Vertretungsmacht für solche Fälle. Im Falle der Pflegebedürftigkeit ist derzeit eine Vertretung nur aufgrund einer Vollmacht oder aufgrund gerichtlicher Anordnung der Betreuung möglich. Von der 1992 eingeführten Vorsorgevollmacht wird aber bei weitem nicht durchgängig Gebrauch gemacht. In Österreich besteht eine beschränkte Vertretungsbefugnis von Angehörigen aufgrund eines notariell registrierten ärztlichen Zeugnisses der Geschäftsunfähigkeit. Die Überlegung geht dahin, für die Fälle, in denen es die Beteiligten an einer Vorsorgevollmacht haben fehlen lassen, mit einer gesetzlichen Vorsorgebefugnis unter Ehegatten ein Auffangnetz zu schaffen.

10. Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik – Unser Programm für mehr Zusammenhalt im Saarland!

Wir wollen eine menschliche, solidarische und sozial gerechte Gesellschaft, die Rücksicht nimmt und in der jeder mitgenommen und integriert ist. Die Humanität dieser Gesellschaft bemisst sich vor allem am menschenwürdigen Umgang mit denjenigen, die aufgrund von Alter, Armut, Krankheit oder Behinderung nicht mehr voll den Ansprüchen unserer Leistungsgesellschaft genügen können. Menschlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daher für uns die zentralen Maßstäbe unserer Sozialpolitik. Für uns, die wir dem christlichen Menschenbild verpflichtet sind, zählt dabei das Prinzip: „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern“. Wir kämpfen aber auch für faire Löhne und eine höhere Repräsentation von Frauen in Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Für uns gilt: Der Markt allein schafft noch keine Gerechtigkeit, hier ist auch der Staat gefragt. In einer Zeit, in der viele Menschen eine Ökonomisierung vieler Lebensbereiche beklagen, wollen wir dafür sorgen, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht auf der Strecke bleibt. Ein respektvoller und menschlicher Umgang sind für uns zentraler Baustein unserer Sozialpolitik im Saarland.

10.1. Zusammenhalt durch Teilhabe und Integration von benachteiligten Menschen

- **Individuelle Teilhabe ermöglichen:** Menschen mit Behinderung bedürfen der täglichen Unterstützung – sei es in Form ambulanter oder stationärer Leistungsangebote. Menschen mit Behinderung haben das Recht auf ein menschenwürdiges Leben

1912 und nach den Vorgaben des Bundesteilhabegesetzes vor allem auf individuelle Teil-
1913 habe; dazu gehört auch, trotz körperlicher, seelischer und geistiger Einschränkungen
1914 Verantwortung für sich selbst wie auch für andere übernehmen zu können. Die eige-
1915 nen Potenziale auszuschöpfen verleiht Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Wir
1916 wollen Menschen mit Behinderung nach ihren individuellen Bedarfen und Potenzia-
1917 len von Kindheit auf fördern und Teilhabe in Gesellschaft und Arbeitsleben ermögli-
1918 chen. Dazu werden wir die passgenauen Hilfs- und Unterstützungsangebote anbie-
1919 ten und die möglichst eigenständige Lebensführung und -gestaltung ermöglichen.

1920
1921 ■ **Inklusion mit Augenmaß:** Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist
1922 für uns ein zentrales Element christlich geprägter Gesellschaftspolitik. Maßstab für
1923 die Inklusion ist immer das individuelle Wohlergehen der betroffenen Menschen und
1924 ihr spezifischer Versorgungs- und Betreuungsbedarf; wir sind gegen ideologische
1925 Übertreibungen im Sinne einer „Zwangsinklusion“ ohne Rücksicht auf die persönli-
1926 che Situation von Menschen mit Behinderungen. Und das sind die wichtigsten
1927 Punkte unserer Agenda für eine menschenwürdige Behindertenpolitik:

- 1928
- 1929 ○ Weiterer Ausbau und Ausdifferenzierung von ambulanten und stationären
 - 1930 Wohn- und Betreuungsformen für behinderte Menschen;
 - 1931 ○ zusätzlicher barrierefreier Wohnangebote;
 - 1932 ○ Erproben von neuen Wohnformen (Kurzzeitwohnen, selbstbestimmtes Woh-
 - 1933 neren mit und ohne Eltern, Wohngemeinschaften etc.);
 - 1934 ○ Verhandlung eines Rahmenvertrages nach den Vorgaben des Bundesteilha-
 - 1935 begesetzes;
 - 1936 ○ Weiterentwicklung von Angeboten wie die Komplexleistung „Frühförderung
 - 1937 Plus“ sowie von Unterstützungsangeboten durch Integrationshilfen;
 - 1938 ○ Maßnahmen zur Aufwertung bzw. höheren Inanspruchnahme des Persönli-
 - 1939 chen Budgets;
 - 1940 ○ Weiterentwicklung der Angebote für seelisch Behinderte im Saarland, sowohl
 - 1941 im Bereich der Tagesstrukturierung, als auch in den Betreuungsangeboten;
 - 1942 ○ Einführung von Gesamtplanverfahren mit beteiligten Trägern (Krankenkasse,
 - 1943 Pflegekasse, Rehabilitationsträgern etc.) und von persönlichen Teilhabeplä-
 - 1944 nen für Menschen mit Behinderung;
 - 1945 ○ Schaffung von über 100 Integrationsarbeitsplätze zum besseren Übergang in
 - 1946 den 1. Arbeitsmarkt;
 - 1947 ○ Schaffung einer neutralen trägerunabhängigen Beratung für Menschen mit
 - 1948 Behinderungen und deren Angehörigen;
 - 1949 ○ Ausweitung des Förderprogramm zur Schaffung von barrierefreiem Wohn-
 - 1950 raum;
 - 1951 ○ Stärkung des Landesbehindertenbeauftragten durch Wahl durch den saarlän-
 - 1952 dischen Landtag;
 - 1953 ○ Ausbau und weitere Realisierung eines Modellprojektes „Virtuelles Mehrge-
 - 1954 nerationenhaus“ mit dem Ziel des Aufbaus von generationsübergreifenden
 - 1955 Hilfenetzwerken.
 - 1956
 - 1957

1958 **10.2. Zusammenhalt durch eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung**

1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002

- **Versorgungssicherheit:** Wir werden dafür sorgen, dass die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung von kranken Menschen im Saarland auch in Zukunft auf höchstem Niveau erhalten bleibt. Dazu gehört ein dichtes Netz an Fachärzten und Hausärzten für die wohnortnahe ambulante Versorgung sowie – insbesondere im ländlichen Raum – ein flächendeckendes Angebot an Apotheken sowie eine leistungsfähige ärztliche Notallversorgung durch die Bereitschaftsdienste. Und das sind die wichtigsten Punkte unserer gesundheitspolitischen Agenda:
 - Optimierung und qualitätsbasierte Weiterentwicklung der stationären Versorgungsstrukturen im Rahmen des Krankenhausplans 2018/2025 durch Aufnahme von Qualitäts- und Personalindikatoren in die Krankenhausplanung, Schaffung sektorübergreifender Versorgungsangebote;
 - Abbau von Doppelstrukturen und die Schaffung von medizinisch hochwertigen und spezialisierten Versorgungsangeboten. Sonderförderung für innovative Versorgungsstrukturen im Klinikbereich;
 - Sicherstellung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum durch bessere – sektorenübergreifende – Verzahnung stationärer und ambulanter Angebote sowie durch innovative klinische Organisationskonzepte, Umsetzung des Landarzt-Förderprogramm gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung und ein weiterer Ausbau der Förderung der Versorgungsmedizinassistenten.

- **Innovative Strukturen der gesundheitlichen Versorgung:** Um Qualität der Gesundheitsversorgung in unserem Land auch weiterhin auf hohem Niveau zu halten, müssen wir neue innovative Konzepte entwickeln und vor allem die Möglichkeiten der Digitalisierung soweit wie möglich nutzen. Ansatzpunkte für die Umsetzung neuer Versorgungsstrukturen sind folgende Handlungsfelder:
 - Ausweitung der Kooperationsstrukturen in der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung, insbesondere mit dem benachbarten Frankreich;
 - Möglichkeit des erleichterten Zugangs für Patienten zu den nachgelagerten Behandlungsmöglichkeiten in den Bereichen Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie (Saarland als Modellregion für Blanko-Verordnungen);
 - Etablierung telemedizinischer Modellprojekte mit digitalen Anwendungen, insbesondere in Pflegeeinrichtungen zur besseren ärztlichen Versorgung von alten und pflegebedürftigen Menschen;
 - Etablierung eines Ausbildungsgangs „Fernstudium: Pflege“; Einführung einer zweijährigen Ausbildung zum/zur „Pflegeassistenten/Pflegeassistentin“; Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Informatik an der Universität des Saarlandes, der Hochschule für Technik und Wirtschaft sowie dem Universitätsklinikum Homburg

2003 soll im Bereich der Digitalisierung der Gesundheitsversorgung und der Pflege ausge-
2004 baut werden. Ziel ist es digitale Lösungen zu entwickeln, die Ärzte und Pfleger z.B.
2005 von manuellen Dokumentationspflichten entlasten und ihnen mehr Zeit geben, sich
2006 um Patienten zu kümmern. Dazu gehört ein gemeinsames „Kompetenzzentrum
2007 eHealth und eCare“, das auch Gründern und Start-Ups Chancen bietet.
2008

2009 ■ **Gesundheitsprävention:** Die Förderung und der Erhalt der individuellen Gesund-
2010 heit gehört für uns zu den wichtigsten politischen Anliegen. Die Umsetzung des Prä-
2011 ventionsgesetzes mit der Schaffung von neuen Präventionsangeboten für alle Le-
2012 benslagen steht für uns daher im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik: in allen Le-
2013 benswelten wollen wir gemeinsam mit den Krankenkassen, den Kommunen sowie
2014 den Gesundheitspartnern spezielle Programme entwickeln. Wir werden die Gesund-
2015 heitskampagne „Saarland aktiv und gesund“ weiter ausbauen und sie mit anderen
2016 erfolgreichen Präventionskampagnen vernetzen. In den Kindertagesstätten und an
2017 den Schulen fördern wir durch verstärkte Aufklärung das gesundheitsbewusste Ver-
2018 halten unserer Kinder. Mit modernen Apps wollen wir die Etablierung von Mobile-
2019 Health fördern und neue Wege in der Prävention gehen. Dazu gehört auch eine ver-
2020 stärkte Gesundheitsforschung (Aufbau eines bundesweit einmaligen Impfreisters,
2021 Modellprojekt „Onko-Lotse“, Herzinfarkt-Studie, Schaffung weiterer präventiver
2022 Gesundheitsangebote, Durchführung „Gebärmutterhalskrebs-Studie“, Projekt zur
2023 Senkung der Kaiserschnitttrate etc.
2024

2025 ■ **Suchtprävention:** Wir werden aber auch die erfolgreichen Präventionsprogramme
2026 im Hinblick auf neue, z.B. internetinduzierte Suchtphänomene sowie die Angebote
2027 der Drogen- und Suchtberatung weiterentwickeln und verstärken. Die Neuausrich-
2028 tung der Drogenpolitik soll fortgesetzt werden: zentral soll ein Hilfs- und Betreu-
2029 ungsangebot aufgebaut werden, das die bestehenden Strukturen verbindet und
2030 Hilfsangebote verbessert: der Druckraum soll für Substituierte geöffnet, die Vergabe
2031 von Naloxan zur Notfalltherapie geprüft und die vernetzte Zusammenarbeit mit den
2032 Substitutionsärzten weiterentwickelt werden.
2033

2034 **10.3. Zusammenhalt durch mehr Familienfreundlichkeit in allen Lebensbereichen**

2035 ■ **Familienfreundlichkeit als Markenzeichen:** Familienpolitik ist Standortpolitik; das
2036 heißt: Familienfreundlichkeit im täglichen Leben, im Beruf und am Arbeitsplatz muss
2037 zu einem Aushängeschild und Erfolgsindikator unseres Landes werden. Daher wer-
2038 den wir unsere Kampagne zur Förderung der Familienfreundlichkeit im Saarland fort-
2039 führen. Und das ist unsere Agenda für mehr Familienfreundlichkeit in allen Lebens-
2040 bereichen:
2041

- 2042 ○ Entwicklung, Pilotierung und flächendeckende Umsetzung eines neuen qua-
2043 litätsbasierten Familien-Gütesiegels „SaarlandPlus“;
- 2044 ○ Profilierung des Saarlandes als Region mit ausgeprägter Willkommenskultur
2045 für Familien, insbesondere durch familienspezifische Sonder- bzw. Zusatz-
2046 leistungen in Verwaltung, Gastronomie und Touristik; Ausbau der Service-
2047
2048

- 2049 und Kompetenzstelle Familien, Schaffung mobiler Serviceanwendungen für
2050 Familien und Weiterentwicklung des Siegels familienfreundliche Kommunen;
2051 ○ Schaffung von familienbezogenen Betreuungsangeboten rund um die Uhr in
2052 jedem Landkreis und im Regionalverband Saarbrücken, insbesondere für Al-
2053 leinerziehende und berufstätige Eltern, von flexiblen Angeboten zu den
2054 Rand- und in den Ferienzeiten sowie der Ausbau der Familienfreundlichkeit
2055 in den Städten und Gemeinden;
2056 ○ Vereinbarkeit von Pflege und Beruf erleichtern durch bessere Informationen
2057 z.B. über die ambulanten und stationären Leistungen, das Familienpflegezeit-
2058 gesetz und Pflegezeitgesetz;
2059 ○ Einführung einer Familienkarte mit vergünstigten Bedingungen beim Besuch
2060 von kulturellen Veranstaltungen und Sporteinrichtungen etc.
2061
- 2062 ■ **Moderne Politik für moderne Familien:** Ehe und Familie stehen unter dem beson-
2063 deren Schutz des Staates. Die Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens und
2064 der Familie sind jedoch vielfältiger geworden. In traditionellen Familien, wie auch bei
2065 Alleinerziehenden, in Patchwork-Familien wie in eingetragenen Lebenspartnerschaf-
2066 ten und Regenbogenfamilien können konservative Werte gelebt und weitergegeben
2067 werden. Diese Vielfalt betrachten wir als selbstverständlichen Teil unserer Gesell-
2068 schaft. Wir werden uns auf Bundesebene für mehr Familienfreundlichkeit einsetzen.
2069 Dazu zählen die Bündelung der Familienleistungen in einer Familienkasse, die Wei-
2070 terentwicklung des Ehegatten- zu einem Familiensplitting sowie die verstärkte An-
2071 erkennung von Familienarbeit in den sozialen Sicherungssystemen.
2072
- 2073 ■ **Netzwerke für Familien:** Wir brauchen ein „soziales Frühwarnsystem“ sowie früh-
2074 zeitig und präventiv ansetzende Hilfsangebote für Eltern, die bei ihren Erziehungs-
2075 und Familienaufgaben überfordert sind. Das von uns entwickelte Modell der sozial-
2076 raumorientierten Jugendhilfe mit dezentralen Familienberatungszentren sollte flä-
2077 chendeckend ausgebaut werden – durch Einbeziehung der Schulen und Vereine und
2078 den Ausbau des Netzes engagierter Pflegefamilien und einem gut aufgestellten Pfl-
2079 gekinderdienst. Wir wollen ein digitales Landesjugendamt etablieren, damit Kinder,
2080 Jugendliche und Familien einen einfachen Zugang zu den Leistungen und Angeboten
2081 des Landesjugendamtes erhalten. Im Bereich der Prävention hat das Saarland bereits
2082 ein bundesweit beachtetes Angebot (erlebnispädagogisches Zentrum, „Wir im Ver-
2083 ein mit Dir“, Landesinstitut für Präventives Handeln), das mit seinen präventiven An-
2084 geboten stärker vernetzt wird mit dem Landessportverband, dem Verein für Präven-
2085 tion im Gesundheitswesen PUGIS e.V. und der Hochschule für Prävention.
2086
- 2087 ■ **Armutsbekämpfung:** Gerade in sozialen Brennpunkten, in denen Familien vermehrt
2088 armutsgefährdet und Kinder besonders belastenden Lebenssituationen ausgesetzt
2089 sind, werden wir eine flächendeckende Unterstützungs- und Beratungsinfrastruktur
2090 gewährleisten. Die fachliche Auswertung der vom Land initiierten Kinderarmutspro-
2091 jekte zeigt, dass niedrigschwellige und sozialraumorientierte Präventionsketten die
2092 Bildungsteilhabe, die soziale Teilhabe sowie die gesundheitliche Situation (Ernäh-
2093 rung) von sozial benachteiligten Kindern deutlich verbessern können. Deshalb wer-
2094 den wir auch in Zukunft darauf hinwirken, dass Präventionsprojekte verstärkt im

2095 Saarland installiert werden. Bei der Armutsbekämpfung und insbesondere im Be-
2096 reich der Kinderarmut geht es uns darum, die „Vererbung“ von Armut zu verhindern.
2097 Damit beschreiten wir den Weg der effektiven Armutsbekämpfung auf einer breiten
2098 gesamtgesellschaftlichen Basis. Der Aktionsplan Armut soll fortgeschrieben und
2099 weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass Armut durch Teilhabe an Bildung sowie
2100 durch Schaffung von Arbeits- und Betreuungsgelegenheiten soweit wie möglich ver-
2101 hindert wird. Wege aus der Armutsfalle sollen aufgezeigt, Unterstützungsangebote
2102 weiterentwickelt und Altersarmut verhindert werden. Hierzu wollen wir uns auf Bun-
2103 desebene für Initiativen und Maßnahmen einsetzen, die das Armutsrisiko vor allem
2104 von Alleinerziehenden und Älteren verringern. So ist z.B. Inanspruchnahme des Bil-
2105 dungs- und Teilhabepaketes und eine Erhöhung dieser Leistungen zu überprüfen.

2106
2107 ■ **Starke Verbraucher durch unabhängige Verbraucherberatung:** Unsere Verbrau-
2108 cherpolitik beruht auf der Überzeugung, dass die Verbraucherinnen und Verbrau-
2109 cher zu selbstbestimmten Entscheidungen fähig sind. Dies basiert auch auf dem
2110 christlichen Menschenbild. Unser Ziel ist es, den Bürger als Verbraucher in seiner
2111 Fähigkeit zur selbstbestimmten, mündigen, auf Nachhaltigkeit gerichtete Entschei-
2112 dung zu unterstützen. Deshalb werden wir die Arbeit der unabhängigen Verbrau-
2113 cherzentrale des Saarlandes in Zukunft weiter finanziell unterstützen, um den Zu-
2114 gang zu qualitätsgesicherten Informationen sicherzustellen.

2115
2116

2117 **10.4. Zusammenhalt durch Förderung der Gleichberechtigung**

2118

2119 ■ **Berufswahlorientierung:** Mädchen und Jungen ergreifen oft geschlechtsspezifische
2120 Berufe. Ziel muss es sein, Talente geschlechtsunabhängig zu entdecken, Perspekti-
2121 ven für Studium und Beruf breit gefächert zu eröffnen sowie Mädchen und Jungen
2122 talentbezogen zu fördern. Wir werden die Aktivitäten im Saarland auf ihre Wirksam-
2123 keit überprüfen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse fortführen.

2124

2125 ■ **Rechtsanspruch auf Wiedereinstieg in Vollzeit:** Ein Grund für Lohnlücken sind
2126 meist Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit. Deshalb brauchen alle, die zur Be-
2127 treuung oder Pflege ihre Erwerbstätigkeit zurückgestellt haben, einen Rechtsan-
2128 spruch auf Wiedereinstieg. Diese Reform könnte bestehende Lohnlücken zwischen
2129 Frauen und Männern verringern und damit einen Beitrag zur Gleichberechtigung
2130 leisten.

2131

2132 ■ **Führen mit Familie:** Führen in Teilzeit und in Jobsharing sind möglich. Hierfür wollen
2133 wir noch stärker und gezielt mit Best-Practice-Beispielen in der saarländischen Wirt-
2134 schaft und im öffentlichen Dienst werben. Im Rahmen des IHK-Siegels „Familien-
2135 freundlicher Arbeitgeber“ sollte dieser Aspekt besonders gewürdigt werden.

2136

2137 ■ **Frauengesundheit:** Es gibt viele Krankheiten, an denen sowohl Frauen als auch Män-
2138 ner gleichermaßen leiden, aber sich unterschiedlich äußern und unterschiedlich be-
2139 handelt werden müssen. Wir setzen uns für eine landesweite Informations- und Prä-
2140 ventionskampagne ein. Innovatives lebensphasenorientiertes medizinisches und

2141 pflegerisches Handeln sowie Behandeln soll insbesondere auch die Spezifika der Ge-
2142 schlechter berücksichtigen und mit der aktuellen wissenschaftlichen Forschung der-
2143 art vernetzt sein, dass deren Ergebnisse unmittelbare Berücksichtigung finden kön-
2144 nen. Die gesamtheitliche Betrachtung soll noch verstärkter in den Blick genommen
2145 werden. Dahingehende medizinische und pflegerische Leuchtturmprojekte sollen
2146 gefördert werden.

2147
2148

2149 **10.5. Zusammenhalt durch freiwilliges ehrenamtliches Engagement**

2150

- 2151 ▪ **Aktive Bürgergesellschaft als Leitbild:** Die Familien sind die Keimzellen unserer
2152 Gesellschaft; das freiwillige ehrenamtliche Engagement – sei es in Projekten oder
2153 kommunalen Einrichtungen, Kirchengemeinden oder sozialen Organisationen, Par-
2154 teien oder Gewerkschaften, Vereinen oder Verbänden – ist der Kitt, der unsere Ge-
2155 sellschaft zusammenhält. Von den Freiwilligen Feuerwehren bis zur Jugendarbeit in
2156 den Sportvereinen ist die hier geleistete Arbeit ein unverzichtbarer Bestandteil des
2157 kommunalen Lebens. Das gilt insbesondere für das kulturelle Leben, das auf Dauer
2158 verarmen wird, wenn nur noch „Kulturkonsum“ und „Zuschauermentalität“ gepflegt
2159 werden. Wir werden deshalb das aktive bürgerschaftliche Engagement in Vereinen,
2160 Kirchen und Projektinitiativen fördern.

2161

- 2162 ▪ **Wertschätzung für die Arbeit der Kirchen:** Für uns leisten Kirchen – neben ihren
2163 religiösen und seelsorgerischen Aufgaben – unverzichtbare Dienste: in der Betreu-
2164 ung, Erziehung und Bildung von Kindern, der gesundheitlichen Fürsorge, der Pflege
2165 älterer Menschen, der Hilfe für Behinderte und dem Eintreten für sozial Benachtei-
2166 ligte. Für eine solidarische Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, sind die Kirchen
2167 aber auch als sinnstiftende und wertevermittelnde Einrichtungen unentbehrlich. Wir
2168 als christliche Demokraten sind gegen jegliche Versuche, die Arbeit der Kirchen ein-
2169 zuschränken.

2170

- 2171 ▪ **Mehr Anerkennung für das Ehrenamt:** Wir haben mit der Einführung von Ehren-
2172 amtsnadel, Ehrenamtskarte, Pflegemedaille und Sozialmedaille einen Beitrag für
2173 mehr Anerkennungskultur im ehrenamtlichen Engagement geschaffen. Mit der LAG
2174 „Pro Ehrenamt“ und den Ehrenamtsbörsen gibt es zudem hervorragende Förder- und
2175 Betreuungsstrukturen. Wir unterstützen auch in Zukunft auf allen Ebenen die Arbeit
2176 der Kultur-, Sport- und Sozialvereine. Wir haben durch die Regelung des Ehrenamts-
2177 urlaubs und des Versicherungsschutzes Maßstäbe gesetzt. Die Initiative zur Haf-
2178 tungsbegrenzung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen treiben wir weiter
2179 voran. Um die praktische Arbeit im Ehrenamt zu erleichtern, werden wir die Einset-
2180 zung einer Enquete-Kommission im Landtag beantragen sowie als Zeichen der Aner-
2181 kennung die Ehrenamtskarte weiter durch Vergünstigungen für die Inhaber aus-
2182 bauen.

2183

- 2184 ▪ **Jugendpolitik ist Zukunftspolitik:** Kinder und Jugendliche gestalten durch ihr Enga-
2185 gement und ihre Ideen in vielen Bereichen unserer Gesellschaft die Zukunft unseres
2186 Saarlandes entscheidend mit. Dies wollen wir ernsthaft und bedarfsgerecht fördern.

2187 Das bedeutet Stärkung der Beteiligung und Mitbestimmung, Zusammenarbeit mit
2188 den Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe sowie Entwicklung gemeinsamer ge-
2189 nerationengerechte Strategien im Hinblick auf den demokratischen Wandel. Kinder
2190 und Jugendliche sollen und müssen mitgenommen werden, um sich aktiv mit ihren
2191 Vorstellungen einbringen zu können. Die Interessen und Belange von Kindern und
2192 Jugendlichen werden von kommunalen Jugendhilfeausschüssen, Landesjugendhil-
2193 feausschuss, Landesjugendamt sowie Jugendverbänden und Jugendgruppen enga-
2194 giert und qualifiziert vertreten. Diese bewährten Strukturen wollen wir auch in Zu-
2195 kunft stärken. Jugendliche brauchen ein Umfeld, in dem sie sich wohlfühlen. Gibt
2196 man ihnen die Möglichkeit, ihre Lebensräume aktiv mitzugestalten, ihre Wünsche
2197 und Interessen darin wiederzufinden, fördert man die Identität und evtl. die Bereit-
2198 schaft, sich auch weiterhin aktiv in ihrem Umfeld (z.B. Ehrenamt) einzubringen. Dies
2199 wollen wir unterstützen und fördern.

2200
2201

2202 **10.6. Zukunft braucht Erfahrung**

2203

2204 ■ **Mitwirkung und Mitbestimmung von Senioren:** Wir unterstützen ältere Mitbürger,
2205 die sich ehrenamtlich engagieren – insbesondere in der Nachbarschaftshilfe, bei den
2206 Besuchsdiensten und bei Einkaufsverbänden. Hier wollen wir neue Modelle im Saar-
2207 land erproben. Der von der Bundesregierung ins Leben gerufene Bundesfreiwilligen-
2208 dienst (BUFDI) bietet dazu hervorragende Möglichkeiten. Wir werden zudem die Ko-
2209 operation von Pflegeeinrichtungen mit Ehrenamtsbörsen und Freiwilligennetzwer-
2210 ken intensivieren und – in Zusammenarbeit mit dem Landesseniorenbeirat – weitere
2211 kommunale Seniorenbeiräte aufbauen.

2212

2213 ■ **Seniorenfreundliches Saarland:** Unser Land muss – insbesondere vor dem Hinter-
2214 grund des demografischen Wandels – die bedarfsgerechte Nahversorgung älterer
2215 Menschen mit den Gütern des täglichen Lebens und wohnortnahen Angeboten der
2216 medizinischen und pflegerischen Betreuung sicherstellen. Damit Senioren aber auch
2217 die kommunalen Leistungen in Anspruch nehmen können, brauchen wir darüber hin-
2218 aus mehr mobile Bürgerdienste („rollendes Rathaus“) und ein flächendeckendes
2219 Netz von kommunalen Seniorenbeauftragten, Seniorenlotsen, Seniorenbüros und
2220 Seniorensicherheitsberatern. Wir wollen moderne Wohn- und Lebensformen für Se-
2221 nioren und Seniorengemeinschaften fördern.

2222

2223 ■ **Häusliche Pflege stärken:** Wir wollen, dass ältere Menschen nicht im Alter alleine
2224 gelassen werden, sondern auch im Krankheits- oder Pflegefall im häuslichen Umfeld
2225 verbleiben können; sie sollen so lange wie möglich ein Leben in vertrauter und fami-
2226 liärer Umgebung führen können. Deshalb muss der schon jetzt spürbare Mangel an
2227 Fachpersonal bekämpft werden. Mit einer integrierten Ausbildung in der Kranken-
2228 und Altenpflege wird in Zukunft dafür gesorgt, dass qualifizierter Nachwuchs für
2229 diese Aufgaben zur Verfügung steht und das Betreuungs- und Pflegepersonal besser
2230 auf einen Wechsel zwischen diesen beiden Betreuungsberufen vorbereitet wird. Der
2231 Pflegepakt Saarland wird fortgeführt: neben Maßnahmen zur Steigerung der Attrak-

2232 tivitàt der Pflegeberufe für Ein-, Aus- und Umsteiger wollen wir die Arbeitsbedingun-
2233 gen in der Pflege durch Initiativen in Land und Bund verbessern. Auch wollen wir uns
2234 einsetzen für eine moderne generalistische Ausbildung und die Schaffung eines Pfl-
2235 geassistenten mit zweijähriger Ausbildung.

2236
2237 ■ **Wohnortnahe Beratungs- und Unterstützungsangebote für Senioren:** Mit unse-
2238 ren Pflegestützpunkten haben wir ein Beratungsangebot installiert, mit dem Pflege-
2239 bedürftige und ihre Angehörigen wohnortnah, kompetent und neutral auf alle Fra-
2240 gen rund um die ambulante und stationäre Pflege vorbereitet werden. Das Saarland
2241 ist heute bereits bundesweit Vorreiter bei der Versorgung mit Pflegestützpunkten.
2242 Wir wollen den Ausbau der Pflegestützpunkte mittelfristig durch mobile, dezentrale
2243 Angebote und durch Vernetzung mit Ehrenamtsbörsen, Freiwilligennetzwerken und
2244 AHA Dienstleistungszentren vorantreiben; damit können gezielt Hilfen aus einer
2245 Hand angeboten werden. Wir wollen die ambulanten Angebote wie Tagespflege und
2246 Entlastungsangebote weiter ausbauen, mit Modellen wollen wir das Überleitungs-
2247 management vom Krankenhaus aus verbessern. Das Saarland ist das erste Land mit
2248 einem Demenzplan. Diesen wollen wir konsequent umsetzen und weiterentwickeln.
2249 Auch soll die Landesfachstelle Demenz in die Demenzarbeit als Koordinator und
2250 Steuerer verankert werden. Demenzlotsen sollen Angehörige und Betroffene in
2251 Krankenhäusern unterstützen.

2252
2253
2254

2255 **11. Umwelt-, Verkehrs- und Energiepolitik – Unser Programm für Nachhal-** 2256 **tigkeit und Mobilität!**

2257
2258 Im Umgang mit der Natur treffen unterschiedliche ökologische Anschauungen und oft auch
2259 divergierende Interessen aufeinander. Die Auffassungen darüber, wie unsere Kulturland-
2260 schaft für wirtschaftliche, touristische und ökologische Zwecke in Anspruch genommen
2261 werden darf, gehen auseinander. Wir möchten einen offenen und konstruktiven Dialog mit
2262 den verschiedenen Akteuren. Wir wollen die verschiedenen Akteure in die Gestaltung un-
2263 serer Naturschutzpolitik einbeziehen und dadurch einen fairen Ausgleich der Interessen
2264 von Landwirten, Jägern, Anglern, Waldbesitzern und Naturschützern herbeiführen. Mit dem
2265 erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien ist zudem die Energiewende in eine neue
2266 Phase eingetreten; umso wichtiger ist es, auch beim weiteren bedarfsgerechten und effi-
2267 zienten Ausbau den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und den Na-
2268 turschutzverbänden zu suchen mit dem gemeinsamen Ziel, mit unseren natürlichen Res-
2269 sourcen schonender umzugehen und den ökologischen Fußabdruck in unserer Region zu
2270 verkleinern.

2271
2272

2273 **11.1. Für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur**

2274
2275 ■ **Sicherheit durch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur:** Das Saarland ist ein
2276 weltoffenes Land im Herzen Europas. Unser Land hat eine hohe Exportquote, und

2277 viele Menschen pendeln täglich über die Landesgrenzen hinweg zu ihren Arbeits-
2278 plätzen. Sicherheit bedeutet daher auch, sich auf leistungsfähige Verkehrsverbin-
2279 dungen jederzeit verlassen zu können; insbesondere die Unternehmen der Saarländischen
2280 Wirtschaft brauchen logistische Effizienz, wie sie nur auf Grundlage einer hervorragend
2281 vernetzten Verkehrsinfrastruktur gewährleistet ist.

2282

2283 ■ **Schieneverkehr:** Durch die zunehmende Auslastung und Belastung der überregio-
2284 nalen und regionalen Straßenverkehrswege wird im Gegenzug die Qualität des
2285 schienengebundenen Verkehrsnetzes immer wichtiger. Folgende verkehrspoliti-
2286 schen Ziele verfolgen wir daher:

2287

2288 ○ **Europäischer Nah- und Fernverkehr:** Wir werden uns dafür einsetzen, dass
2289 die Strecke Paris – Saarbrücken – Frankfurt so ausgebaut wird, wie dies ver-
2290 traglich vereinbart ist. Wir werden nicht zulassen, dass Saarbrücken und das
2291 Saarland vom europäischen und deutschen Fernverkehrsnetz abgehängt wer-
2292 den. Die Verbesserung des grenzüberschreitenden Nahverkehrs auf der
2293 Schiene ist für uns Teil der Frankreichstrategie. Eine Reaktivierung der Bist-
2294 talbahn bietet die Möglichkeit, eine Schienenverbindung nach Frankreich
2295 und Luxemburg zu etablieren. Das Konzept hierzu werden wir gemeinsam mit
2296 unseren Nachbarn in Frankreich und in Luxemburg erarbeiten.

2297

2298 ○ **Nationale Schienenverkehrsanbindung:** Über die wichtige Nahestrecke
2299 Saarbrücken – Türkismühle – Mainz – Frankfurt ist das Saarland an den Frank-
2300 furter Flughafen und die Rhein-Main-Region angebunden; im saarländischen
2301 Abschnitt ist diese Strecke bereits durchgehend elektrifiziert. Wir werden uns
2302 beim Bund und der Bahn dafür einsetzen, dass diese Strecke so ertüchtigt
2303 wird, dass sie vollständig elektrifiziert wird und mittelfristig für Güterverkehr
2304 genutzt werden kann.

2305

2306 ○ **Regionaler Nahverkehr:** In guten Verhandlungen mit der Bundesregierung
2307 konnten wir erreichen, dass die Finanzierung des Nahverkehrs auf der
2308 Schiene mittelfristig sichergestellt ist und das Saarland künftig deutlich mehr
2309 Regionalisierungsmittel erhält. Wir werden diese Mittel nutzen, um ein at-
2310 traktives, verlässliches und bürgerfreundliches Nahverkehrsangebot auf der
2311 Schiene zu erhalten und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten weiter zu
2312 verbessern. Die Reaktivierung von Strecken, deren Kosten-Nutzen-Verhältnis
2313 extrem ungünstig ist, lehnen wir ab. Die Umwandlung von alten Bahntrassen
2314 in Radwege bietet hingegen gute Chancen, das touristische Radwegenetz
2315 noch attraktiver zu machen.

2316

2317 ■ **Flughafen:** Der Flughafen Saarbrücken ist ein unverzichtbarer Standortfaktor mit
2318 hoher regionalwirtschaftlicher Bedeutung. Es wird darauf ankommen weiterhin ein
2319 attraktives Angebot an Linien- und Charterflügen aufrecht zu erhalten und damit das
2320 Profil des komfortablen, internationalen Regionalflughafens zu schärfen, der das An-
2321 gebot zwischen Luxemburg und Frankfurt komplettiert und im Markt dauerhaft
2322 seine Position behauptet.

2323
2324
2325
2326
2327
2328
2329
2330
2331
2332
2333
2334
2335
2336
2337
2338
2339
2340
2341
2342
2343
2344
2345
2346
2347
2348
2349
2350
2351
2352
2353
2354
2355
2356
2357
2358
2359
2360
2361
2362
2363
2364
2365
2366
2367
2368

- **Straßenverkehr:** Die zeitweise Vollsperrung der Fechinger Autobahn-Brücke hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein leistungsfähiges Straßennetz für unser Land und vor allem für die Saarländische Wirtschaft ist. Erhalt und Sanierung der bestehenden Infrastruktur müssen dabei Priorität vor dem Neubau von Straßen und Brücken haben. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass die Funktionstüchtigkeit der Straßeninfrastruktur von der zuständigen Behörde jederzeit im Sinne von wirtschaftlicher Effizienz und Nachhaltigkeit gewährleistet ist:
 - **Sanierung vor Neubau:** Wir setzen uns dafür ein, dass unsere straßenverkehrspolitische Prioritätensetzung sowohl bei der Planung wie auch bei der Genehmigung von Projekten strikt eingehalten wird. Grundsätzlich wollen wir dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen am bestehenden Straßennetz Priorität vor neuen Verkehrsprojekten geben. Notwendige Neubauprojekte müssen aber ebenso eine Realisierungschance erhalten, um beispielsweise die positive Entwicklung des ländlichen Raums voranzutreiben. So bleibt die Vervollständigung der Nordsaarländischen Straße ein Ziel, dem wir uns verpflichtet fühlen. Wir werden daher weiter an einer verwirklichungsfähigen Trassenalternative arbeiten und diese auf den Weg bringen.
 - **Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren:** Das derzeitige Planungsrecht für Straßen ist auf neue Verkehrswege ausgerichtet. Dadurch dauert die Planung und Genehmigung neuer Autobahnbrücken, die lediglich alte Brücken ersetzen, viel zu lange. Das wollen wir ändern. Gemeinsam mit dem Bund und in einem offenen Dialog mit den Umweltverbänden werden wir prüfen, wie überlange Planungsverfahren bei reinen Sanierungsmaßnahmen (z.B. Ersatzbauten für alte Brücken) verkürzt werden können. Wir wollen, dass bei der Sanierung von Straßen und Brücken künftig andere Maßstäbe bei der Genehmigung („Planfeststellung“) angelegt werden als beim Neubau von Straßen. Hierzu sind gesetzliche Änderungen auf Bundesebene erforderlich.
- **ÖPNV:** Wir wollen unseren ÖPNV noch stärker an den Bedürfnissen der Kunden orientieren. Ein Umsteigen vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV ist umweltfreundlich und entlastet unsere Verkehrswege. Dazu braucht es bessere Angebote. Wir wollen attraktive Tarife, eine hohe Funktionalität und Verlässlichkeit, verbesserten Service, verlässliche Fahrgastinformationen sowie ein hohes Maß an Sicherheit für Fahrgäste und Personal. Dabei sollen alle Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden; hierzu gehört insbesondere eine leistungsfähige und frei zugängliche WLAN-Versorgung in allen Bussen und Bahnen. Nach wie vor stehen wir zu unseren Nachtbussen im Land, die an den Wochenenden und vor Feiertagen die Nachtschwärmer sicher nach Hause bringen. Dieses Erfolgsmodell wollen wir weiter ausbauen. Insbesondere die junge Generation soll den ÖPNV im Saarland in Zukunft günstiger nutzen können. Aus diesem Grund prüfen wir ein Jugend-Ticket, das auch Schülern und Jugendlichen in Ausbildung einen günstigeren ÖPNV bietet.

- 2369
- 2370
- 2371
- 2372
- 2373
- 2374
- 2375
- 2376
- 2377
- 2378
- 2379
- 2380
- 2381
- 2382
- 2383
- 2384
- 2385
- 2386
- 2387
- 2388
- 2389
- 2390
- 2391
- 2392
- 2393
- 2394
- 2395
- 2396
- 2397
- 2398
- 2399
- 2400
- 2401
- 2402
- 2403
- 2404
- 2405
- 2406
- **Multimodalität des Verkehrs:** Wir setzen nicht auf einzelne Verkehrsmittel, sondern auf deren intelligente Verknüpfung und einen nutzerorientierten Mobilitätsmix. Moderne Mobilität setzt auf verschiedene Fortbewegungskonzepte und kombiniert diese klug miteinander. Um das zu gewährleisten müssen Übergangspunkte geschaffen werden, bei denen ausreichende P+R-Kapazitäten, ÖPNV-Haltestellen, sowie Fahrradverleih- und Carsharing-Systeme ein breites und individuelles Angebot schaffen. Dabei müssen die infrastrukturellen Anforderungen der wachsenden E-Mobilität von Anfang an mitgedacht werden. Zur Sicherstellung einer ununterbrochenen Nutzungskette müssen alle Angebote über ein digitales System miteinander kombinierbar, buchbar und zahlbar sein.

 - **Alltagsradverkehr:** Während das Saarland bei der touristischen Radnutzung schon Spitze ist, gibt es beim Alltagsradverkehr noch viel zu verbessern. Durch die zunehmende Verbreitung von E-Bikes wird Radfahren im hügeligen Saarland auch als alternatives Verkehrsmittel immer attraktiver. Und das sind unsere radverkehrspolitischen Grundsätze:
 - **Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs:** Wir setzen uns dafür ein, dass Fahrradfahren durch gezielte Maßnahmen als umweltfreundliche Ergänzung eines modernen Mobilitätsangebotes zu stärken. Dazu sind z.B. Maßnahmen von der Ausweisung von Schutz- und Radfahrstreifen, die Freigabe der Nutzung von Busstreifen, bis hin zur Anpassung von Ampelschaltungen und der Erlaubnis zur entgegengesetzten Nutzung von Einbahnstraßen denkbar;

 - **Vernetzung der Radverkehrswege:** Wir werden Lücken im Radwegenetz so weit wie möglich schließen und im Rahmen eines ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes weitere Maßnahmen umsetzen, die dem Alltagsradverkehr zugutekommen. Dazu gehört auch zu prüfen, wie ein auf Pendler im Großraum Saarbrücken ausgerichtetes Netz an Radschnellwegen realisiert werden kann. Unser Ziel ist es, ein Netz an Radschnellwegen zu entwickeln, das die Landeshauptstadt entlang der ÖPNV-Achsen in einem Radius von 45 Minuten mit dem E-Bike für Pendler anbindet. Den Zukunftsstandort Reden ist wegen der gut ausgebauten Rundwege geeignet, dort mit einer Fahrrad- und Mobilitätsmesse die Chancen und Möglichkeiten der Elektromobilität aufzuzeigen.

11.2. Land- und Forstwirtschaft im Einklang mit der Erhaltung der Artenvielfalt

2408

2409 Die saarländische Land- und Forstwirtschaft prägt das Landschaftsbild in unserer Region

2410 und leistet damit einen erheblichen Beitrag zur Attraktivität des ländlichen Raums. Sie ist

2411 nicht nur Teil einer hochwertigen und vielfältigen Produktionskette nachhaltiger Lebens-

2412 mittel, sondern trägt auch mit großem Aufwand dazu bei, die bestehende Kulturlandschaft

2413 und damit auch die Artenvielfalt zu erhalten. Dies gilt sowohl für konventionell arbeitende

2414 Betriebe als auch für solche, die sich für eine ökologische Umsetzung entschieden haben.

2415 Wir wollen daher die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe dabei unterstützen, zum Er-
2416 halt der Artenvielfalt im Saarland beizutragen und das Angebot regionaler Lebensmittel zu
2417 bereichern.

2418

2419 ▪ **Regionale Identität:** Der Erhalt der Artenvielfalt ist für unsere saarländische Heimat
2420 ein zentraler Aspekt bei der Bewahrung des Landschaftsbildes und damit eines Teils
2421 der Identität unserer Region. Jedoch stellen ein hochentwickelter Wirtschaftsraum
2422 und ein dicht besiedeltes Flächenland den Erhalt der Artenvielfalt vor eine große
2423 Herausforderung. Einmal zerstörte Artenvielfalt ist nicht regenerierbar. Daher ist es
2424 Ziel unserer Umweltpolitik, zum Erhalt verschiedener Mikroorganismen, Pflanzen-,
2425 Tier- und Pilzarten als Teile eines selbstregulierenden Ökosystems beizutragen, um
2426 die Grundlage für gesunde Nahrungsmittel zu bieten und sauberes Trinkwasser be-
2427 reitzustellen.

2428

2429 ▪ **Ökolandbau:** Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft hat in den vergange-
2430 nen Jahren weiter stetig zugenommen. Diese führen zu einem enormen Rückgang
2431 der Artenvielfalt und betreffen insbesondere solche Arten, die eher langlebig und
2432 sehr empfindlich gegenüber Pestiziden sind. Somit können Selbstreinigungskräfte
2433 von Ökosystemen empfindlich gestört werden. Im Saarland werden derzeit ungefähr
2434 sechzehn Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche (Bundesdurchschnitt:
2435 sechs Prozent) von rund 140 Betrieben ökologisch bewirtschaftet; dazu kommen
2436 weit über 100 ökologisch wirtschaftende und verarbeitende Betriebe. Es ist unser
2437 Anliegen und Ziel, eine Landwirtschaft zu unterstützen, die weitest möglich auf Fun-
2438 gizide, Insektizide, und Herbizide verzichtet und Alternativen dazu aufzeigt. Daher
2439 wollen wir sicherstellen, dass landwirtschaftliche Betriebe, die sich für den Umstieg
2440 von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft entscheiden, während der Um-
2441 stellungsphase weiterhin durch Fördermittel unterstützt werden können.

2442

2443 ▪ **Bienensterben:** Das weltweite Bienensterben steht stellvertretend für den Rück-
2444 gang der Artenvielfalt und bringt ernste Konsequenzen mit sich. Honig-, Wildbienen
2445 und andere Insekten bestäuben ca. 80 Prozent aller Kulturpflanzen und sind somit
2446 elementar wichtig für das Wachsen und Gedeihen von Blüten und Früchten. In die-
2447 sem Zusammenhagen wertschätzen wir die wichtige Arbeit aller saarländischen Im-
2448 ker. Bereits heute kultivieren viele Saarländerinnen und Saarländer ein oder mehrere
2449 Bienenvölker. Wir wollen daher Maßnahmen und Projekte unterstützen, die zur Im-
2450 kerei ermutigen und aktiv dem Bienensterben entgegenwirken. Die CDU Saar
2451 schätzt die Arbeit und den Einsatz der Imkerinnen und Imker im Saarland für den
2452 Erhalt und das Gedeihen der saarländischen Kulturlandschaft. Wir verbessern die
2453 Rahmenbedingungen für Honigbienen und Wildbienen durch eine verstetigte Förde-
2454 rung von Bienenweiden, einen nachhaltigen Einsatz für Maßnahmen zur Bienen-
2455 gesundheit sowie durch die Intensivierung der bestehenden institutionellen Koope-
2456 ration mit dem Fachzentrum für Bienen und Imkerei in Mayen. Die Honigbiene spielt
2457 für die Bestäubungsleistung in unserer Kulturlandschaft eine zentrale wirtschaftli-
2458 che Rolle. Gleichzeitig bleibt der Erhalt und die Förderung vielfältiger Blühflächen
2459 für Honig- und Wildbiene im Sinne einer Artenvielfalt vorrangiges Ziel unserer Poli-
2460 tik.

2461
2462
2463
2464
2465
2466
2467
2468
2469
2470
2471
2472
2473
2474
2475
2476
2477
2478
2479
2480
2481
2482
2483
2484
2485
2486
2487
2488
2489
2490
2491
2492
2493
2494
2495
2496
2497
2498
2499
2500
2501
2502
2503
2504
2505

- **Artenvielfalt im öffentlichen Raum:** Durch viele kleinere Maßnahmen können verfügbare Flächen im öffentlichen Raum ökologisch sinnvoll genutzt werden. Dabei gehen wir mit gutem Beispiel voran: Das gemeinsam mit der Naturschutzjugend (NAJU) im Landtagsgarten aufgestellte Insektenhotel leistet einen aktiven Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und trägt darüber hinaus dazu bei, Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren. Unter Einbindung aller Stellen im Land wie dem Landesbetrieb für Straßenbau oder etwa den Hochschulen wollen wir die Handlungsspielräume von Land und Kommunen nutzen und den Erhalt der Artenvielfalt durch die ökologische Verwendung öffentlicher Flächen und Oberflächengewässer fördern. Zu den geeigneten Maßnahmen zählen unter anderem:
 - Anpflanzen von Hecken;
 - Bau von Nisthilfen für Bienen, Wespen und Hornissen;
 - Streuobstanbau;
 - Rückgriff auf regionale Produkte und Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft;
 - Sensibilisierung im Umgang mit Wildpflanzen;
 - Vermeiden von (Mikro-)plastik in öffentlichen Einrichtungen (Kantinen, Teeküchen, WCs o.ä.);
 - Entwicklung von Strategien zum Schutz der Artenvielfalt in den saarländischen Oberflächengewässern durch Verringerung von Schadstoffeinträgen.

- **Auszeichnung für Biodiversitätsschulen:** Wir wollen ökologische Bildung in Schulen und in der Öffentlichkeit stärken. Zu diesem Zweck werden wir in Schulen Projekte mit Partnern initiieren, die einen aktiven Beitrag zum Artenschutz leisten; dazu gehören unter anderem der NABU, die Vereinigung der Jäger des Saarlandes, der Fischereiverband Saar, der Landesverband der saarländischen Imker sowie der Bauernverband Saar. Gemeinsam mit diesen Verbänden wollen wir ein Label „Biodiversitätsschule“ entwickeln, das Schulen nach der Erfüllung von der Artenvielfalt zuträglichen Maßnahmen verliehen wird. Dazu gehören beispielsweise die Errichtung eines Wildbienenhotels, regionale Ernährung in den Kantinen sowie Exkursionen und Projekttag mit Relevanz für den Erhalt der Biodiversität. Wir wollen darüber hinaus weitere Aspekte mit dem Ziel des Artenschutzes mit aufnehmen, wie z.B. eine entsprechende Gestaltung des Schulhofs und vieles mehr.

- **Bürgerprojekt Biodiversität:** Wir wollen Kommunen und ihre Einwohner z.B. dazu motivieren, Flächen wie Verkehrsinseln oder Randstreifen mit der Biodiversität zuträglichen Pflanzen zu begrünen anstatt mit solchen, die lediglich einen ästhetischen Zweck erfüllen. Kommunen sollen interessierte Bürgerinnen und Bürger durch einen direkten Beitrag dafür sensibilisieren und dazu ermutigen, Maßnahmen zum Erhalt der Biodiversität im Saarland zu ergreifen. Dies umfasst in erster Linie Veranstaltungsreihen in Form von Vorträgen, aber auch in Form von praktischen Workshops, bei denen unter Anleitung von Experten gezeigt wird, welche Möglichkeiten zum Schutz der Artenvielfalt für jeden einzelnen bestehen. Darüber hinaus werden wir

2506 ein Angebot für Bürger schaffen, Patenschaften für öffentliche Flächen zu überneh-
2507 men und diese nach Biodiversitätszielen zu bewirtschaften.

2508

2509 ■ **Mehr Augenmaß beim Ausbau der Erneuerbaren Energien:** Wir setzen uns für eine
2510 Stromversorgung ein, die sicher, bezahlbar und klimaverträglich ist. Zur Sicherung
2511 der Energieversorgung werden daher in den nächsten Jahren Kohlekraftwerke im
2512 Saarland unverzichtbar sein. Der Umbau unserer Energieversorgung wird nur gelin-
2513 gen, wenn er die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern findet. Deshalb ma-
2514 chen wir uns für transparente Planungs- und Genehmigungsverfahren beim Ausbau
2515 der Erneuerbaren Energien stark. Initiativen von Bürgern, die vor Ort die Energie-
2516 wende mit eigenen Projekten voranbringen wollen, werden wir unterstützen. Bei der
2517 Windkraft gilt es, mit mehr Augenmaß als bisher vorzugehen, den Schutz der Natur
2518 und des Waldes stärker zu berücksichtigen und Windräder nur an windstarken Stand-
2519 orten zu errichten. Die Nutzung weiterer Laubwaldstandorte (vor allem Buchen- und
2520 Eichenwälder) im saarländischen Staatswald für Windräder lehnen wir ab.

2521

2522 ■ **Ausbau von Speicherkapazitäten:** Die Herausforderung ist es jetzt vor allem, die
2523 Gas- und Kohlekraftwerke, die erneuerbaren Energien und die Leitungen und Netze
2524 intelligent so aufeinander abzustimmen, dass die Versorgung mit Strom sicher,
2525 preiswert und klimaverträglich ist. Dabei werden Stromspeicher eine immer größere
2526 Rolle spielen. Wir wollen deshalb die Zusammenarbeit der Akteure der Energiewirt-
2527 schaft- und -forschung auf der Basis der bestehenden Landesinitiative Energieinno-
2528 vation Saar (LIESA) weiter fördern und unterstützen. Weil bei der Energiewende zu-
2529 nehmend moderne Informations- und Kommunikationstechnologien wichtig wer-
2530 den, setzen wir uns dafür ein, dass an den Hochschulen des Saarlandes auch Energie-
2531 informatik studiert werden kann.

2532

2533

2534 **11.3. Für mehr regionale Ernährung und weniger Lebensmittelverschwendung**

2535

2536 ■ **Lebensmittelverschwendung begrenzen:** Nachhaltigkeit bedeutet auch, verant-
2537 wortlich mit Lebensmitteln umzugehen. Lebensmittelverschwendung geht uns alle
2538 an. Jahr für Jahr landen in Deutschland elf Millionen Tonnen noch essbare Lebens-
2539 mittel mit einem Wert von 25 Milliarden Euro im Müll. Wir wollen das Saarland zu
2540 einem Pionier im nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln machen. Die Förderung
2541 regionaler Ernährung nutzt die natürlichen Schätze unserer Heimat und erhält die
2542 Vielfalt unserer Umwelt in einem lebenswerten Saarland, das gutes Leben nachhaltig
2543 ermöglicht.

2544

2545 ■ **Schöpfung achten und wahren:** Lebensmittelverschwendung bedeutet nicht nur ein
2546 Problem für den Klimaschutz und einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, son-
2547 dern ist auch eine ethische Frage. Insbesondere für aus Tieren gewonnene Lebens-
2548 mittel ist Wegwerfen ein Problem, weil Tiere eben nicht nur Lebensmittel, sondern
2549 auch Lebewesen sind. Wir müssen daher die Prinzipien der Wegwerfkultur durchbre-
2550 chen und eine Kultur des bewussten Konsums fördern.

2551

- 2552
2553
2554
2555
2556
2557
2558
2559
2560
2561
2562
2563
2564
2565
2566
2567
2568
2569
2570
2571
2572
2573
2574
2575
2576
2577
2578
2579
2580
2581
2582
2583
2584
2585
2586
2587
2588
2589
2590
2591
2592
2593
2594
2595
2596
- **Umwelt- und Klimaschutz:** Die Vorteile regionaler und saisonaler Ernährung liegen auf der Hand. Wesentlich kürzere Transportwege und entfallende energieaufwändige Lagerung tragen aktiv zum Umwelt- und Klimaschutz bei. Zudem bleibt die Wertschöpfung in der Region und stärkt damit aktiv die saarländischen Landwirte.

 - **Regionaler Konsum, globale Verantwortung:** Unser Konsumverhalten hat Auswirkungen auf unsere Umwelt und auch auf den Hunger in der Welt. Ressourcenverschwendung bei uns und Ressourcenknappheit in anderen Teilen der Erde müssen daher im globalen Zusammenhang und unter ethischen wie sozialen Aspekten betrachtet werden. Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher dazu motivieren, vermehrt auf regionale Produkte zurückzugreifen. Wir setzen uns daher für folgende Maßnahmen ein:
 - **Vermarktungsformen kritisch überprüfen:** Standards von Produktion und Handel verhindern, dass qualitativ einwandfreie Lebensmittel in den Handel gelangen. Dabei ist das Aussehen nicht alleiniges Gütekriterium für frische und gesunde Lebensmittel. Wir wollen daher erreichen, bisher bestehende Normen und Standards bspw. hinsichtlich Form und Größe von Obst und Gemüse kritisch zu überprüfen.

 - **Lebensmittelrecht reformieren:** Die Verschwendung von Lebensmitteln beinhaltet einen ethischen Unrechtsgehalt, der eine Sanktion nach sich ziehen sollte. Wir wollen diese daher in den Katalog der Ordnungswidrigkeiten aufnehmen, um rechtliche Sanktionsmöglichkeiten gegen systematische Lebensmittelverschwendung zu schaffen.

 - **Mindesthaltbarkeitskonzept überdenken:** Es erscheint grotesk, dass unverderbliche Lebensmittel wie Getreideprodukte oder Salz mit einem Mindesthaltbarkeitsdatum versehen sind. Daher ist das bisherige Konzept des Mindesthaltbarkeitsdatums kritisch zu hinterfragen. Wir wollen daher eine Bundesratsinitiative zur Einschränkung der verpflichtenden Angabe des Mindesthaltbarkeitsdatums prüfen.

 - **Aufklärungsarbeit über Deko-Lebensmittel:** Wir Verbraucher erwarten stets volle Regale, sodass der Einzelhandel darauf reagiert und mehr Waren bestellt als tatsächlich benötigt werden. Von diesem Überangebot an feilgebotenen Lebensmitteln landet ein Großteil am Ende als bloße „Zierde“ zur Verkaufsförderung im Müll. Wir wollen darauf hinwirken, dass der Handel hier in einer konzertierten Aktion ansetzt. Wir wollen Aufklärungsarbeit bei den Verbrauchern betreiben und das notwendige Verständnis schaffen.

 - **Für bewussten Konsum:** Wir wollen in öffentlichen Kantinen daher darauf hinwirken, dass sich Menüauswahl, Portionsgröße und Art der angebotenen Portionierung individuell am Gast orientieren, so dass möglichst wenige Essensreste entstehen. Hygiene- und Sicherheitsvorschriften haben absoluten

- 2597 Vorrang, sollten aber im Hinblick auf den Versuch der Reduzierung von Le-
2598 bensmittelverschwendung kritisch überprüft werden (z.B. bei Wiederverwen-
2599 dung von Lebensmittel). Außerdem sollte es in Restaurants, aber auch in öf-
2600 fentlichen Kantinen der Regelfall sein, dass der Gast die Essensreste mit nach
2601 Hause nehmen kann.
2602
- 2603 ○ **Sichtbarkeit für Vorbildunternehmen schaffen:** Ein Zertifizierungsprozess
2604 zur Kennzeichnung von Kantinen, die sich besonders in diesem Bereich enga-
2605 gieren, schafft darüber hinaus Transparenz beim Verbraucher und eröffnet
2606 öffentlichen Kantinen sowohl die Chance zum Imagegewinn als auch zur Kos-
2607 tenreduzierung. Wir wollen Anreize für weitere Einrichtungen im privaten
2608 Sektor schaffen, sich an freiwillig an einem solchen Prozess zu beteiligen.
2609
 - 2610 ○ **Technische Lösungen und Forschung vorantreiben:** Kühlschränke, die etwa
2611 automatisch Waren nachordern, wenn die entsprechenden Vorräte zu Ende
2612 gehen oder die auf ein unmittelbar bevorstehendes Erreichen des Ver-
2613 brauchsdatums hinweisen, können dafür geeignet sein, Lebensmittelabfälle
2614 zu vermeiden. Zur Umsetzung von „Smart Home“-Innovationen wollen wir
2615 die im Saarland vorhandene Expertise, beispielsweise an der Hochschule für
2616 Technik und Wirtschaft (HTW) im Bereich der Energieeffizienz, nutzen.
2617
 - 2618 ○ **Lokale Bündnisse gegen Lebensmittelverschwendung fördern:** Ein Zertifi-
2619 zierungsprozess kann im größeren Rahmen und durch Mitarbeit der kommu-
2620 nalen Ebene zu ähnlichen Erfolgen wie bei den „Fair-Trade-Städten“ führen.
2621 Wir wollen unter Nutzung bestehender Strukturen und Einbeziehung rele-
2622 vanter Akteure vor Ort dezentral und individuell auf die jeweiligen Struktu-
2623 ren zugeschnittene Ideen entwickeln und umzusetzen. Ausgehend von der
2624 Vorbildfunktion der öffentlichen Hand (Landesverwaltung, Schulen, Kran-
2625 kenhäuser usw.) wollen wir einen wesentlichen Beitrag zur Sensibilisierung
2626 im Bereich „Bewusster Konsum“ leisten.
2627
 - 2628 ○ **Ernährungsbildung in Schulen betreiben:** Ernährungsbildung beginnt in der
2629 Schule. Wichtiger als eine stärkere Verankerung dieses Themenbereiches in
2630 den Lehrplänen ist das aktive und praktische Einbeziehen der Schüler an
2631 Grund- und weiterführenden Schulen durch geeignete Initiativen. Wir wollen
2632 dadurch die Schüler in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften zur Eigeninitia-
2633 tive ermutigen.
2634
 - 2635 ○ **Runder Tisch:** Gemeinsam mit Akteuren aus Landwirtschaft, Produktion,
2636 Handel, dem Umwelt- und Bildungsbereich sowie Großverbrauchern wollen
2637 wir einen runden Tisch für regionale Ernährung und gegen Lebensmittelver-
2638 schwendung initiieren. Wir wollen auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der
2639 Lebensmittelindustrie und des Handels hinwirken, um Maßnahmen mit dem
2640 Ziel weniger Lebensmittelverschwendung umzusetzen.
2641

2642 ○ **Regionale Strukturen stärken:** Wir wollen regionale Lebensmittelproduk-
2643 tion und -vermarktung fördern. Dabei sollen öffentliche Kantinen auf regio-
2644 nale und saisonale Produkte zurückgreifen. Durch gemeinsame Öffentlich-
2645 keitsarbeit wollen wir das Bewusstsein der Saarländerinnen und Saarländer
2646 für regionale Ernährung stärken.

2647
2648 ○ **Fair Trade unterstützen:** Die Stadt Saarbrücken und mehrere Landkreise ha-
2649 ben wichtige Initiativen im Bereich des Fairen Handels unterstützt und be-
2650 gleitet. Durch die Auszeichnung von Saarbrücken als Hauptstadt des fairen
2651 Handels 2015 – 2017 wurde Fair Trade im Saarland nochmals weiter aufge-
2652 wertet. Wir unterstützen weitere alle Maßnahmen in diesem Bereich und se-
2653 hen es als besonders erfolgsversprechend an, wenn Kinder bereits in der
2654 Schule auch mit Produktionsketten von Lebensmitteln vertraut gemacht wer-
2655 den, die nicht aus unserer Heimat sind. Wir begrüßen zudem die weitere Ver-
2656 netzung bezüglich des Fairen Handels innerhalb der Großregion und der
2657 QuattroPole.

2658
2659
2660

2661 **12. Gesellschaftspolitik – Unser Programm für kulturelle Vielfalt, Lebens-** 2662 **qualität und Meinungsfreiheit!**

2663
2664 Sport und Kultur sind ein Band zwischen den Menschen, sie stiften Lebensqualität, Sinn und
2665 Gemeinschaftsgefühl; sie fördern die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat und sind
2666 Ausdruck der Seele einer Region. Damit es auch in Zukunft bei der bewährten Förderkulisse
2667 für Sport und Kultur im Land bleibt und insbesondere Saartoto in der Finanzierung dieser
2668 Anliegen weiterhin eine führende Rolle spielen kann, sprechen wir uns für die Beibehaltung
2669 des ordnungsrechtlichen Rahmens des aktuellen Glücksspielstaatsvertrages aus. Sport- und
2670 Kulturpolitik sind unverzichtbar, um den Strukturwandel in unserer Gesellschaft erfolgreich
2671 zu bewältigen. Aber auch die Unabhängigkeit und die Vielfalt des Medienangebotes gehö-
2672 ren zur Grundausstattung einer offenen Gesellschaft und einer funktionierenden Demokra-
2673 tie. Es ist daher unser Ziel, neben der kulturellen Vielfalt in unserem Land auch die Medien-
2674 vielfalt sowie die Presse- und Meinungsfreiheit zu sichern. Die mit der Digitalisierung ver-
2675 bundenen Chancen wollen wir nutzen, ohne die Risiken auszublenden. Wir sind stolz darauf,
2676 mit der Anhebung des ARD-Finanzausgleichs die Existenz des Saarländischen Rundfunks
2677 dauerhaft gesichert zu haben.

2678
2679

2680 **12.1. Für ein attraktives und breites Kulturangebot in unserem Land**

2681
2682 ▪ **Kultur für alle:** Kultur macht eine Region lebendig und lebenswert. Dabei gibt es für
2683 uns keine Rangordnung zwischen vermeintlich alten und sogenannten neuen Kultu-
2684 ren. Wir brauchen ein möglichst großes Spektrum kultureller Aktivitäten von der
2685 Breitenkultur, der freien Szene, der Kreativwirtschaft bis zur Spitzenkultur. Klassi-
2686 sche Kultur behält ihre Bedeutung quer durch alle Altersgruppen. Daneben unter-

2687 stützen wir alle Bestrebungen unser Land durch die Förderung von Jugend- und Club-
2688 kultur, durch Pop-Kultur und Events lebendig zu gestalten. Deshalb begrüßen wir
2689 auch die Initiative des PopRatesSaarland als wichtigen Beitrag aus der Zivilgesell-
2690 schaft. Kultur meint, die ganze Palette der Lebens- und Ausdrucksformen in den Blick
2691 zu nehmen, wozu auch die Chancen der Kreativwirtschaft gehören. Im Bereich der
2692 Industriekultur gibt es zudem eine Vielzahl von Initiativen, Projekten und Akteuren.
2693 Das Weltkulturerbe Völklinger Hütte hat darin die zentrale Rolle. Das Wissen um die
2694 bergbaulichen und industriellen Wurzeln der saarländischen Identität werden wir be-
2695 wahren und weiterentwickeln. Dazu gehören auch die definierten, zentralen Denk-
2696 male und Orte der Industriekultur.

2697
2698 ■ **Bestandserhaltungspakt Kultur:** Viele Kommunen befinden sich in einer schwieri-
2699 gen finanziellen Situation. Für die kulturellen Projekte und Institutionen ist dies eine
2700 Gefahr, weil die Kulturaufwendungen zu den steuerbaren Leistungen zählen und da-
2701 her häufig von Haushaltseinsparungen bedroht sind. Es ist aber zu berücksichtigen,
2702 dass die Verfassung des Saarlandes die Förderung der Kultur durch den Staat und die
2703 Förderung der Einrichtungen der Volksbildung durch die Gemeinden, darunter aus-
2704 drücklich die Büchereien und Volkshochschulen, als Pflichtaufgabe definiert. Um
2705 diesen Interessensgegensatz in einen Ausgleich zu bringen, wollen wir mit den Kom-
2706 munen einen „Bestandserhaltungspakt für die Kultur“ abschließen; damit soll ge-
2707 währleistet werden, dass kulturelle Projekte und Institutionen auf Planungssicher-
2708 heit vertrauen können. Als ersten Schritt hat die Ministerpräsidentin einen Kultursi-
2709 cherungsfonds aus Toto-Mitteln aufgelegt, mit dem bedeutende Institutionen, Pro-
2710 jekte und Festivals abgesichert werden können. Damit die finanzielle Grundausst-
2711 atung weiter gesichert ist, werden wir diesen Kulturfonds verstetigen. Um den Be-
2712 stand an Bibliotheken, Volkshochschulen, Musik- und Kunstschulen abzusichern, wol-
2713 len wir festschreiben, dass die Kommunen einen Anteil von mindestens 1 Prozent
2714 des Haushaltes dauerhaft für diese Aufgaben verwenden dürfen und dieser vor Ein-
2715 sparvorgaben geschützt ist.

2716
2717 ■ **Sicherheit für unsere kulturellen Leuchttürme:** Das Saarländische Staatstheater
2718 soll als 3-Sparten-Haus auf hohem künstlerischen Niveau erhalten bleiben. Die Stif-
2719 tung Saarländischer Kulturbesitz kann nach ihrer Konsolidierung und der Fertigstel-
2720 lung der Erweiterung der Modernen Galerie ein attraktives Ausstellungsprogramm
2721 entwickeln. Die beiden künstlerischen Hochschulen bleiben – ebenso wie die Deut-
2722 sche Radiophilharmonie und Initiativen der freien Szene – feste Bestandteile unserer
2723 Bildungs- und Kulturlandschaft; dazu gehören aber auch lebendige Festivals. Des-
2724 halb haben wir das Max-Ophüls-Festival und die „Perspectives du Theatre“ durch zu-
2725 sätzliche Landes- und eingeworbenen Bundesmittel zukunftsfest gemacht. Die Fes-
2726 tivallandschaft im Saarland, die auch durch private und kommunale Initiativen wie
2727 den „Zeltpalast Merzig“, die Mettlacher „Kammermusiktage“, die „Tage für Alte Mu-
2728 sik“, „Musik im 21. Jahrhundert“, die St. Ingberter und St. Wendeler Jazz-Tage, „Rocco
2729 del Schlacko“, „Electro Magnetic“ und „UrbanArt HipHop“ lebt, werden wir ergänzen
2730 durch die Förderung und Etablierung des neuen Festivals „Colours of Pop“ und einer
2731 neuen Klassik-Biennale.

2732

- 2733
2734
2735
2736
2737
2738
2739
2740
2741
2742
2743
2744
2745
2746
2747
2748
2749
2750
2751
2752
2753
2754
2755
2756
2757
2758
2759
2760
2761
2762
2763
2764
2765
- **Breitenkultur und kulturelle Bildung:** Wir haben die Förderung der Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung verstetigt und werden dies in Zukunft fortsetzen, wobei von dieser eine feste Einbindung mit gezielten Angeboten der kulturellen Bildung erwartet wird. Auch die Kinder- und Jugendtheater leisten einen wichtigen Beitrag in der Kulturellen Bildung; deshalb werden sie weiter gefördert. Leseförderung wird in der „Erzieher- und Grundschullehrer-Ausbildung“ als Schwerpunkt verankert. Wir werden sicherstellen, dass in der Ausbildung der Grundschullehrer weiterhin ein Schwerpunktbereich Musik und ästhetische Bildung (ebenso wie Sport) ermöglicht wird. Ebenso unterstützen wir das Fortbildungsangebot von Landesakademie für musisch-kulturelle Bildung und LPM für Erzieher/-innen und Grundschullehrer/-innen. In der gymnasialen Oberstufe werden wir bei der Wahlmöglichkeit der Abiturfächer und E-Kurse dafür sorgen, dass auch die kulturellen Fächer und Sport gleichrangig wie alle anderen Fächer behandelt werden. Außerdem prüfen wir die Möglichkeit, in Anlehnung an das Landessportgymnasium ein Landesmusikgymnasium aufzubauen. Die Volkshochschulen ermöglichen flächendeckend allen Bürgerinnen und Bürgern einen niedrigschwelligen Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten.
 - **PopRatSaarland:** Popkultur steht für spannende Events, ein modernes Lebensgefühl und kulturelle Vielfalt. Vor allem junge Menschen nehmen oft weite Wege auf sich, um spektakuläre Inszenierungen und attraktive Live-Acts zu besuchen. Das wirtschaftliche Potenzial der Popkultur und ihr möglicher Beitrag zur Imageverbesserung des Saarlandes ist in der Vergangenheit noch nicht ausreichend genug genutzt worden. Wir wollen die Popkultur als wichtiges Kulturgenre anerkennen und fördern. In ihren verschiedenen Ausprägungen in den Bereichen Musik, Mode, Literatur, Film, Foto, darstellende Kunst, Comic, Urban und Street Art hat Popkultur ein großes künstlerisches Potenzial; dieses über tradierte wie innovative Vertriebs- und Kommunikationswege wirkmächtig zu kommunizieren, wird künftig eine wichtige Aufgabe unserer Kulturpolitik sein. Gemeinsam mit dem PopRatSaarland, als wichtige private Initiative aus der Zivilgesellschaft, wollen wir eine strategisch angelegte Popkultur-Förderung und entsprechende Projekte entwickeln, die gemeinsam umgesetzt werden können.

2766 **12.2. Freie Medien im Dienste der Gesellschaft**

- 2767
2768
2769
2770
2771
2772
2773
2774
2775
2776
2777
2778
- **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk:** Wir wollen eine funktionsfähige duale Rundfunkordnung mit privaten Rundfunkveranstaltern und einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der mit politischen und tagesaktuellen Informationen die publizistisch-kulturelle Grundversorgung in unserem Land sichert. Wir sichern – wie bisher auch – die Eigenständigkeit des Saarländischen Rundfunks, der die Information mit saarländischen Themen sichert und zum Heimatgefühl und Identität der Bevölkerung quer durch alle Altersgruppen beiträgt. Auch das ZDF leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Meinungsvielfalt.
 - **Medienaufsicht:** Die Landesmedienanstalt Saarland setzt wichtige Impulse für die Entwicklung des Medienstandortes Saarland. Neben ihren Aufgaben im Bereich der

2779 Medienregulierung leistet sie wichtige Beiträge in der Medienkompetenzförderung
2780 wie etwa die Internetqualifizierungskampagne „Onlinerland Saar“ oder auch das
2781 Projekt „Media&Me“; gleichzeitig übernimmt sie unverzichtbare Aufgaben der Me-
2782 dienstandort- und Filmförderung wie z.B. die grenzüberschreitende Filmmotivdaten-
2783 bank „Location-Guide“ und das Filmproduktionsdienstleisterverzeichnis „Produc-
2784 tion Guide“. Wir stehen zur eigenständigen, regional verankerten Landesmedienan-
2785 stalt Saarland.

2786

2787 ■ **Presse- und Medienkonzentration:** Bei der Presse sehen wir die bundesweit zuneh-
2788 mende Konzentration am Zeitungsmarkt kritisch. Das Organisationsmodell des
2789 Presse-Grosso hat bisher flächendeckend den diskriminierungsfreien und „netzneu-
2790 tralen“ Zugang zu Presseprodukten gewährleistet; wir begrüßen daher die „Gemein-
2791 same Erklärung“ der Verlagswirtschaft. Wir werden prüfen, ob – z.B. im Hinblick auf
2792 die Weiterentwicklung der Rechtsprechung – eine gesetzliche Stärkung des neutra-
2793 len Pressevertriebs notwendig wird. Mit Blick auf die wachsende Bedeutung von In-
2794 termediären und Plattformanbietern für unsere Medienordnung werden wir prüfen,
2795 wie im Hinblick auf die in diesen Bereichen z.T. bereits stark vorgeschrittenen Markt-
2796 konzentrierung eine Weiterentwicklung des Medienkonzentrationsrechts und eine
2797 Stärkung der zuständigen Einrichtung zum Schutz der Medienvielfalt, der Kommis-
2798 sion zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK), möglich ist.

2799

2800 ■ **Jugend-Medienschutz:** Allein mit straf- und medienrechtlichen Mitteln ist der
2801 Kampf gegen den Hass im Internet nicht zu gewinnen. Es kommt darauf an, die Werte
2802 unseres Grundgesetzes im Meinungsstreit entschlossen zu verteidigen, für eigene
2803 Überzeugungen mit Argumenten zu werben, Sorgen der Bevölkerung ernst zu neh-
2804 men und berechtigte Anliegen aufzugreifen und allen Versuchen, Hass und Gewalt
2805 in die Gesellschaft zu tragen, entschlossen zu begegnen. Wir achten das Zensurver-
2806 bot, unterstützen aber mit Nachdruck die Arbeit der KJM (Kommission für Jugend-
2807 medienschutz), der Landesmedienanstalten und das gemeinsam mit den Obersten
2808 Landesjugendschutzbehörden getragene „Jugendschutz.net“ sowie die Einrichtun-
2809 gen der freiwilligen Selbstkontrolle.

2810

2811 ■ **Gegen Hass im Internet:** Wir setzen uns für einen besseren Schutz vor Hass-Angrif-
2812 fen in sozialen Netzwerken ein. Das Netz darf nicht dazu beitragen, dass Menschen
2813 im Schutz der Anonymität Straftaten begehen. Persönlichkeitsverletzende oder
2814 strafbare Kommentare sind durch die Anbieter von Kommunikationsplattformen
2815 zeitnah zu löschen. Daher wollen wir prüfen, inwiefern das Telemediengesetz des
2816 Bundes entsprechend ergänzt werden kann. Außerdem wollen wir prüfen, wie An-
2817 bieter von Online-Plattformen, die ihren Sitz nicht in Deutschland haben, verpflich-
2818 tet werden können, bei Straftaten im Netz die IP-Adresse der verdächtigten Person
2819 zeitnah an die Polizei zu übermitteln.

2820

2821 ■ **Gegen Terrorwerbung im Netz:** Wer im Netz Werbung für eine terroristische Ver-
2822 einigung betreibt und seine Sympathie dafür ausdrückt, muss konsequent bestraft
2823 werden. Solche Sympathiebekundungen sind der geistige Nährboden für terroristi-

2824 sche Gewalt; sie müssen auch dann strafbar sein, wenn gegen eine solche Organisa-
2825 tion noch kein vereinsrechtliches Betätigungsverbot besteht. Es reicht nicht aus, auf
2826 Vereins- oder Betätigungsverbote nach dem Vereinsgesetz zu warten; Terror-Wer-
2827 bung ist mit unserer Werteordnung so unvereinbar, dass sie aus sich heraus strafbar
2828 sein muss.

2829
2830

2831 **12.3. Gegen Fehlentwicklungen im Glücksspiel – Lotteriemonopol verteidigen**

2832

- 2833 ▪ Für uns ist Glücksspiel kein wirtschaftliches Gut wie jedes andere, sondern mit be-
2834 sonderen Risiken und Gefahren verbunden. Deshalb betrachten wir Fehlentwicklun-
2835 gen im Glücksspiel mit Sorge. Wir lehnen eine weitgehende Kommerzialisierung und
2836 Liberalisierung des Glücksspielsektors ab und plädieren für die Aufrechterhaltung
2837 des Lotteriemonopols unter strikter Beachtung von Verbraucher-, Spieler- und Ju-
2838 gendschutz und unter klarer Festlegung einer gemeinwohlorientierten Verwendung
2839 der Erträge.

2840

2841

2842 **12.4. Für ein Zusammenspiel von Breiten- und Spitzensport in unserem Land**

2843

- 2844 ▪ **Sport tut gut:** Der Sport hat gerade für Kinder und Jugendliche einen hohen pädä-
2845 gogischen Wert. Denn hier werden Tugenden wie Fairness, Teamgeist, Einsatzfreude
2846 und Zielstrebigkeit eingeübt. Der Sport leistet darüber hinaus einen wichtigen Bei-
2847 trag zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.
2848 Gerade der vereinsorganisierte Sport ist in der Lage, Integrationsprozesse anzusto-
2849 ßen und das soziale Miteinander und das wechselseitige Verständnis unterschiedli-
2850 cher Bevölkerungsgruppen zu fördern; neben der Integration gilt dies auch für die
2851 Förderung der Inklusion.

2852

- 2853 ▪ **Breitensport:** Wir werden die Förderung des Breitensports auf dem bestehenden
2854 Niveau fortsetzen und so auch in Zukunft über die Sportplanungskommission für
2855 eine hochwertige Infrastruktur sorgen:

2856

- 2857 ○ **„Sportachtel“:** Das dem Landessportverband zustehende Budget aus den Er-
2858 lösen der Saarland-Sporttoto GmbH (Saartoto) ermöglicht dem Saar-Sport
2859 eine im bundesweiten Vergleich einmalige Förderpolitik. Daher können sich
2860 die ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen unserer Unterstützung weiterhin
2861 sicher sein.

2862

- 2863 ○ **Schulsport:** Daher werden wir die erfolgreich eingerichteten Kooperationen
2864 zwischen Sportvereinen, Kindergärten und Schulen weiter ausbauen, wir wer-
2865 den die starke Stellung des Schulsports innerhalb des Unterrichtsangebots
2866 beibehalten und durch die Veranstaltung von Schulsportwettkämpfen die Ju-
2867 gendlichen zur sportlichen Betätigung auch über den Schulsport hinaus mo-
2868 tivieren.

2869

- 2870
2871
2872
2873
2874
2875
2876
2877
2878
2879
2880
2881
2882
2883
2884
2885
2886
2887
2888
2889
2890
2891
2892
2893
2894
2895
2896
2897
2898
2899
2900
2901
2902
2903
2904
2905
2906
2907
2908
2909
2910
2911
2912
2913
2914
2915
- **Prävention:** Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sich ein hoher Prozentsatz der anfallenden Kosten im Gesundheitssystem durch Prävention vermeiden lässt. Zugleich ist unstrittig, dass Bewegung und Sport zentrale Bestandteile einer erfolgreichen Prävention sind. Wir werden daher die bestehenden Angebote und Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit erhalten und ausbauen.
 - **Inklusion:** Als wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens sehen wir durch den organisierten Sport die Aufgabe, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen und die Inklusion im organisierten Sport weiter voranzubringen. Wir werden weiterhin die verbindende Wirkung des Sports, insbesondere bei der Inklusion von Behinderten und der Integration von Ausländern, herausstellen.
 - **Spitzensport:** Die Spitzenvereine im Saar-Sport werden durch den Förderausschuss Spitzensport weiterhin finanziell unterstützt. Dabei ist ein Kriterium für die Förderung die qualifizierte und engagierte Jugendarbeit. Gerade hier erweist sich die Kooperation zwischen Schulen und Sportverbänden als wegweisend für die Auswahl und die gezielte Förderung von jungen sportlichen Talenten. Unseren Erfolgskurs im saarländischen Spitzensport wollen wir fortsetzen:
 - **Professionelle Talentförderung:** Mit dem Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland, der Hermann-Neuberger-Sport-Schule, dem Institut für Sport- und Präventivmedizin und dem sportwissenschaftlichen Institut an der Universität des Saarlandes wurde in den letzten Jahren ein eng vernetztes Sportkompetenzzentrum von Exzellenzniveau aufgebaut. Das Saarland wurde damit zu einer renommierten Adresse für Spitzensportler aus aller Welt. Zu diesem Netzwerk gehört auch das Gymnasium am Rotenbühl, dem im Jahre 2005 vom Deutschen Olympischen Sportbund das Gütesiegel „Eliteschule des Sports“ verliehen wurde und das, unterstützt vom Landessportverband für das Saarland, professionelle und systematische Talentförderung betreibt.
 - **Ein neues Stadion für das Land:** Unser Land braucht ein modernes und dem heutigen Stand entsprechendes Sportstadion. Wir unterstützen daher alle Bemühungen zur Realisierung eines multifunktionalen Sportstadions als Visitenkarte des Landes wie des gesamten Spitzensports.
 - **Rechtssicherheit im Ehrenamt:** Entscheidende Grundlage für den Sport ist das Engagement tausender Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in unserem Land. Ehrenamtliche Vereins- und Vorstandsarbeit werden aber immer umfangreicher und komplexer; das macht es schwieriger, die Vereine rechtssicher zu führen. Mögliche Haftungsrisiken schrecken diejenigen ab, die ein Ehrenamt oder den Vorsitz eines Vereines übernehmen möchten. Deshalb unterstützen wir die Initiative des Landessportverbandes, ein möglichst risikofreies und rechtssicheres Ehrenamt über ein Kompetenzzentrum Ehrenamt zu ermöglichen. „Ehrenamt ohne Risiko“ ist das

2916 Motto. Das Kompetenzzentrum Ehrenamt des LSVS stellt ein Netzwerk an versierten
2917 Rechtsanwälten, Steuerberatern und Versicherungsexperten beratend zur Seite. Der
2918 Vereinsberater des LSVS ist erster Ansprechpartner und übernimmt die weitere Ko-
2919 ordination mit den Experten. Ergänzend dazu stellt das Land den notwendigen er-
2920 ergänzenden Versicherungsschutz sicher. Das Land hat eine Haftpflicht-Sammelversi-
2921 cherung für ehrenamtlich Engagierte im Saarland abgeschlossen. Dadurch sind in
2922 pauschaler Form auch alle ehrenamtlich und freiwillig Engagierte abgesichert, die
2923 gemeinwohlorientierte Tätigkeiten in rechtlich unselbständigen Einrichtungen aus-
2924 üben.

2925
2926
2927

13. Kommunal- und Europa-Politik – Unser Programm für Heimat, Toleranz und gute Nachbarschaft!

2929
2930

2931 Die Globalisierung macht uns bewusst, wie gut und wertvoll es ist, in seiner Heimatregion
2932 fest verankert zu sein. Weltoffenheit und regionale Verwurzelung sind für uns keine Wider-
2933 sprüche – im Gegenteil! Für uns gilt das Motto „Im Saarland daheim – in Europa zuhause“!
2934 Wir sind überzeugt: die unmittelbare örtliche und regionale Umgebung, ihr Werden und ihre
2935 Veränderungen zu entdecken, hilft jungen Menschen, sich besser in einer komplexen Welt
2936 zu Recht zu finden. Gleichzeitig pflegen wir als europäische Kern- und Grenzregion seit je
2937 her engste wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Verbindungen zu unseren Nach-
2938 barn; deshalb macht uns die Krise der Europäischen Union große Sorgen. Das Saarland ist
2939 unsere Heimat, Europa ist unser Schicksal und unsere Bestimmung.

2940
2941

13.1. Heimat wird nie unmodern!

2942
2943

- 2944 ■ **Kinderbaubonus für Familien und bessere Förderung selbstbestimmten Wohnens**
2945 **im Alter:** Wir wollen gezielt junge Menschen dabei unterstützen, selbstgenutztes
2946 Wohneigentum zu bilden und damit ein Heim für ihre Familie zu schaffen. Wo Men-
2947 schen Familien gründen und dadurch Heimat entsteht, wollen wir dies zukünftig fi-
2948 nanziell stärker fördern. Daher werden wir ab 2020 beim Erwerb oder Schaffung
2949 selbstgenutzten Wohnraums für jedes Kind einen Kinderbaubonus in Höhe von
2950 2.000 Euro in Form eines Tilgungszuschusses schaffen. Die zu erwartende Belastung
2951 für den Landeshaushalt beträgt ca. 15 Mio. Euro. Durch die stärkere finanzielle För-
2952 derung von baulichen Maßnahmen zur Barrierefreiheit und die altersgerechte An-
2953 passung von Wohnraum werden wir bereits mit Beginn der Legislaturperiode ältere
2954 Menschen dabei unterstützen, selbstbestimmt länger zuhause wohnen zu können.
- 2955 ■ **Heimat als politisch-kultureller Wert:** Die Chancen der Globalisierung zu nutzen
2956 und gleichzeitig die damit verbundenen negativen Auswirkungen zu beherrschen,
2957 erfordert nach unserer festen Überzeugung eine Rückbesinnung auf den Wert von
2958 Heimat und kultureller Identität. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammen-
2959 halt und Perspektive. „Sicherheit“ umfasst dabei alle Lebensbereiche. Heimat ist
2960

2961 mehr als die Besinnung auf lokale und regionale Verwurzelung. Heimat ist Lebens-
2962 gefühl und Zukunftsorientierung. Unsere geschichtliche Vergangenheit, aber auch
2963 unsere gesellschaftliche und kulturelle Gegenwart tragen zu dem bei, was Heimat
2964 ausmacht. Das macht unser Land unverwechselbar, gibt ihm Charakter und Identität.

2965
2966 ■ **Pflege unserer heimatlichen Kultur:** Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass
2967 Heimatkunde im Sachunterricht der Grundschule wieder einen höheren Stellenwert
2968 bekommt. Die historisch-heimatkundlichen Vereine und Verbände werden wir wei-
2969 terhin unterstützen. Um deren wichtige Arbeit noch besser sichtbar zu machen und
2970 zu würdigen, werden wir einen „Landespreis Saarländische Heimat und Geschichte“
2971 ausloben. Wir machen uns daher stark für die Pflege unseres vielfältigen Kulturgutes
2972 sowie den Erhalt und die Weitergabe unserer Traditionen. Dazu gehört unsere Ge-
2973 schichte als Land im Herzen Europas ebenso wie die saarländische Mundart und das
2974 bergbauliche Erbe.

2975
2976

2977 **13.2. Heimat gelingt nur in lebendigen Kommunen!**

2978
2979 ■ **Starke und leistungsfähige Kommunen:** Unsere Antwort auf Globalisierung sind in-
2980 takte kommunale Strukturen; sie machen unser Land stark. In Krisenzeiten haben die
2981 Kommunen bewiesen, dass sie die Probleme vor Ort lösen: In der Finanz- und Wirt-
2982 schaftskrise haben die Kommunen aufgrund der Konjunkturpakete des Bundes
2983 schnell und nachhaltig investiert und für die notwendigen konjunkturellen Impulse
2984 gesorgt. Bei Katastrophen, Hochwasser, Unfällen ist auf die Kommunen Verlass.
2985 Beim Flüchtlingszustrom ist in den Kommunen angepackt worden und Integration
2986 wird nur vor Ort gelingen. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft starke und leis-
2987 tungsfähige Kommunen.

2988
2989 ■ **Für ein modernes kommunales Leitbild:** Ob sich Menschen vor Ort wohlfühlen und
2990 in einer globalisierten Welt in den Gemeinden und Nachbarschaften Heimat finden,
2991 hat viel mit Wohlstand, sozialer Absicherung und dem Zusammenhalt der Menschen
2992 zu tun. Bildungs- und Betreuungsangebote, Kultur- und Sozialeinrichtungen, Ver-
2993 eine und Nachbarschaftsnetzwerke machen vor Ort die Lebensbedingungen aus.
2994 Kommunale Selbstverwaltung braucht dafür eigene Einnahmequellen, größere An-
2995 teile am bestehenden Steueraufkommen und mehr Gestaltungsräume. Bei der Da-
2996 seinsvorsorge muss die kommunale Hoheit gestärkt werden. Kommunale Selbstver-
2997 waltung soll selbst den notwendigen Leistungsrahmen bestimmen und über eine
2998 möglichst effiziente Leistungserbringung entscheiden. Heimat gelingt nur mit le-
2999 bendigen, handlungsfähigen und starken Kommunen; dies erfordert die Orientie-
3000 rung an einem modernen kommunalen Leitbild:

3001
3002 ○ **Infrastruktur in öffentlicher Hand:** Für uns gehört die notwendige kommu-
3003 nale Infrastruktur vorrangig in öffentliche Hände; kritische Infrastruktur erst
3004 recht. Dabei können Infrastruktur und Betrieb getrennt sein. Öffentlich-
3005 rechtliche Ausschreibungen sichern Wettbewerb und Qualität. Infrastruktur

3006 muss langfristig erhalten, angepasst und ausgebaut werden. Notwendige Inf-
3007 rastruktur ist kein beliebiges Wirtschaftsgut und darf den demokratisch legi-
3008 timierten Verfügungsbereich nicht verlassen. Zur Überwindung des Investi-
3009 tionsstaus in der Infrastruktur kann eine Infrastrukturgesellschaft in öffentli-
3010 cher Hand erhebliche finanzielle Mittel von institutionellen Anlegern und der
3011 öffentlichen Hand mobilisieren, ohne dass Privatisierungen notwendig wä-
3012 ren. Wir brauchen langfristig sichere Rahmenbedingungen, die die Investiti-
3013 onsnotwendigkeit anerkennen und die Investitionsfähigkeit fördern. Die Ent-
3014 wertung kommunalen Vermögens muss verhindert werden.

3015
3016 ○ **Neue Infrastrukturen:** Um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben,
3017 brauchen wir eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Der beschleunigte
3018 Breitbandausbau mit Glasfaser ist daher ein Leitprojekt von Land und Kom-
3019 munen. Gerade im ländlichen Raum, wo sich Breitbandausbau wirtschaftlich
3020 noch nicht lohnt, brauchen wir Anreize zum Ausbau der Glasfaserinfrastruk-
3021 tur. Beim zukünftigen Verkehrswegebau müssen gleichzeitig intelligente
3022 Netze und Verknüpfungen geplant werden. Glasfasernetze sind sozusagen
3023 die Trinkwasserleitungen von morgen.

3024
3025 ○ **Bezahlbarer Wohnraum:** Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Da-
3026 bei gilt: Wohnraum muss insbesondere für junge Menschen und Familien be-
3027 zahlbar bleiben, aber nicht jeder wird zum günstigen Preis in gefragten
3028 Wohnanlagen leben können. Es kann nicht alleine Aufgabe der Kommunen
3029 sein, über eigene Wohnungsbaugesellschaften bezahlbaren Wohnraum zu
3030 schaffen. Hier sind alle Akteure der Wohnungswirtschaft gefordert. Wir brau-
3031 chen aber vor allem steuerliche Anreize, erhöhte Abschreibungen für den
3032 Wohnungsbau (auch für Bestandsimmobilien), Anreize zur Baulandmobilisie-
3033 rung, eine neue Eigenheimförderung und eine Reduzierung von Vorgaben
3034 und Standards zur Senkung von Baukosten.

3035
3036 ○ **Keiner fällt durchs Netz:** Geborgenheit beginnt zu Hause. Eltern stehen in
3037 der Pflicht und müssen sich Unterstützung holen, wenn sie überfordert sind;
3038 Nachbarn und Bekannte, Erzieher und Lehrer dürfen aber auch nicht weg-
3039 schauen, wenn Kinder und Jugendliche sich radikalieren oder in kriminelle
3040 Kreise geraten. Bildung, insbesondere politische Bildung, hat bei allen Betei-
3041 ligten eine zentrale Aufgabe. Auch deshalb setzen wir uns dafür ein, dass
3042 kommunale Bildungsangebote flächendeckend und differenziert angeboten
3043 werden. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Teilen un-
3044 seres Landes ist eine gute Bildungsinfrastruktur von hoher Bedeutung. Über
3045 frühe Hilfen und sogenannte niederschwellige Angebote, auch für Mütter
3046 und Väter, soll ein Abdriften von Jugendlichen frühzeitig erkannt und verhin-
3047 dert werden.

3048
3049 ○ **Kommunale Lebenswelten für Kinder und Jugendliche:** Die Kinder- und Ju-
3050 gendhilfe muss rechtzeitig mit einer frühen Familienförderung beginnen, um
3051 zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche in Situationen geraten, aus denen

3052 sie nur mit erheblich größerem Aufwand wieder herauskommen. Neben Be-
3053 ratungen von Familien sind Nachmittagsbetreuung und Ferienangebote ele-
3054 mentarer Bestandteil einer Kinder- und Jugendhilfe. Dabei ist klar, dass vor
3055 allem im ländlichen Raum nicht in jedem Dorf eigene Einrichtungen und An-
3056 gebote vorgehalten werden können. Umso wichtiger ist es, dort die Kinder-
3057 und Jugendhilfe mit Angeboten zur Steigerung der Mobilität zu verknüpfen.

3058
3059 **▪ Ein starkes Saarbrücken, das seiner Rolle als Landeshauptstadt gerecht wird:**
3060 Saarbrücken ist die einzige Großstadt des Saarlandes und das Oberzentrum der
3061 Großregion. Deshalb ist die Entwicklung der Landeshauptstadt von großer Bedeu-
3062 tung für unser Land. Ebenso wie Entscheidungen auf Landesebene stark die Stadt
3063 betreffen, haben städtische Entscheidungen Auswirkungen auf das Land. Deshalb ist
3064 es notwendig auf allen Ebenen Kooperationsformen zu suchen und die gemeinsamen
3065 Interessen und Kräfte zu bündeln. Saarbrücken muss als Landeshauptstadt seiner
3066 Rolle als Motor gerecht werden, insbesondere als Regierungs- und Parlamentssitz
3067 und im partnerschaftlichen Zusammenspiel mit den anderen Saarländischen Kom-
3068 munen.

3069 Die Landeshauptstadt Saarbrücken hält ebenso wie der Regionalverband bestimmte
3070 Infrastruktureinrichtungen für das gesamte Land vor. Gerade der Großraum Saar-
3071 brücken hat eine ambivalente Stellung. Er ist kulturelles, wirtschaftliches und politi-
3072 sches Zentrum des Saarlandes und erfährt Förderung, aber trägt auch Lasten für das
3073 gesamte Land. Beispiele sind die Katastrophenabwehr mit der besonders geschulten
3074 und ausgerüsteten Berufsfeuerwehr, das Drogenhilfezentrum für das gesamte Saar-
3075 land, die Saarbahn oder Hauptstadtfunktionen durch kommunal vorgehaltene Infra-
3076 struktur wie die besondere Gewichtung der deutsch-französischen Kooperation und
3077 des kulturellen Angebots. Gerade im Verdichtungsgebiet des Großraums Saarbrü-
3078 cken wollen wir untersuchen, wer welche Leistungen für wen erbringt und wie sich
3079 zukünftig das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis realisieren lässt. Ein einfacher und zü-
3080 gig umzusetzender Schritt ist der konsequente Abbau von Doppelstrukturen. Gerade
3081 im Ballungszentrum Saarbrücken kann Sparpotenzial gehoben werden, ohne dass
3082 dies zu Qualitätsverlusten führt.

3083 Saarbrücken muss sich als Standort von Forschung, Lehre, Wirtschaft und Arbeit
3084 ebenso wie als sozialer und kultureller Lebensraum im Wettbewerb mit anderen
3085 Großstädten der Nachbarregionen behaupten können. Deshalb wollen wir eine ra-
3086 sche Entscheidung über die politischen Prioritäten und die Dimensionierung bei der
3087 Umsetzung von Leitinvestitionen im Großraum Saarbrücken; dies betrifft folgende
3088 Projekte:

3089
3090

- Damit sich die HTW in Alt-Saarbrücken – die wegen steigender Studenten-
- 3091 zahlen dringenden Erweiterungsbedarf hat – auf ein benachbartes Gelände
- 3092 der Stadtwerke ausdehnen und sich der City- Campus weiterentwickeln kann,
- 3093 bedarf es im Interesse von Stadt und Land einer einvernehmlichen und zügi-
- 3094 gen Einigung, mit Blick auf den Flächenerwerb durch das Land.
- 3095

- 3096
3097
3098
3099
3100
3101
3102
3103
3104
3105
3106
3107
3108
3109
3110
3111
3112
3113
3114
3115
3116
- Um den Campus der Universität des Saarlandes hat es in den vergangenen Jahren eine dynamische Entwicklung im Aufbau von forschungsnahen Instituten und entsprechenden Ausgründungen gegeben. Um diese Entwicklung zu verstetigen und zukünftige Gründungen zu ermöglichen müssen zusätzliche Flächen geschaffen werden. Gemeinsam mit der Landeshauptstadt wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass im direkten Umfeld des Campus weitere Entwicklungsflächen entstehen.
 - Die CDU Saar hält an den Planungen zur Bündelung der Polizeiinfrastruktur in einer Großinspektion am Standort Mainzer Straße fest. Gemeinsam mit der Stadt soll der städtebauliche Rahmen erarbeitet werden.
 - Saarbrücken soll Kongress- und Messestandort bleiben. Die Landeshauptstadt als Eigentümerin der Saarmesse GmbH konnte bisher keine zielführenden Vorschläge zur zukünftigen Positionierung im Messegeschäft machen. Wir wollen zügig die Vorlage eines inhaltlichen und räumlichen Konzepts, auf dessen Basis Stadt und Land, Saarmesse GmbH und CCS eine Neuausrichtung vornehmen und daraus resultierende Investitionen planerisch angehen können.

3117 **13.3. Europa als Auftrag und Bestimmung**

3118

3119 Angesichts der globalen Entwicklung ist ein geeinigtes und starkes Europa wichtiger denn
3120 je. Es geht um Menschenrechte, Freiheit, Frieden und Wohlstand in Europa und in der Welt.
3121 Die saarländische Landesregierung wird deshalb alles in ihrer Kraft Stehende tun, um die
3122 Europäische Integration weiter voranzutreiben. Dies geschieht durch eine tatkräftige und
3123 pragmatische Politik des gelebten Europa in unserer Großregion und durch konsequente
3124 politische Einflussnahme in Berlin oder in Brüssel.

- 3125
- **Frankreich- und Europa-Kompetenz:** Gerade die deutsch-französische Verständigung und die europäische Zusammenarbeit gehören für uns als Europa-Partei zum Kernbestand unserer politischen Identität. Diesem politischen Auftrag fühlen wir uns in besonderer Weise durch die deutsch-französische Zusammenarbeit mit Frankreich und die grenzüberschreitenden Beziehungen zu unseren Nachbarn in der Großregion SaarLorLux verpflichtet. Unser ausdrücklicher politischer Wille ist es, dies in allen relevanten Bereichen für ein harmonisches und prosperierendes Zusammenwachsen dieser europäischen Grenzregion auszubauen – von der Gesundheitsversorgung über bessere Kriminalitätsbekämpfung und attraktiveren ÖPNV bis hin zur Zusammenarbeit in Sport, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir sind stolz auf die Rolle, die das Saarland auf europäischer Ebene, in Frankreich und in der Großregion spielt. Die anerkannten Erfolge der Ministerpräsidentin als Bevollmächtigte für die deutsch-französische Zusammenarbeit zeigen: Gutnachbarschaftliche Beziehungen zahlen sich kurz- und langfristig aus. Wir werden unsere angesehenen politischen Kontakte in der Großregion, in Brüssel und in Paris auf allen Ebenen weiter ausbauen und vertiefen.
- 3126
3127
3128
3129
3130
3131
3132
3133
3134
3135
3136
3137
3138
3139
3140
3141

3142 Unser Ziel muss eine alltagstaugliche Region im Herzen Europas sein, das seine Brü-
3143 cken- und Vermittlerrolle zwischen den Nachbarstaaten nutzen kann: So verstehen
3144 wir im Saarland ein „Europa im Kleinen“, das den Menschen grenzüberschreitende
3145 Freizügigkeit, Sicherheit, Wohlstand und Entwicklungsperspektiven bieten kann.

3146

3147 ■ **Ausrichtung unserer Frankreich-Strategie:** Wir wünschen uns ein internationales,
3148 weltoffenes und mehrsprachiges Saarland. Mit der erfolgreich eingeleiteten Frank-
3149 reich-Strategie wollen wir vor allem die deutsch französische Zweisprachigkeit im
3150 ganzen Land und über alle Generationen hinweg zum Bestandteil unserer täglich er-
3151 lebbar und erfahrbaren Alltagskultur machen. Unsere Vision: Innerhalb von einer
3152 Generation sollen junge Menschen unser Nachbarland als ganz selbstverständliche
3153 Zukunftsperspektive für ihre eigenen Lebenschancen begreifen. Dabei handelt es
3154 sich nicht um eine Französisch-Strategie. Es geht vielmehr um eine gelebte europäi-
3155 sche Mehrsprachigkeit mit unserer Amts- und Bildungssprache Deutsch, unserer
3156 Nachbarsprache Französisch und der lingua franca Englisch, ganz im Sinne von: Mehr
3157 Sprachen – mehr Chancen für das Saarland und seine Menschen.

3158

3159 ■ Was in Luxemburg mit seiner natürlich gelebten Mehrsprachigkeit möglich ist, wol-
3160 len wir im Laufe einer Generation auch im Saarland erreichen. Dieses Ziel gelebter
3161 Mehrsprachigkeit wird von vielen gesellschaftlichen Akteuren mitgetragen. Im Sinne
3162 des „saarländischen Weges“ wollen wir die Frankreich-Strategie mit den Kommunen,
3163 Kammern, Hochschulen, Vereinen und Verbänden unseres Landes gemeinsam wei-
3164 terentwickeln und umsetzen.

3165

3166 ■ **Umsetzung unserer Frankreich-Strategie:** Ein zentraler Punkt der Umsetzung un-
3167 serer Frankreich-Strategie ist die konsequente Vermittlung der Nachbarsprache von
3168 klein an. Wir wollen die bilingualen Sprachangebote, die bereits heute 40 Prozent
3169 der Kindergärten anbieten, konsequent im ganzen Land ausbauen; in den nächsten
3170 fünf Jahren soll in allen Kindergärten unseres Landes ein bilinguales Sprachförder-
3171 programm umgesetzt werden und substanzielle Fortschritte bei der flächendecken-
3172 den Einführung der Mehrsprachigkeit sicherstellen. Darüber hinaus werden die be-
3173 schlossenen Kooperationsmaßnahmen zur Förderung der Nachbarsprache mit der
3174 neuen Region „Grand Est“ anpassen. Der Austausch und das Kennen der europäi-
3175 schen Nachbarn in der Großregion SaarLorLux muss auf allen schulischen und beruf-
3176 lichen Ebenen durch praktische Begegnungsmaßnahmen systematisch ausgebaut
3177 werden, von Schulausflügen über Berufspraktika bis hin zu Sprachzertifikaten. Be-
3178 sondern die kulturellen und sportlichen Begegnungen können dabei eine wichtige
3179 verbindende Rolle spielen.

3180

3181 ■ **Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit:** Wir lassen uns von den
3182 Krisen der „großen europäischen Politik“ nicht entmutigen. Wir wissen, dass Europa
3183 gelebt werden muss und setzen auf die prägende und friedensstiftende Wirkung des
3184 täglichen Miteinanders in den europäischen Grenzregionen. Die vielen Fortschritte
3185 der Zusammenarbeit belegen: Das Saarland lebt mit seinen Nachbarn ein echtes „Eu-
3186 ropa im Kleinen“ zum Wohle der Menschen. Deshalb wollen wir als europäische
3187 „Schengen-Region“ die Chancen der grenzüberschreitenden Mobilität für noch mehr

3188 Menschen nutzbar und erlebbar machen, die bereits heute 220.000 Menschen in der
3189 Großregion täglich für sich ergreifen. Wir wollen die Regelungen bzw. Vereinbarun-
3190 gen zum grenzüberschreitenden Arbeits- und Ausbildungsmarkt ausbauen und ver-
3191 einfachen; unser Ziel ist dabei der weitere Abbau der Hürden für Auszubildende, Be-
3192 rufspendler und Unternehmen. Das Angebot an deutsch-französischen Berufsaus-
3193 bildungsgängen soll ebenso wie die bessere öffentliche Verkehrsverbindung gesi-
3194 chert und erweitert werden.

3195 Die wirtschaftlichen Kooperationspotenziale in innovativen Branchen wollen wir
3196 grenzüberschreitend besser verzahnen und eine grenzüberschreitende Cluster-Poli-
3197 tik fördern, insbesondere für silver economy, Automotive und Logistik.

3198 Hierzu ist besonders in der Grenzregion ein Raum der Sicherheit und der Freiheit bei
3199 offenen Grenzen unabdingbar; die vertrauensvolle und bewährte Kooperation unse-
3200 rer Sicherheitskräfte muss zusammen mit unseren Nachbarstaaten fortentwickelt
3201 und den heutigen rechtlichen und operativen Erfordernissen angepasst werden.

3202 Die exzellente grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Hochschulen und For-
3203 schungseinrichtungen braucht stärkere Erkennbarkeit, um das Profil als „Kompe-
3204 tenz-Region“ für europäische Angelegenheiten und Lösungen auch auf EU-Ebene
3205 sichtbar werden zu lassen.

3206 In Fortsetzung des europäischen Kulturhauptstadtjahres 2007 (Luxemburg und
3207 Großregion) sollte das Europäische Jahr des kulturellen Erbe 2018 (ECHY) für eine
3208 weitere Vertiefung der Kulturkooperation genutzt werden. Attraktive Angebote sol-
3209 len möglichst vielen Bewohnern der Großregion ebenso wie auswärtigen Touristen
3210 die kulturelle und touristische Einmaligkeit dieser Grenzregion konkret erlebbar
3211 werden lassen.

3212 Auch unsere Schulen leisten vorbildliche Arbeit im Bereich der Frankreich- und Eu-
3213 ropa-Kompetenz der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen für die Schulen, die sich
3214 in besonderer Weise für die europäische Idee engagieren, ein Zertifikat schaffen, das
3215 dazu beiträgt, die Qualität ihres Angebots zu sichern und auszubauen. Wir wollen,
3216 dass sich auch im Saarland Schulen als „Europaschule“ zertifizieren lassen können.

3217

3218 ■ **Europäische Fördermittel:** Wir freuen uns über den Aufwuchs an EU-Fördermitteln
3219 von bisher 105 auf 140 Mio. Euro für die grenzüberschreitende INTERREG Koopera-
3220 tion in der aktuellen EU Förderperiode 2014-2020. Die große Nachfrage und die
3221 hohe Qualität der Projekte dokumentieren den effektiven Einsatz dieser Mittel für
3222 das Ziel der europäischen Kohäsion. Daher muss die europäische Kohäsionspolitik in
3223 unserer Grenzregion auch in Zukunft eine besondere Bedeutung haben. Wir werden
3224 uns dafür einsetzen, dass auch in der Zeit nach 2020 eine angemessene Mittelaus-
3225 stattung für unsere Region zur Verfügung steht und das Land rechtzeitig Planungs-
3226 sicherheit erhält, um optimal von den europäischen Förderprogrammen zu profitie-
3227 ren. Überregulierung und aufwändige Verwaltungs- und Kontrollverfahren sollten
3228 auf das notwendige Maß beschränkt werden. Wir streben an, dass insbesondere die
3229 europäische territoriale Kohäsion durch grenzüberschreitend verzahnte Programme
3230 weiter gestärkt wird.

3231

- 3232
- 3233
- 3234
- 3235
- 3236
- 3237
- 3238
- 3239
- 3240
- 3241
- 3242
- **Weiterentwicklung des Projektes „Grenzüberschreitende polyzentrische Metropolregion“ (GPMR):** Das Leben über die Grenze wird im grenzüberschreitenden Agglomerationsraum SaarMoselle ist für rund 600.000 Menschen alltäglich. Die gemeinsamen Projekte der kommunalen Träger müssen schnell und von beiden Seiten der Politik gemeinsam vorangetrieben werden. Es gilt das Projekt einer grenzüberschreitenden polyzentrischen Metropolregion (GPMR) konsequent weiter zu entwickeln und damit ein Raumentwicklungskonzept für die Großregion zu konkretisieren, das den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Region insgesamt stärkt. Dem kommunalen deutsch-französischen Eurodistrict SaarMoselle sollte dabei eine tragende Rolle als grenzüberschreitender Metropolraum zukommen.